

Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger und Erwartungen an den Sozialstaat

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2021). *Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger und Erwartungen an den Sozialstaat*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74994-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Gerechtigkeitsvorstellungen der
Bürger und Erwartungen an den
Sozialstaat**

Vertraulich!

INHALT

	Seite
BEMERKENSWERT STABILE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER BEVÖLKERUNG	1
WACHSENDES VERTRAUEN IN DAS SOZIALE NETZ.....	9
RUF NACH EINEM WEITEREN AUSBAU DER SOZIALEN ABSICHERUNG	15
DIE POLITIK GILT ALS GENERATOR VON UNGLEICHHEIT	24
KOMPLEXES GERECHTIGKEITSVERSTÄNDNIS	33
ABNEHMENDE SOZIALE GERECHTIGKEIT, ABER WACHSENDE ZUFRIEDENHEIT MIT DER EIGENEN POSITIONIERUNG.....	39
HOHE ERWARTUNGEN AN DEN SOZIALSTAAT	43

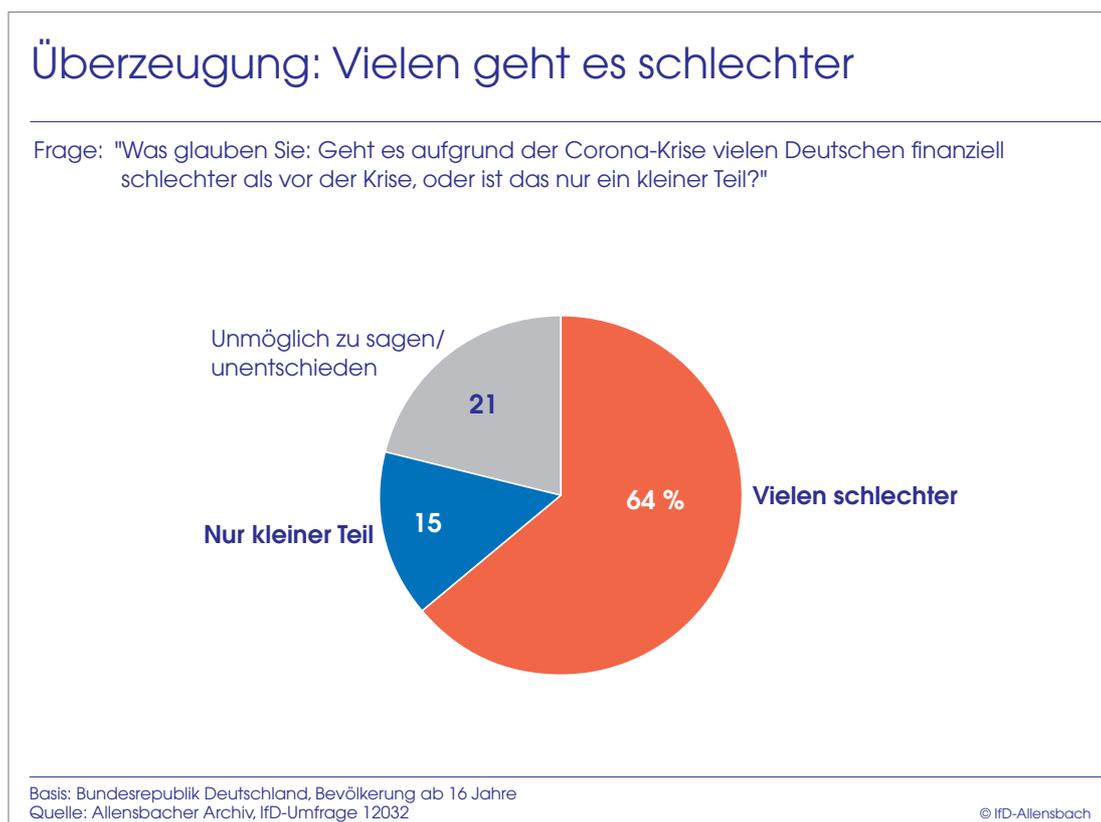
ANHANG

Anhangschaubilder
Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppen
Fragebogenauszug mit Anlagen

BEMERKENSWERT STABILE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER BEVÖLKERUNG

Die pandemiebedingte Ausnahmesituation stellt auch an den Sozialstaat besondere Herausforderungen. Die schwierige Lage einiger Branchen hat die Arbeitslosigkeit, vor allem jedoch die Kurzarbeit erhöht. Die große Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass es aufgrund der Corona-Krise vielen in Deutschland finanziell schlechter geht als vor der Krise; 64 Prozent sind davon überzeugt, während 15 Prozent davon ausgehen, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung betroffen ist. Diejenigen, die sich selbst als Corona-Verlierer sehen, gehen mit noch größerer Mehrheit davon aus, dass sie keine kleine Minderheit sind, sondern ihr Schicksal mit vielen teilen.¹

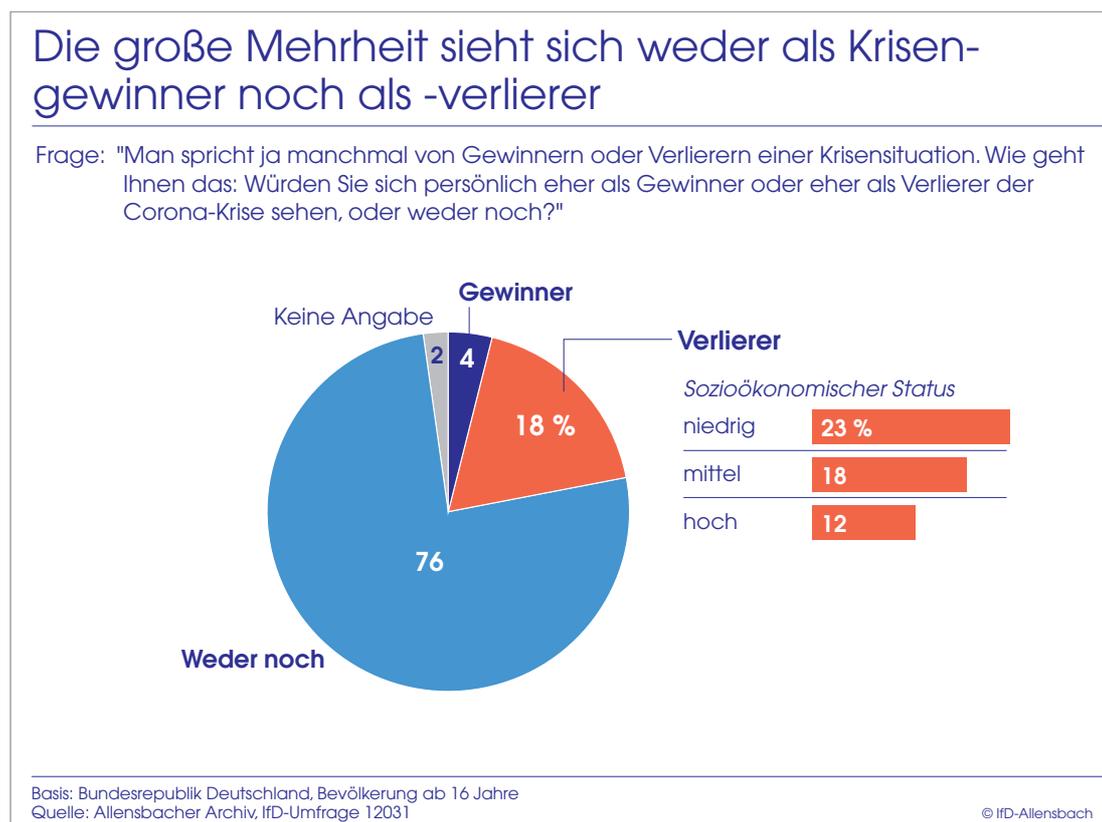
Schaubild 1



¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 20.

Tatsächlich sieht sich die große Mehrheit jedoch weder als Krisengewinner noch als Krisenverlierer. 76 Prozent der Bevölkerung sehen keine unmittelbaren Auswirkungen der Krise auf ihre persönliche materielle Situation; 4 Prozent sehen sich als Gewinner, 18 Prozent als Verlierer. Dies ist zwar eine beachtliche Gruppe, zeigt aber gleichzeitig, dass es gelungen ist, die materiellen Auswirkungen der Krise stärker zu begrenzen als bei dieser Dimension der Krise zu erwarten war. Die schwächeren sozialen Schichten ziehen überdurchschnittlich die Bilanz, dass es ihnen schlechter geht als vor der Krise, die höheren Sozialschichten weit unterdurchschnittlich. So sehen sich nur 12 Prozent aus den höheren sozialen Schichten als Verlierer der Krise, dagegen 23 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten. Dies deckt sich mit der Betroffenheit durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die in den schwächeren Schichten signifikant höher ist als in der Mittel- und Oberschicht.¹

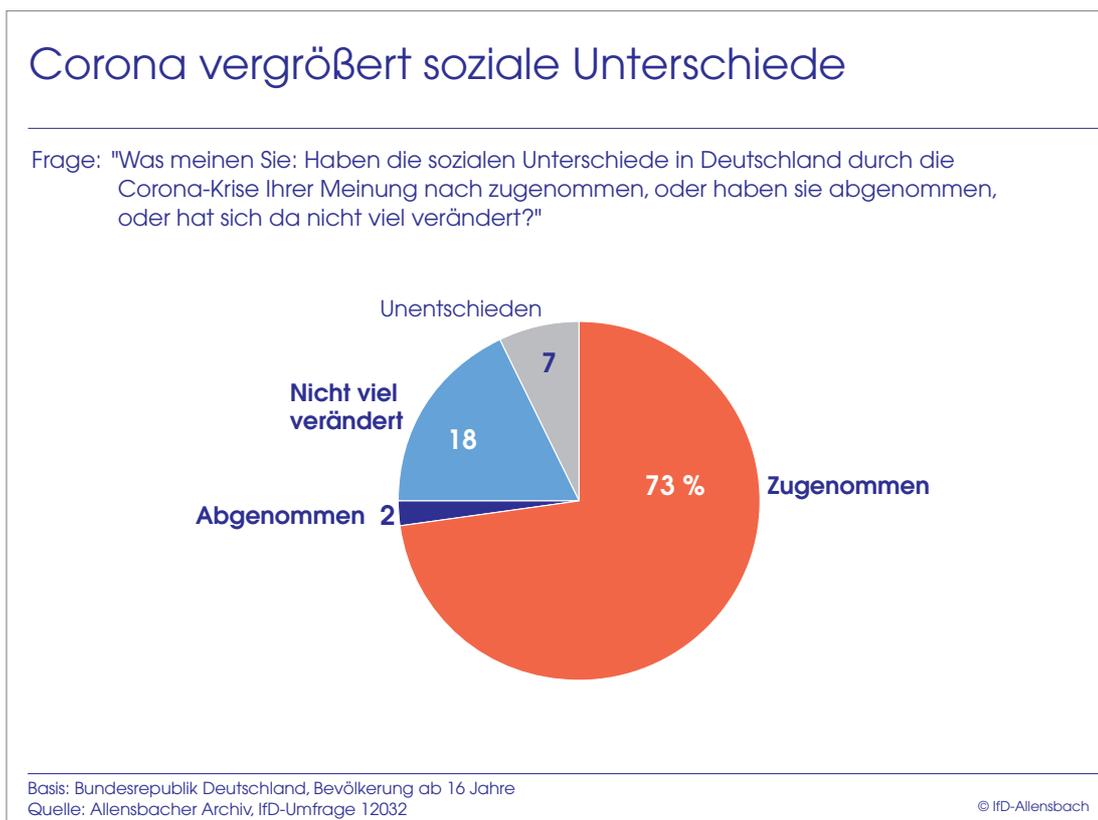
Schaubild 2



¹ Vgl. dazu Anhang, Schaubild A1.

Der Bevölkerung ist dies durchaus bewusst. Die überwältigende Mehrheit zieht die Bilanz, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland durch die Krise zugenommen haben. 73 Prozent sind davon überzeugt, während nur 2 Prozent von einer Verringerung sozialer Unterschiede ausgehen; knapp jeder Fünfte geht davon aus, dass die sozialen Unterschiede weitgehend stabil sind.

Schaubild 3

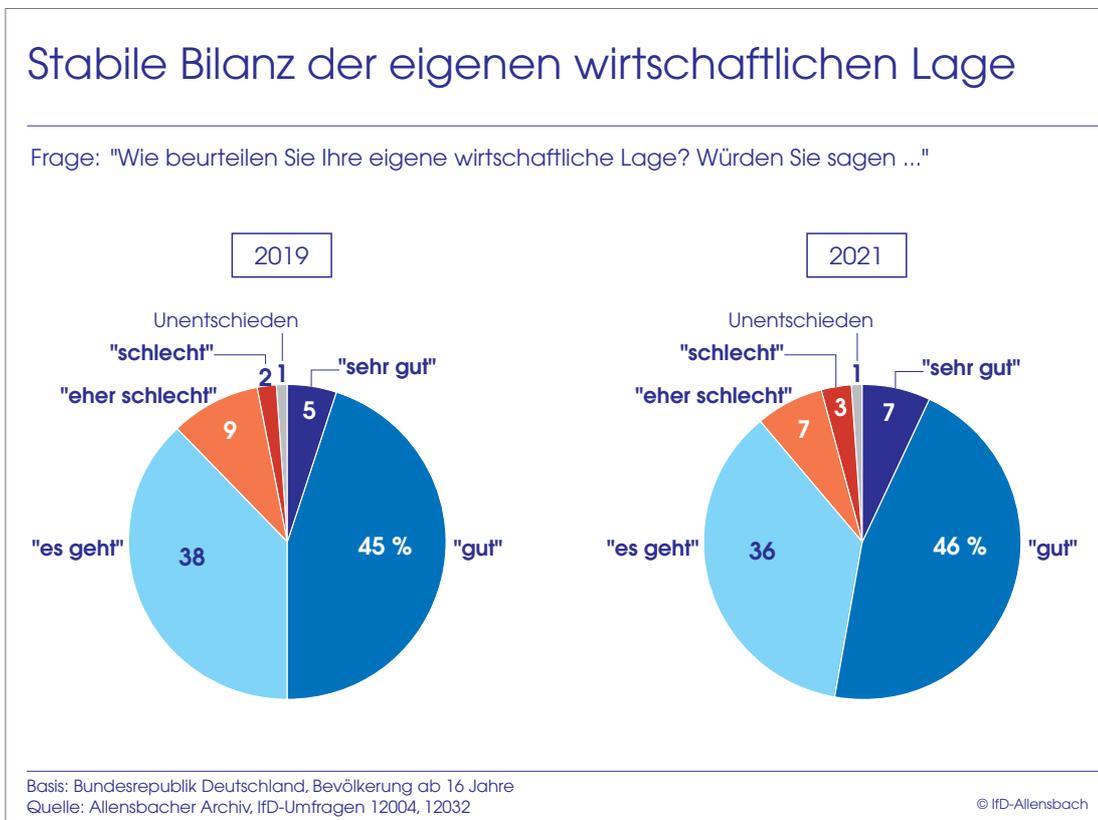


Vieles stützt hier die Einschätzung der großen Mehrheit, und zwar nicht nur die Betroffenheit durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, sondern auch die Entwicklung der frei verfügbaren Einkommen – der Beträge, die nach Begleichen aller notwendigen Lebenshaltungskosten zur freien Verfügung bleiben – sowie die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und auch die Voraussetzungen in den

verschiedenen sozialen Schichten, mit den besonderen Herausforderungen der Situation wie beispielsweise Homeoffice und Homeschooling fertig zu werden.¹

Insgesamt ist jedoch bemerkenswert, wie stabil die wirtschaftliche Lage der großen Mehrheit der Haushalte ist. Dies schlägt sich auch in der Gesamtbilanz der eigenen Lage nieder, die zurzeit nicht ungünstiger ausfällt als 2019. 2019 zogen 50 Prozent der Bevölkerung eine positive Bilanz ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage, aktuell 53 Prozent. Gegenläufig ist der Anteil der Bürger, die eine gemischte Bilanz ziehen, von 38 auf 36 Prozent zurückgegangen und der Anteil, der die eigene Lage als schlecht beschreibt, weitgehend stabil: 2019 zogen 11 Prozent diese kritische Bilanz, aktuell 10 Prozent; diese Veränderung bewegt sich innerhalb der statistischen Fehlerspanne und kann von daher nicht als Verbesserung interpretiert werden. Es ist jedoch bemerkenswert, dass sich der Anteil der Bürger nicht signifikant erhöht hat, die ihre eigene wirtschaftliche Lage kritisch sehen. Diese Bilanz differiert jedoch erheblich zwischen den sozialen Schichten.

¹ Vgl. dazu Anhang, Schaubilder A1 und A2 sowie Bericht "Familien in der Corona-Krise", Untersuchung im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, November 2020, S. 41 ff.



In den schwächeren sozialen Schichten bewerten lediglich 28 Prozent ihre eigene wirtschaftliche Lage positiv, in der Mittelschicht 52 Prozent, in den höheren sozialen Schichten 82 Prozent. Aber auch in den schwächeren sozialen Schichten bewertet nur eine Minderheit die eigene wirtschaftliche Lage eindeutig als schlecht. Die meisten bewerten sie als mittelmäßig, 21 Prozent als schlecht, in der Mittelschicht 8 Prozent und in den höheren sozialen Schichten nur 2 Prozent. Unter denjenigen, die sich als Verlierer der Krise sehen, zieht dagegen jeder Dritte eine kritische Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage, nur jeder Vierte eine positive. Die Unterschiede in der Bilanz der verschiedenen sozialen Schichten sind kein neues Phänomen, sondern waren vor der Krise genauso ausgeprägt.¹

¹ Vgl. dazu Anhang, Schaubild A3.

Bilanz der verschiedenen sozialen Schichten

Frage: "Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status			Corona- Verlierer
		niedrig	mittel	hoch	
	%	%	%	%	%
"sehr gut"	7	2	3	20	2
"gut"	46	26	49	62	22
"es geht"	36	50	39	16	42
"eher schlecht"	7	13	6	1	22
"schlecht"	3	8	2	1	12
Keine Angabe	1	1	1	-	x
	100	100	100	100	100

x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12032

© IFD-Allensbach

Bemerkenswert ist auch, dass sich akute Abstiegsängste in den letzten Jahren eher vermindert haben. Für die mittlere Generation liegen hier Vergleichswerte für 2016 und 2018 vor. Vor fünf Jahren sahen sich noch 15 Prozent der 30- bis 59-jährigen Bevölkerung stark gefährdet, sozial abzustiegen und den eigenen Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten zu können. Zwei Jahre später lag dieser Anteil bei 11 Prozent, aktuell bei 9 Prozent. Die Mehrheit der 30- bis 59-Jährigen fühlt sich keineswegs ungefährdet: Lediglich 29 Prozent glauben, dass es für sie persönlich keinerlei Gefahr gibt, sozial abzustiegen und den eigenen Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Die Mehrheit schließt dieses Risiko für sich nicht aus, hält es jedoch zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht für besonders groß.

Weniger Abstiegsängste

Frage: "Manche Leute haben ja Angst davor, sozial abzustiegen, also dass sie ihren Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten können. Wie schätzen Sie die Gefahr für sich persönlich ein: Sehen Sie da für sich persönlich eine große, weniger große oder gar keine Gefahr sozial abzustiegen?"

	30- bis 59-Jährige		
	2016	2018	2021
	%	%	%
Große Gefahr	15	11	9
Weniger große Gefahr	60	52	53
Gar keine Gefahr	19	31	29
Keine Angabe	6	6	9
	100	100	100

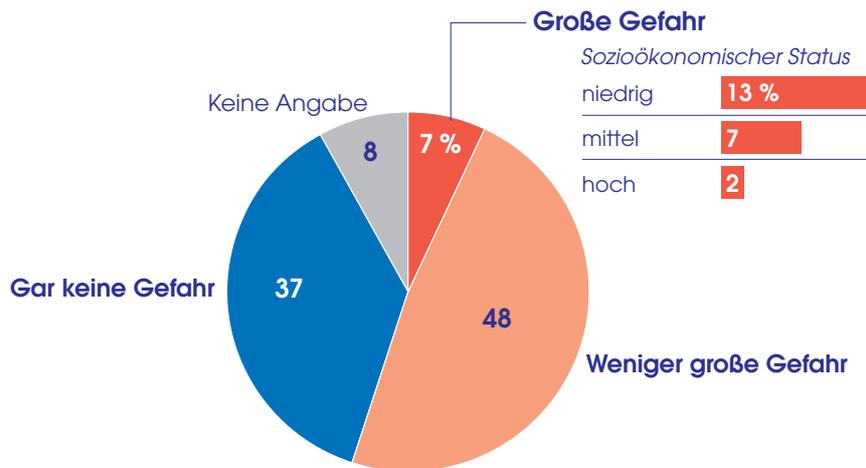
Basis: Bundesrepublik Deutschland, 30- bis 59-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv; IfD-Umfragen 7240, 7085, 12032

© IfD-Allensbach

Erwartungsgemäß gibt es in der Bevölkerung insgesamt Unterschiede zwischen den sozialen Schichten; die höheren sozialen Schichten sehen für sich kaum eine akute Gefahr, sozial abzustiegen, die Mittelschicht genau wie der Durchschnitt der Bevölkerung zu 7 Prozent und in den schwächeren sozialen Schichten 13 Prozent.

Wenig akute Abstiegsängste

Frage: "Manche Leute haben ja Angst davor, sozial abzustiegen, also dass sie ihren Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten können. Wie schätzen Sie die Gefahr für sich persönlich ein: Sehen Sie da für sich persönlich eine große, weniger große oder gar keine Gefahr, sozial abzustiegen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12032

© IFD-Allensbach

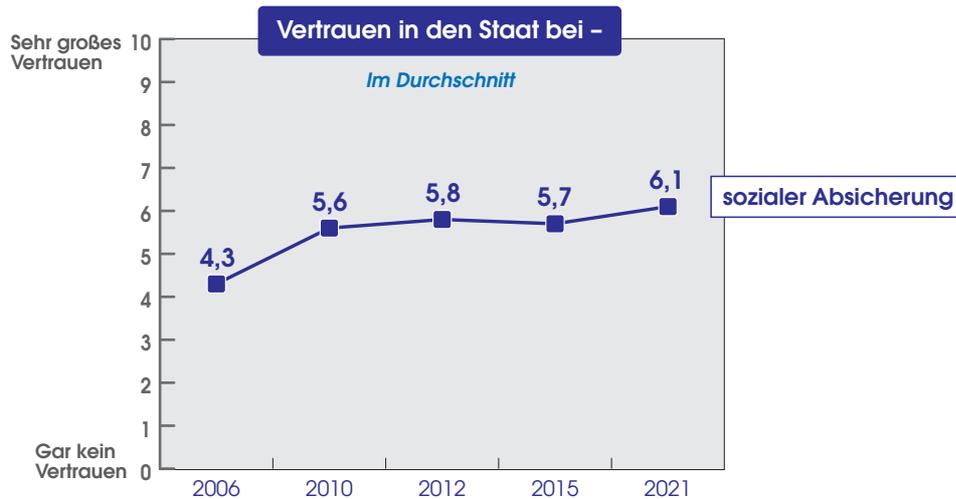
WACHSENDES VERTRAUEN IN DAS SOZIALE NETZ

Dass die überwältigende Mehrheit der Bürger bis dato materiell unbeschadet durch die Krise gekommen ist, hat das Vertrauen in das soziale Netz gestärkt. Gebeten, das eigene Vertrauen in die staatlichen Sicherheitsgarantien anhand einer Skala von 0 (gar kein Vertrauen) bis 10 (sehr großes Vertrauen) zu beschreiben, wählen die Bürger im Durchschnitt die Skalenstufe 6,1. Dies ist über die letzten 15 Jahre hinweg der höchste Vertrauenswert. 2006, unmittelbar nach der Phase der Wachstumsschwäche, die auch mit der Rücknahme staatlicher Sicherheitsgarantien verbunden war, lag dieser Wert nur bei 4,3, 2012 bei 5,8. Nur 14 Prozent der Bürger wählen die niedrigen Skalenstufen 0 bis 3, dagegen 49 Prozent die hohen Vertrauenswerte zwischen 7 und 10.¹ In Westdeutschland ist das Vertrauen größer als in Ostdeutschland, in den höheren sozialen Schichten größer als in den schwächeren sozialen Schichten. Aber die Ergebnisse differieren keineswegs gravierend; so wählen die schwächeren sozialen Schichten im Durchschnitt die Skalenstufe 5,9, die höheren 6,3.

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 4 a).

Wachsendes Vertrauen in das soziale Netz ...

Frage: "Wie groß ist Ihr Vertrauen zu unserem Staat, dass Sie sich im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit usw. auf ihn verlassen können? Vielleicht lässt es sich am einfachsten anhand dieser Leiter hier sagen. Zehn würde bedeuten, Sie haben sehr großes Vertrauen zum Staat, und null würde bedeuten, Sie haben gar kein Vertrauen. Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"



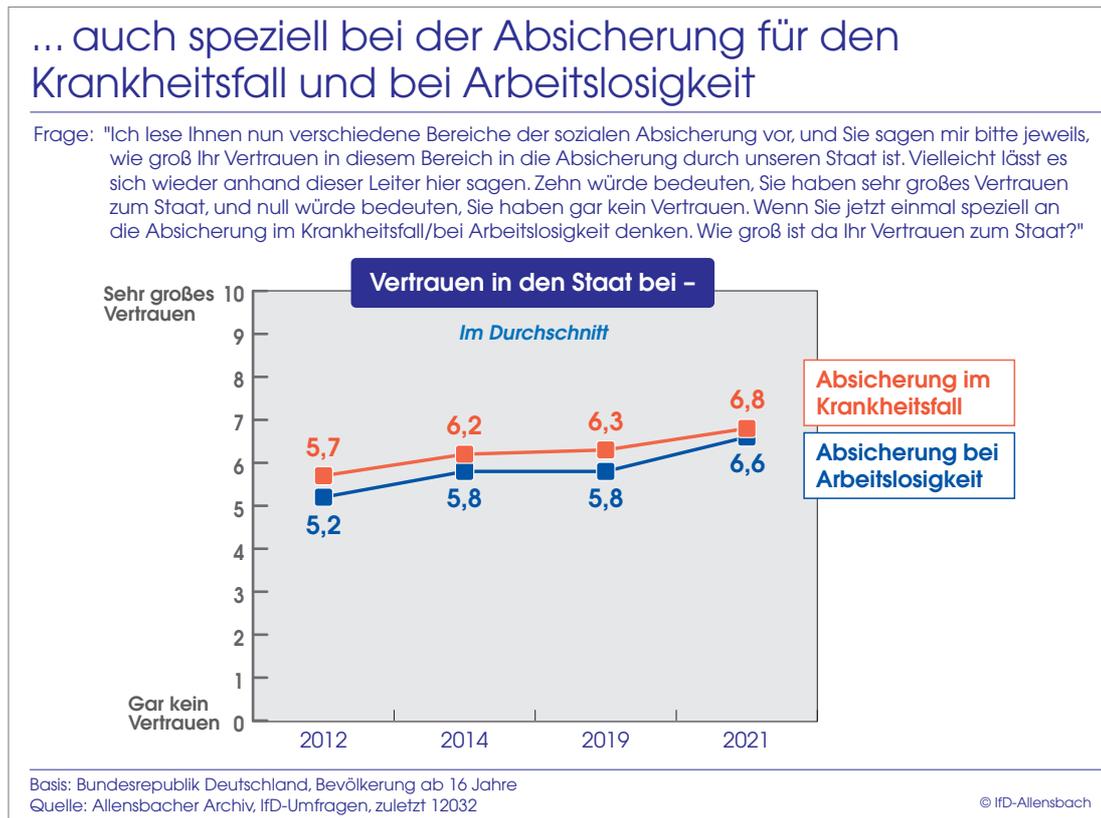
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12032

© IfD-Allensbach

Auch wenn die finanzielle Absicherung für den Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit getrennt zur Diskussion gestellt werden, zeigt sich derselbe Trend: Das Vertrauen der Bürger ist gewachsen sowohl in Bezug auf die staatlichen Sicherheitsgarantien für den Krankheitsfall wie in Bezug auf die Absicherung für die Situation der Arbeitslosigkeit. Besonders in Bezug auf die staatlichen Sicherheitsgarantien bei Arbeitslosigkeit ist das Vertrauen der Bürger seit 2019 signifikant gewachsen. 2019 beschrieben die Bürger im Durchschnitt ihr Vertrauen in die staatliche Absicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit mit der Skalenstufe 5,8, aktuell mit der Skalenstufe 6,6. Noch deutlicher wird die Dynamik dieses Trends bei dem Anteil derjenigen, die die hohen Skalenstufen 7 bis 10 wählen: 2019 waren dies 40 Prozent der Bevölkerung, aktuell 54 Prozent. Auch das Vertrauen in die staatliche Absicherung für den Krankheitsfall hat deutlich zugenommen, von 6,3 auf 6,8. Vor knapp zehn Jahren lag dieser Wert erst bei 5,7. Auch hier zeigt der Anteil derjenigen, die die hohen Skalenstufen

zwischen 7 und 10 wählen, den Anstieg noch deutlicher: 2019 bekundeten 52 Prozent derart großes Vertrauen in die staatliche Absicherung für den Krankheitsfall, aktuell 62 Prozent.

Schaubild 9



Das Vertrauen in die staatlichen Sicherheitsgarantien für die finanzielle Absicherung des Alters liegt deutlich niedriger als das Vertrauen in die staatlichen Sicherheitsgarantien für den Krankheitsfall oder bei Arbeitslosigkeit. Aber auch hier ist ein deutlicher Anstieg zu beobachten. Die Bevölkerung beschreibt ihr Vertrauen in die staatlichen Sicherheitsgarantien im Bereich der gesetzlichen Rente im Durchschnitt mit der Skalenstufe 5,3, der höchste Wert in den letzten zehn Jahren. 2012 lag dieser Wert bei 4,8, auch 2019 nur bei 4,6.

Angesichts der objektiven Bedeutung, die vor allem die gesetzliche Krankenversicherung und die Rentenversicherung, aber auch die Arbeitslosenversicherung für die Bevölkerung haben, ist bemerkenswert, wie wenig die Bürger den Eindruck haben, erheblich von den Sicherheitsgarantien des Sozialstaates zu profitieren. Lediglich 15 Prozent der Bürger ziehen die Bilanz, dass sie persönlich vom Sozialstaat, also den Leistungen, mit denen der Staat die Bürger absichert und unterstützt, stark profitieren; 36 Prozent sehen für sich persönlich einen begrenzten Nutzen, 42 Prozent so gut wie keinen Nutzen. Die Trendanalyse zeigt, dass dieses Meinungsbild auch im Zeitverlauf weitgehend stabil ist. Auch in den schwächeren sozialen Schichten ziehen gerade einmal 19 Prozent die Bilanz, dass sie erheblich vom Sozialstaat profitieren; dasselbe gilt für die ältere Generation, die ja an sich über ihre Alterseinkünfte durchaus gravierend aus den staatlichen Sicherheitsgarantien Nutzen zieht.¹ Für diese Einschätzung gibt es an sich nur eine Erklärung, nämlich dass die Bürger zwar den Staat als Organisator dieser Absicherung sehen, aber letztlich überzeugt sind, dass sie die finanziellen Leistungen über ihre Beiträge selbst finanziert haben und daher weniger vom Staat profitieren als von ihren eigenen Beiträgen.

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 12.

Nur eine Minderheit hat den Eindruck, stark vom Sozialstaat zu profitieren

Frage: "Wie stark profitieren Sie persönlich vom Sozialstaat, also den Leistungen, mit denen der Staat die Bürger absichert und unterstützt? Profitieren Sie davon ..."

	2012	2021
	%	%
"sehr stark"	3	1
"stark"	12	14
"weniger stark"	32	36
"kaum, gar nicht"	44	42
Unentschieden	9	7
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10091, 12032

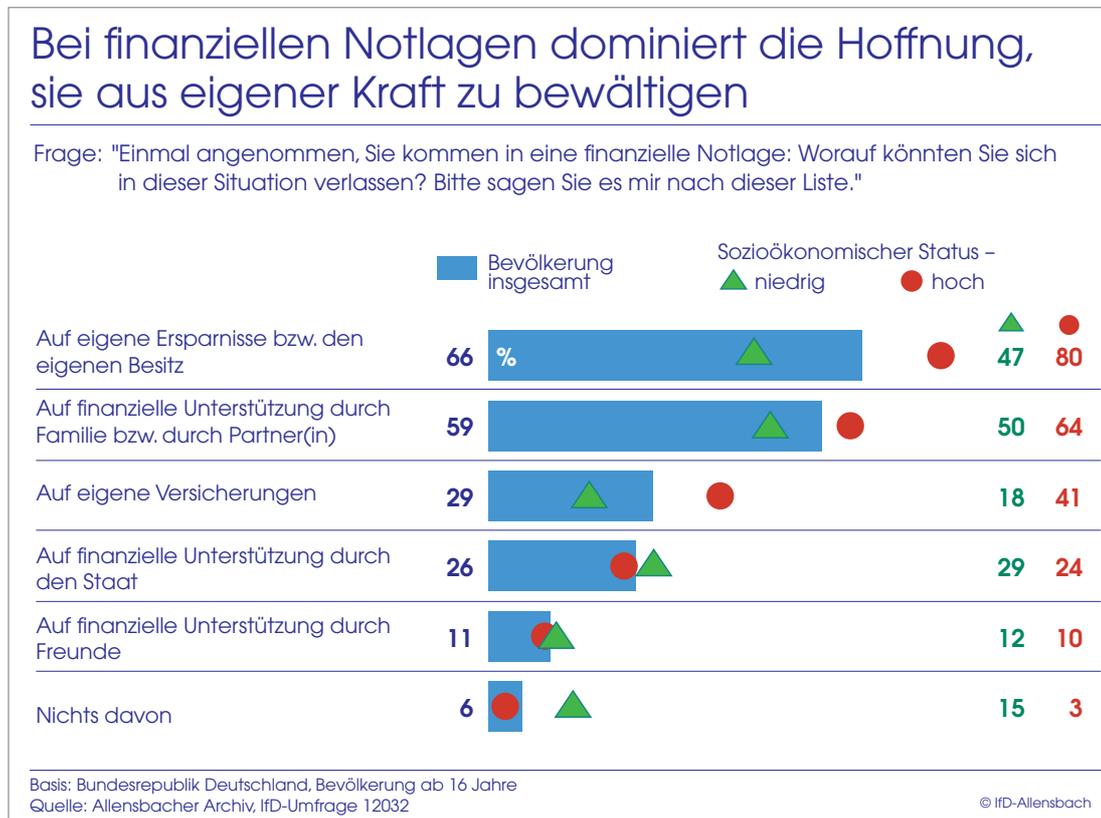
© IfD-Allensbach

Generell dominiert in der Bevölkerung die Überzeugung und auch die Hoffnung, vieles aus eigener Kraft leisten zu können. So hofft die große Mehrheit im Fall einer finanziellen Notlage keinesfalls zuerst auf den Staat, sondern setzt auf eigene Ersparnisse und die finanzielle Unterstützung durch Familienmitglieder und den eigenen Partner, die Partnerin. Im Falle einer finanziellen Notlage gehen 66 Prozent der Bürger davon aus, dass sie sich dann in erster Linie auf eigene Ersparnisse verlassen können, 59 Prozent auf die finanzielle Unterstützung durch die eigene Familie bzw. den Partner, die Partnerin. Erst mit großem Abstand folgen eigene Versicherungen und die finanzielle Unterstützung durch den Staat.

Die Möglichkeit, auf eigene Ersparnisse oder die finanzielle Unterstützung von Familienmitgliedern zu rekurrieren, hängt natürlich eng mit dem sozioökonomischen Status zusammen. In den höheren sozialen Schichten sind 80 Prozent überzeugt, dass sie im Fall einer finanziellen Notlage auf eigene Ersparnisse zurückgreifen können, in

den schwächeren sozialen Schichten 47 Prozent. Auf eigene private Absicherungen vertrauen 41 Prozent in den höheren Schichten, 18 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten. Dagegen zählen nur wenige auf die finanzielle Unterstützung durch Freunde und auch nur eine Minderheit auf die finanzielle Unterstützung durch den Staat – und zwar quer durch alle sozialen Schichten. Neben dem staatlichen sozialen Netz stehen die privaten sozialen Netze, die Absicherung durch eigene Ersparnisse oder die Familie. Und diese privaten sozialen Netze spielen im Bewusstsein der Bürger eine weitaus größere Rolle als die Absicherung durch den Staat.

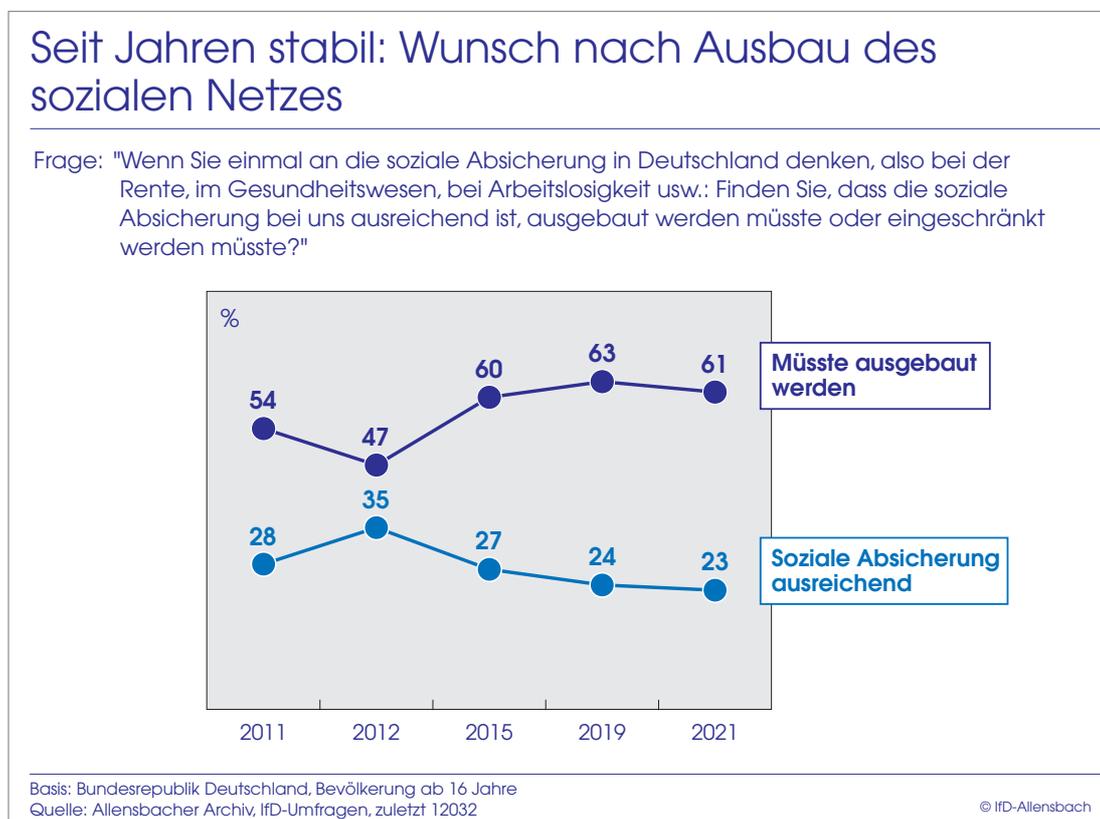
Schaubild 11



RUF NACH EINEM WEITEREN AUSBAU DER SOZIALEN ABSICHERUNG

Trotz des gewachsenen Vertrauens in die staatlichen Sicherheitsgarantien vertritt die Mehrheit der Bevölkerung die Position, dass die soziale Absicherung in Deutschland ausgebaut werden müsste. Dies fordern 61 Prozent, während nur 23 Prozent die soziale Absicherung für ausreichend halten. Über die letzten Jahre hinweg ist der Anteil, der die soziale Absicherung für ausreichend hält, langsam, aber kontinuierlich abgesunken, während der Anteil derjenigen, die für einen Ausbau des sozialen Netzes votieren, seit fünf, sechs Jahren weitgehend stabil ist.

Schaubild 12



Es kann kaum überraschen, dass die schwächeren sozialen Schichten überdurchschnittlich für eine Ausweitung der sozialen Leistungen votieren, die höheren Sozialschichten dagegen unterdurchschnittlich. Vielmehr ist bemerkenswert, dass es quer durch alle Schichten eine klare Mehrheit für die Ausweitung des sozialen

Netzes gibt; so halten 69 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten eine Ausweitung der sozialen Absicherung für notwendig, in der Mittelschicht 63 Prozent, aber auch in den höheren Sozialschichten 50 Prozent. 17 Prozent halten in den schwächeren sozialen Schichten die soziale Absicherung in Deutschland für ausreichend, in den höheren Schichten auch nur 33 Prozent. In Ostdeutschland ist der Konsens noch breiter als in Westdeutschland: So fordern 59 Prozent der Westdeutschen, aber 72 Prozent der Ostdeutschen eine Ausweitung sozialer Leistungen.¹

Schaubild 13

Quer durch alle sozialen Schichten Forderung nach einer Ausweitung des sozialen Netzes

Frage: "Wenn Sie einmal an die soziale Absicherung in Deutschland denken, also bei der Rente, im Gesundheitswesen, bei Arbeitslosigkeit usw.: Finden Sie, dass die soziale Absicherung bei uns ausreichend ist, ausgebaut werden müsste oder eingeschränkt werden müsste?"

	Bevölkerung insgesamt %	Sozioökonomischer Status		
		niedrig %	mittel %	hoch %
Ausreichend	23	17	21	33
Ausgebaut	61	69	63	50
Eingeschränkt	4	3	4	7
Unentschieden, weiss nicht	12	11	12	10
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv; IfD-Umfrage 12032

© IfD-Allensbach

Auch die staatlichen Hilfen in der aktuellen Krise halten viele noch für unzureichend. Das gilt insbesondere für die Unterstützung kleiner Unternehmen und Selbständiger, für das Pflegepersonal, für Kulturschaffende und Personen mit befristeten

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 10.

Arbeitsverträgen. 76 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass kleine Unternehmen und Selbständige aktuell unzureichend unterstützt werden; 66 Prozent ziehen dieselbe Bilanz in Bezug auf das Pflegepersonal, ähnlich viele in Bezug auf Kulturschaffende. Rund jeder Zweite ist überzeugt, dass Personen mit befristeten Arbeitsverträgen und Minijobber mehr Unterstützung benötigen sowie Alleinerziehende und Geringverdiener.

31 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, dass Behinderte zurzeit unzureichend unterstützt werden, 28 Prozent nennen auch die Bewohner von Senioren- und Pflegeheimen. Noch am wenigsten Defizite sehen die Bürger bei der Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, Arbeitslosen und Lehrern. So sind lediglich 12 Prozent überzeugt, dass Lehrer durch den Staat unzureichend unterstützt werden, 13 Prozent ziehen diese Bilanz in Bezug auf Arbeitslose. Dieser bemerkenswert niedrige Anteil, der hier auf Arbeitslose entfällt, belegt einmal mehr, dass Arbeitslosigkeit auch inmitten der Krise für die große Mehrheit der Bürger kein wichtiges Thema ist. Auch die kontinuierlichen Analysen zur Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zeigen, dass sich die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes angesichts der derzeitigen auch ökonomischen Krise auf einem bemerkenswert niedrigem Niveau bewegen.¹

¹ Vgl. dazu Anhang, Schaubild A4.

Zu kurz gekommen: kleine Unternehmen, Pflegepersonal, Kulturschaffende

Frage: "Was würden Sie sagen: Welche Gruppen von dieser Liste hier werden vom Staat in der Corona-Krise zu wenig unterstützt? Welche Gruppen benötigen mehr staatliche Unterstützung?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032

© IfD-Allensbach

Die Bürger sind nicht nur für eine stärkere Unterstützung vieler Gruppen und eine Ausweitung von Sozialleistungen, sondern möchten auch den Zugang zu Sozialleistungen nur teilweise an dem Prinzip der Bedürftigkeit orientieren. Gefragt, wieweit bestehende staatliche Leistungen Bürgern aus allen sozialen Schichten zugutekommen sollen oder nur denjenigen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation Unterstützung benötigen, entscheiden sich viele für den schichtungebundenen Zugang zu Sozialleistungen. Erwartungsgemäß gilt dies vor allem für den kostenlosen Besuch von Schulen und die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, aber auch für den kostenlosen Besuch von Universitäten und für das Kindergeld. Auch in Bezug auf die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen und in Bezug auf das Elterngeld votiert die Mehrheit dafür, den Zugang zu diesen Leistungen nicht an der Bedürftigkeit auszurichten. Die Tendenz, den Zugang zu staatlichen Leistungen nicht an die Bedürftigkeit zu knüpfen, hat sich in den letzten Jahren teilweise deutlich verstärkt. Das gilt insbesondere für den kostenlosen Zugang zu universitärer Bildung und zu BAföG sowie für die kostenlose Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen und für das Elterngeld. Vor knapp zehn Jahren votierten 42 Prozent der Bürger dafür, Elterngeld an Bürger aus allen sozialen Schichten zu zahlen, aktuell 52 Prozent. Die Unterstützung für den schichtunabhängigen kostenlosen Zugang zu universitärer Bildung ist von 60 auf 70 Prozent gestiegen, die Forderung, Ausbildungshilfen wie beispielsweise BAföG nicht an die Einkommenssituation zu knüpfen, von 35 auf 45 Prozent. Es gibt hier einen breiten Konsens quer durch alle sozialen Schichten, wobei die höheren sozialen Schichten – auch im eigenen Interesse – noch mehr als die schwächeren sozialen Schichten dafür votieren, den Zugang zu Sozialleistungen nicht von der Einkommenssituation abhängig zu machen, sondern Bürgern aus allen sozialen Schichten zu gewähren.¹

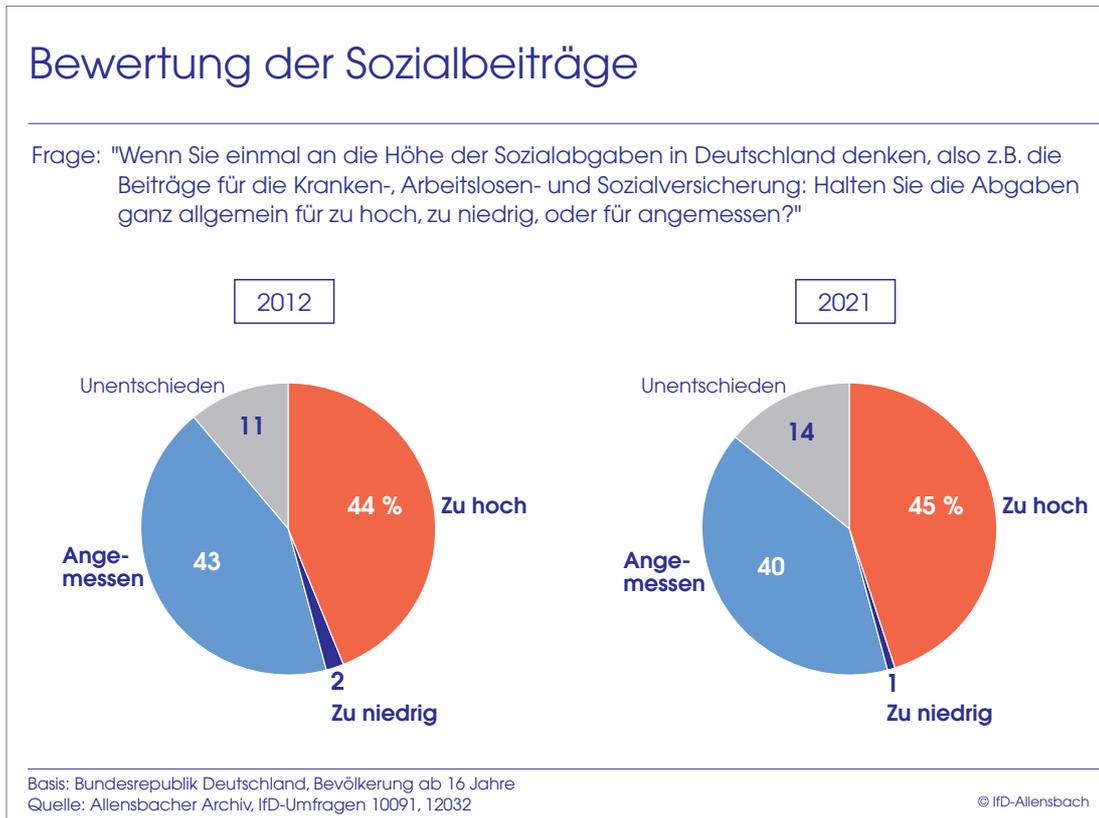
¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 37 a).



Wenn es eine breite Mehrheit für eine Ausweitung der sozialen Leistungen gibt, stellt sich natürlich die Frage, wie es um die Bereitschaft bestellt ist, auch höhere Beiträge und Steuern zu akzeptieren. Die derzeitige Höhe der Sozialabgaben in Deutschland wird nur von 40 Prozent als angemessen bewertet, dagegen von 45 Prozent als zu hoch. Die Einschätzung, die Sozialbeiträge seien zu niedrig, ist eine Exotenposition, die gerade einmal von 1 Prozent der Bürger vertreten wird. Das Urteil der Bürger über die Höhe der Sozialbeiträge ist bemerkenswert stabil. Vor einem knappen Jahrzehnt wurde die Höhe der Sozialbeiträge nicht signifikant anders bewertet als heute. Bemerkenswert ist jedoch vor allem, dass Klagen über zu hohe Beiträge und Forderungen nach einem Ausbau der Sozialleistungen positiv korrelieren, das heißt: Diejenigen, die für eine Ausweitung der sozialen Leistungen votieren, kritisieren die Höhe der Beiträge überdurchschnittlich als zu hoch. Während 40 Prozent derjenigen, die die soziale Absicherung in Deutschland für ausreichend halten, die Beiträge als zu

hoch kritisieren, ist dies bei 48 Prozent derjenigen der Fall, die einen Ausbau des sozialen Netzes für notwendig halten.¹

Schaubild 16

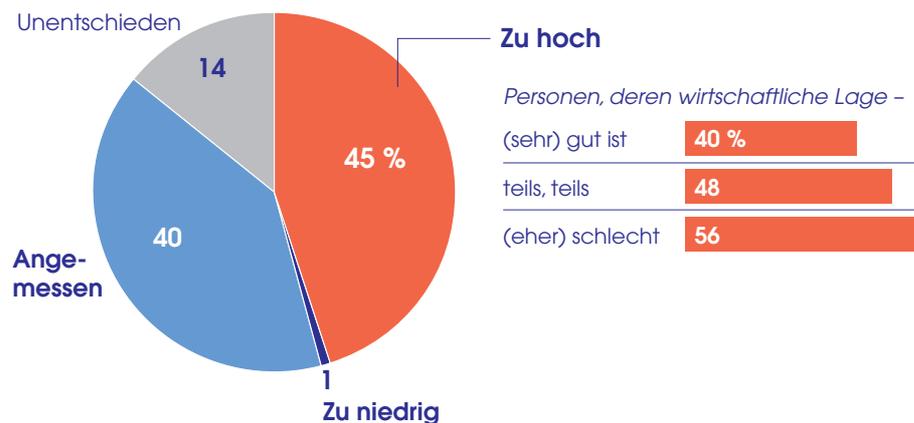


Dies hat auch damit zu tun, dass die schwächeren sozialen Schichten überdurchschnittlich eine Ausweitung der sozialen Leistungen fordern, gleichzeitig aber auch überdurchschnittlich über die Höhe der Sozialabgaben klagen. Während von denjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage positiv bewerten, 40 Prozent die Beiträge als überhöht kritisieren, ist dies bei 56 Prozent derjenigen der Fall, die in unbefriedigenden finanziellen Verhältnissen leben.

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 36.

Bewertung der Sozialabgaben

Frage: "Wenn Sie einmal an die Höhe der Sozialabgaben in Deutschland denken, also z.B. die Beiträge für die Kranken-, Arbeitslosen- und Sozialversicherung; Halten Sie die Abgaben ganz allgemein für zu hoch, zu niedrig, oder für angemessen?"



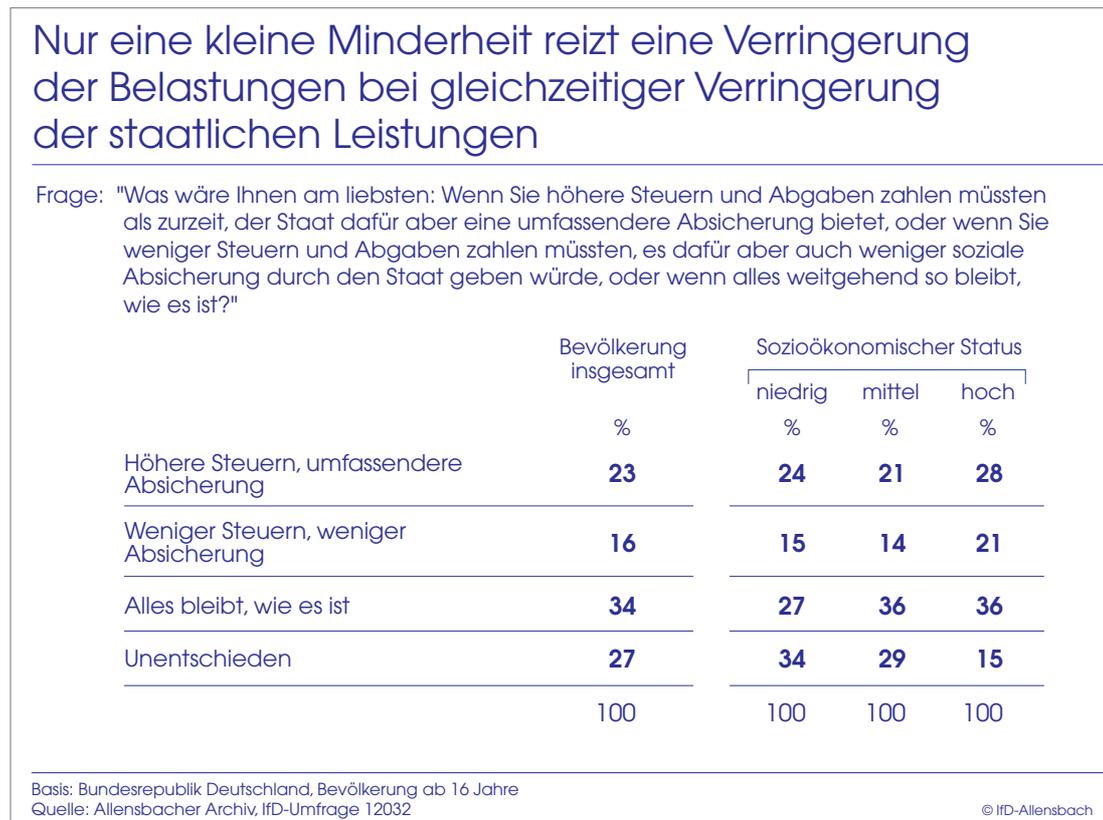
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12031

© IfD-Allensbach

Vor die Wahl gestellt, höhere Steuern und Abgaben zu zahlen, wenn der Staat dafür seine Sicherheitsgarantien ausweitet, oder weniger zu zahlen und sich dann auch mit weniger sozialer Absicherung zufrieden zu geben, tendieren die Bürger noch am ehesten zur Erhaltung des Status quo. 34 Prozent möchten sich weder mit höheren Beiträgen höhere Leistungen erkaufen noch mit einem teilweisen Verzicht auf Sicherheitsgarantien geringere Belastungen. Nur 16 Prozent scheint es attraktiv, weniger Steuern und Abgaben zu zahlen, wenn dafür auch eine Verringerung der staatlichen Sicherheitsgarantien in Kauf genommen werden muss; umgekehrt sind 23 Prozent bereit, mehr Beiträge und höhere Steuern zu akzeptieren, wenn der Staat dafür seine Sozialleistungen ausbaut. Auch hier ist interessant, wie wenig die sozialen Schichten sich hier in ihren Präferenzen unterscheiden. Auch die höheren sozialen Schichten reizen höhere Belastungen bei einer Ausweitung der staatlichen Leistungen mehr als eine Verringerung der Belastungen und der staatlichen Sicherheitsgarantien.

Die Ergebnisse spiegeln zum einen eine ausgeprägte Sicherheitsorientierung bis in die höheren Schichten hinein, geben aber auch das Signal, dass die Belastung durch Steuern und Abgaben nicht so drückend empfunden wird, dass man bereit wäre, für eine Verringerung auch eine Begrenzung der staatlichen Sicherheitsgarantien in Kauf zu nehmen.

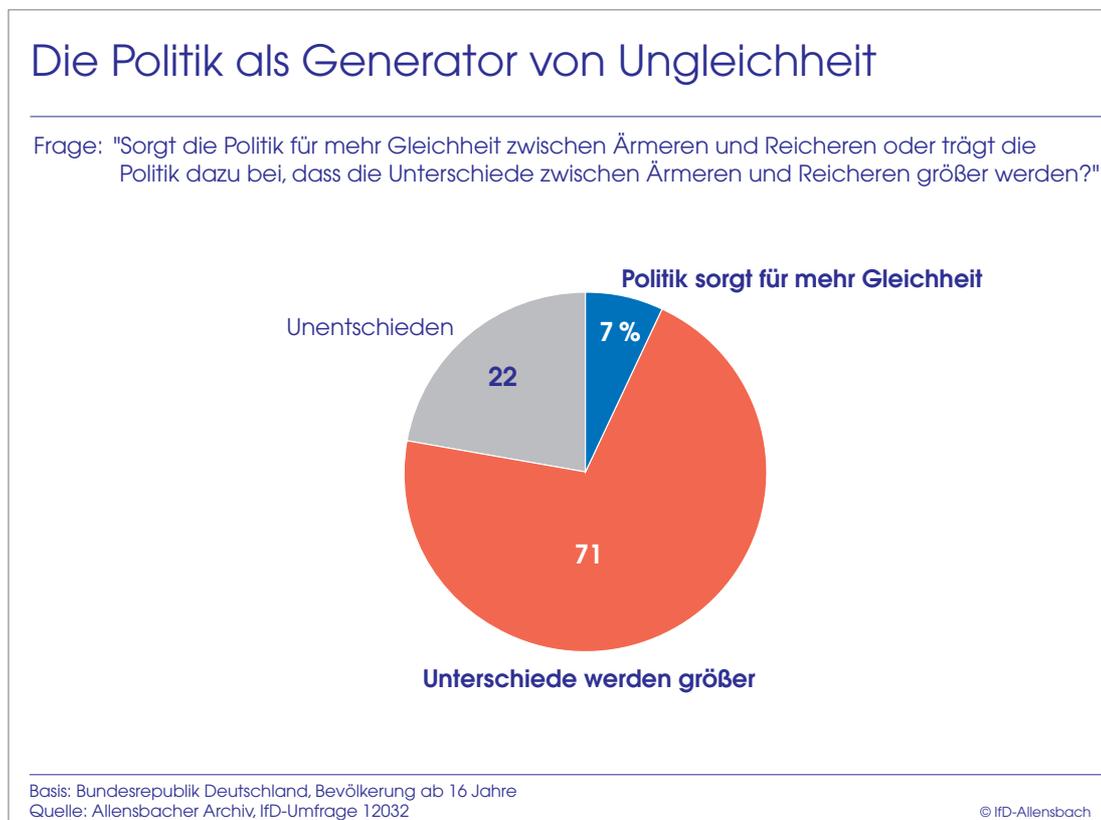
Schaubild 18



DIE POLITIK GILT ALS GENERATOR VON UNGLEICHHEIT

Wenn die Bürger zunehmend dafür votieren, den Zugang zu sozialen Leistungen schichtunabhängig zu regeln, dürfte vielen nicht bewusst sein, dass sie damit die Möglichkeiten des Staates begrenzen, soziale Unterschiede zu vermindern. Von den beiden Hebeln des Staates, soziale Unterschiede zu verringern – der Fiskalpolitik und den Sozialleistungen – steht den Bürgern in erster Linie die Steuerpolitik als Instrument vor Augen, weniger die Gestaltung der Ansprüche auf soziale Leistungen. Insgesamt ist die Bevölkerung seit Langem überzeugt, dass die Politik eher ein Generator von Ungleichheit ist, als dass sie die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten verringert. Nur 7 Prozent attestieren der Politik, dass sie für mehr Gleichheit sorgt, 71 Prozent sind demgegenüber überzeugt, dass die Politik dazu beiträgt, dass die sozialen Unterschiede größer werden. Die aktuelle Krise vergrößert nach dem Eindruck der überwältigenden Mehrheit die sozialen Unterschiede wie bereits im ersten Kapitel dokumentiert.

Schaubild 19



Für viele ist soziale Differenzierung jedoch nicht per se kritisch zu sehen. Die deutsche Bevölkerung misst dem Ziel, die Gesellschaft zusammenzuhalten und dabei auch darauf zu achten, dass die sozialen Unterschiede nicht zu groß werden, zwar traditionell eine große Bedeutung bei. Vielen geht es dabei jedoch nicht um egalitäre Ziele und Gesellschaftsmodelle, sondern um die Sorge, dass eine soziale Schicht abgehängt werden könnte und zurückbleibt. So ist das Meinungsbild völlig gespalten, ob soziale Differenzierung generell schädlich ist oder nur in bestimmten Konstellationen. 49 Prozent der Bevölkerung halten es generell für problematisch, wenn der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird; 45 Prozent vertreten demgegenüber die Position, dass soziale Differenzierung nur dann ein Problem ist, wenn es den schwächeren sozialen Schichten nicht gut geht und ihre Lebensverhältnisse nicht zufriedenstellend sind. In Westdeutschland halten sich beide Positionen annähernd die Waage, während in Ostdeutschland klar die Bewertung überwiegt, dass soziale Differenzierung generell kritisch zu sehen ist.

Schaubild 20

Gespaltenes Meinungsbild			
Frage: "Hier unterhalten sich zwei über soziale Unterschiede. Wem würden Sie eher zustimmen?"			
	Gesamt- deutschland	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird."	49	48	53
"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn die schwächeren sozialen Schichten gut leben können, ist es in meinen Augen kein Problem, wenn es auch sehr viel reichere Menschen gibt."	45	46	40
Unentschieden	6	6	7
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032 © IfD-Allensbach

Vor allem differiert hier jedoch das Urteil der verschiedenen sozialen Schichten. Die schwächeren sozialen Schichten halten es mit klarer absoluter Mehrheit generell für schädlich, wenn der Abstand zwischen den sozialen Schichten zunimmt; in den höheren Schichten gibt es dagegen eine genauso klare Mehrheit für die Position, dass soziale Differenzierung dann kein Problem ist, wenn die schwächeren sozialen Schichten einen zufriedenstellenden Lebensstandard haben. Die Mittelschicht ist in dieser Frage gespalten, tendiert jedoch eher zu der Position, dass zunehmende soziale Unterschiede generell ein Problem darstellen.

Schaubild 21

Unterschiedliche Perspektiven der sozialen Schichten				
Frage: "Hier unterhalten sich zwei über soziale Unterschiede. Wem würden Sie eher zustimmen?"				
	Bevölkerung insgesamt %	Sozioökonomischer Status		
		niedrig %	mittel %	hoch %
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird."	49	59	50	38
"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn die schwächeren sozialen Schichten gut leben können, ist es in meinen Augen kein Problem, wenn es auch sehr viel reichere Menschen gibt."	45	35	44	57
Unentschieden	6	6	6	5
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032

© IfD-Allensbach

Die Einteilung nach sozioökonomischem Status berücksichtigt den Bildungsabschluss, die Einkommenssituation sowie die Berufstätigkeit und gibt nicht die Selbsteinstufung der Bürger in eine der sozialen Schichten wieder. Wenn die Bürger sich selbst einer bestimmten Schicht zurechnen sollen, rechnet sich nur eine verschwindende Minderheit zur Oberschicht und auch nur wenige zur Unterschicht.

Annähernd 90 Prozent verorten sich in der Mittelschicht, und zwar 39 Prozent zur oberen Mittelschicht und 48 Prozent zur unteren Mittelschicht. Die Einteilung nach dem sozioökonomischen Status nach objektiven Kriterien wie Bildungsabschluss, Einkommen und Beruf erbringt in der Mittelschicht eine weitgehende Übereinstimmung: 94 Prozent mit mittlerem ökonomischen Status rechnen sich der oberen oder unteren Mittelschicht zu, vorrangig der unteren Mittelschicht. Von Personen mit hohem sozioökonomischem Status rechnen sich nur 11 Prozent zur Oberschicht, 75 Prozent zur oberen Mittelschicht; umgekehrt zählt sich die große Mehrheit derjenigen, die nach Einkommen, Bildungsabschluss und Beruf zu den schwächeren sozialen Schichten zählen, zur unteren Mittelschicht, nur jeder Fünfte zur Unterschicht.

Schaubild 22

Annähernd 90 Prozent rechnen sich zur Mittelschicht				
Frage: "Zu welcher Schicht zählen Sie sich?"				
	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Oberschicht	3	x	x	11
Obere Mittelschicht	39	7	38	75
Untere Mittelschicht	48	66	56	12
Untere Schicht	6	21	2	x
Keine Angabe	4	6	4	2
	100	100	100	100

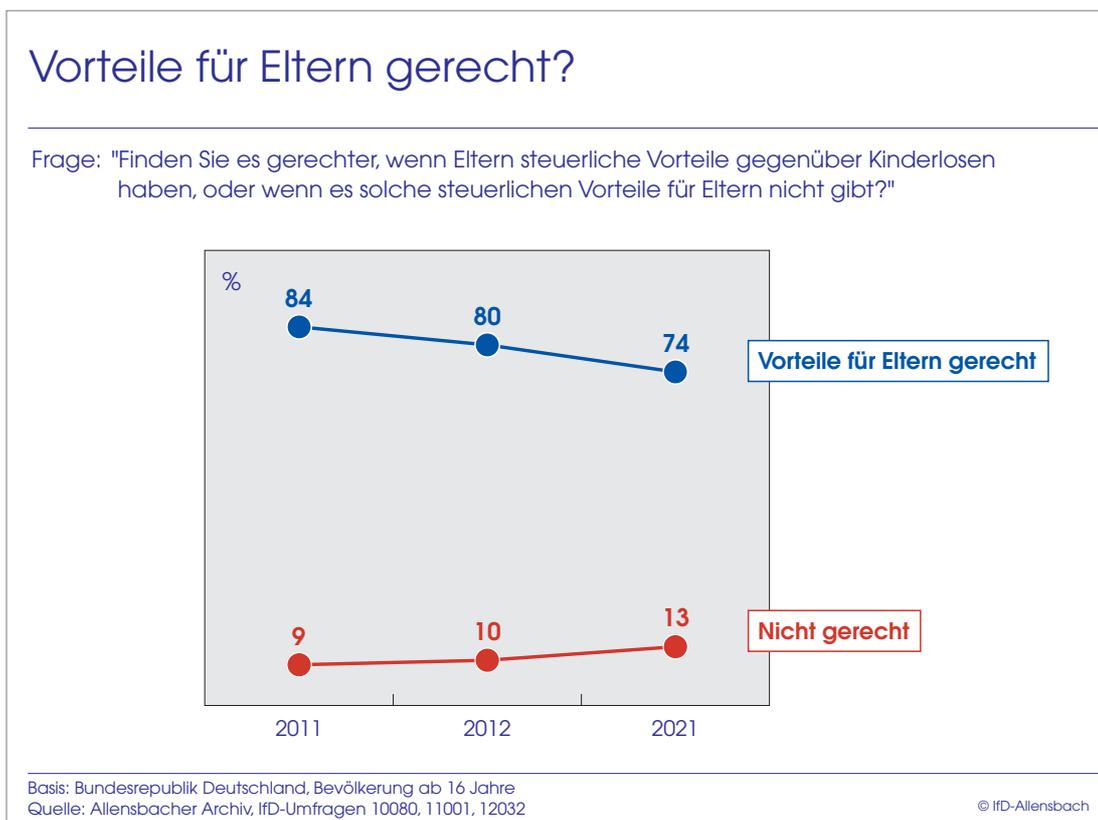
x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032

© IfD-Allensbach

Dass die Mehrheit der Bürger nicht eng geführt egalitären Modellen anhängt, zeigt auch ihre Neigung, Unterschiede immer dann gut zu heißen, wenn sie durch unterschiedliche Leistungen oder Belastungen gerechtfertigt sind. So hält die große Mehrheit steuerliche Vorteile für Eltern gerecht: 74 Prozent halten es für richtig, dass Eltern steuerlich gegenüber Kinderlosen begünstigt werden, nur 13 Prozent halten dies für nicht gerecht. Die Trendanalyse zeigt allerdings, dass diese Überzeugung langsam erodiert. Vor zehn Jahren hielten noch 84 Prozent die steuerliche Differenzierung zwischen Eltern und Kinderlosen für richtig.

Schaubild 23



Die Mehrheit befürwortet auch gravierende Unterschiede bei den Alterseinkünften, abhängig von den geleisteten Beiträgen. 52 Prozent halten aufgrund der unterschiedlichen Beiträge, die in die Rentenkassen eingezahlt wurden, gravierende Unterschiede für richtig, nur 25 Prozent favorisieren demgegenüber eine weitgehend

ähnlich hohe Altersversorgung für alle. Hier gibt es wieder deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Schichten. Die Mittelschicht und besonders die höheren sozialen Schichten halten mehrheitlich größere Unterschiede zwischen den Alterseinkünften für gerechtfertigt, in den schwächeren Schichten dagegen nur 39 Prozent; auch dies ist jedoch eine relative Mehrheit, da nur 31 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten für eine weitgehend ähnlich hohe Altersversorgung aller plädieren.

Schaubild 24

Für deutliche Differenzierung bei den Alterseinkünften

Frage: "Was empfinden Sie als gerechter: Wenn alle eine ähnlich hohe Altersversorgung haben, unabhängig davon, ob sie berufstätig waren und wie viel sie eingezahlt haben, oder wenn sich die Altersversorgung stark unterscheidet, je nachdem, wie viel der Einzelne für sein Alter vorgesorgt hat?"

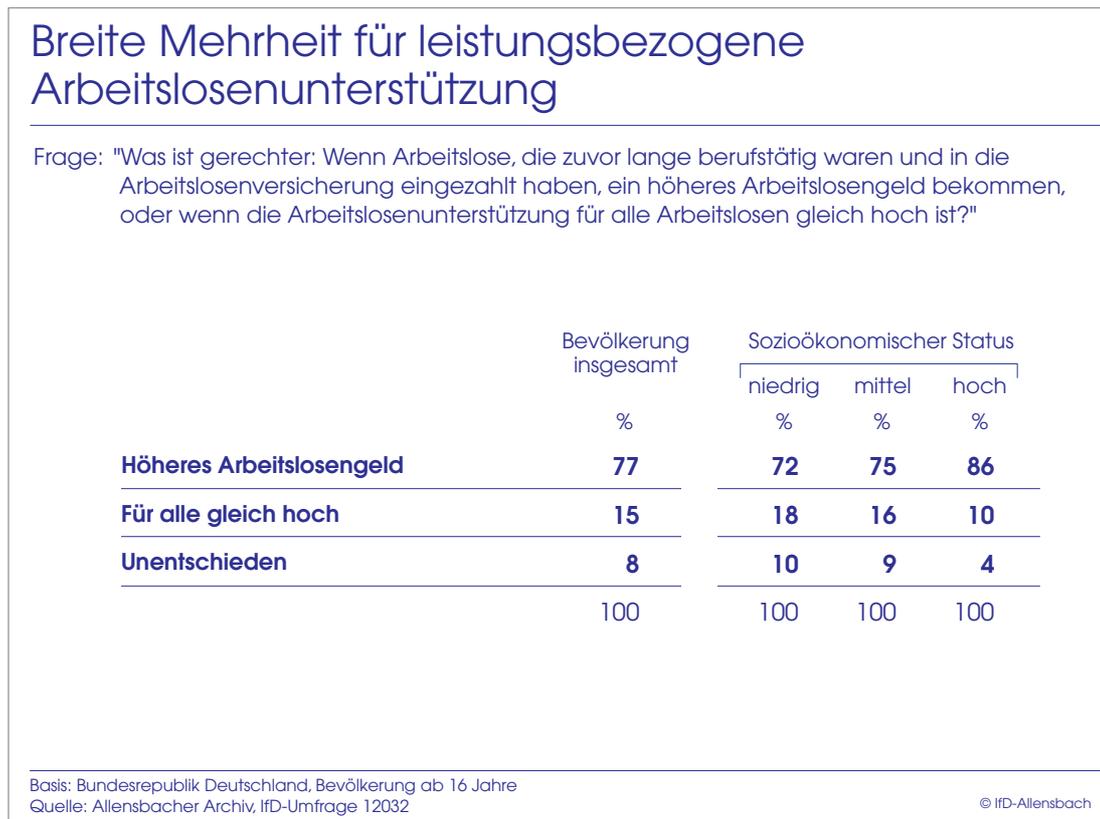
	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
		%	%	%
Ähnlich hohe Altersversorgung	25	31	25	17
Starke Unterschiede	52	39	53	61
Unentschieden	23	30	22	22
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032 © IfD-Allensbach

Dagegen gibt es quer durch alle sozialen Schichten einen breiten Konsens, dass die Arbeitslosenunterstützung eng mit den Beitragsjahren und geleisteten Beiträgen korrelieren sollte. 77 Prozent der Bevölkerung halten es für richtig, wenn Arbeitslose, die zuvor lange berufstätig waren und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, eine höhere Unterstützung bekommen als andere Arbeitslose, nur 15 Prozent

plädieren hier für eine weitgehende Angleichung. Die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten sind hier eng begrenzt: In den schwächeren sozialen Schichten sprechen sich 72 Prozent für eine Differenzierung des Arbeitslosengeldes je nach eingezahlten Beiträgen aus, in der Mittelschicht 75 Prozent und in den höheren sozialen Schichten 86 Prozent.

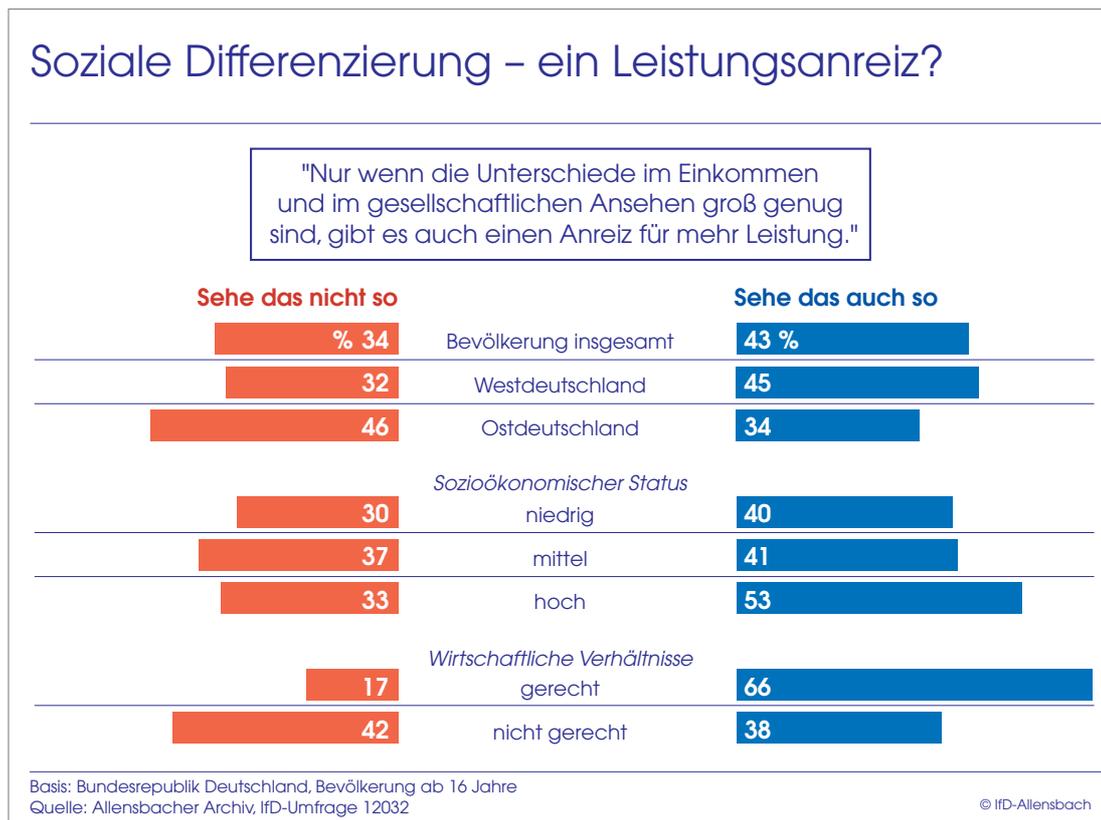
Schaubild 25



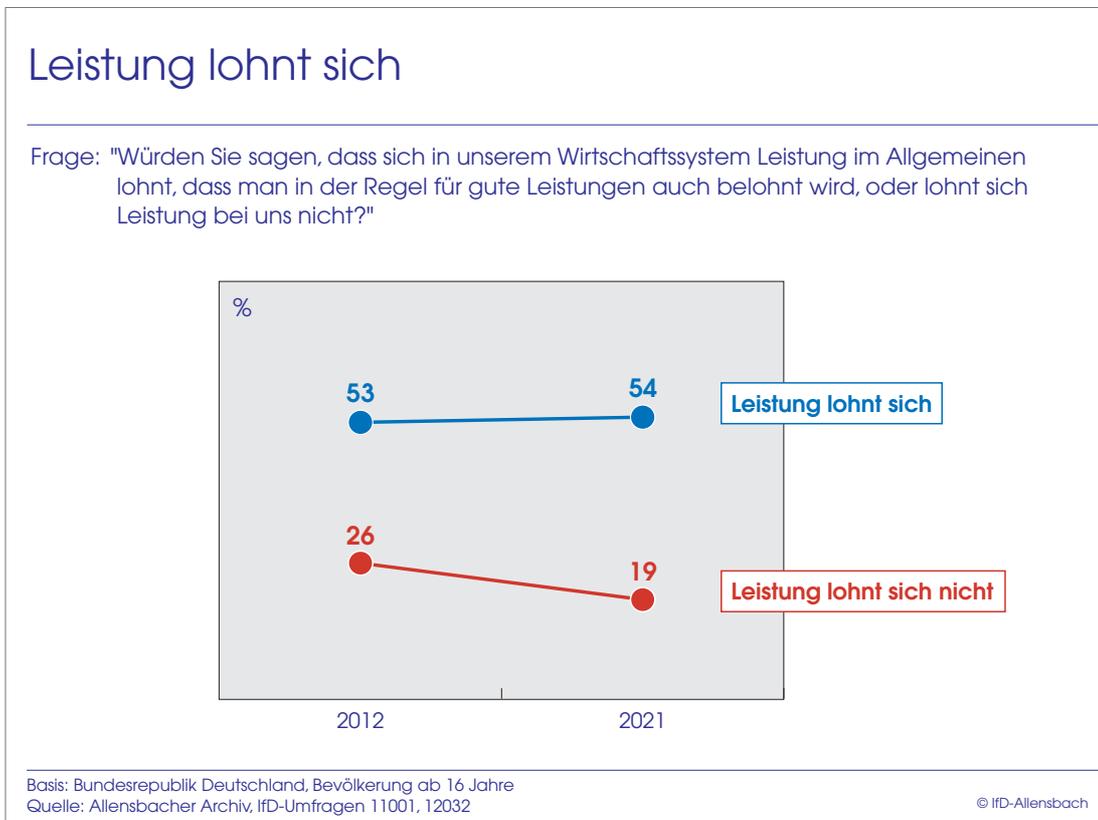
Viele sind auch überzeugt, dass Unterschiede im Einkommen und auch im Sozialprestige durchaus auch Anreize für mehr Leistung bieten. So vertreten 43 Prozent der Bevölkerung die Position: "Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im gesellschaftlichen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für mehr Leistung". Nur ein Drittel der Bürger widerspricht dieser These. Deutlich kritischer reagieren allerdings die Bürger in Ostdeutschland sowie diejenigen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als nicht gerecht empfinden. Die größte

Unterstützung findet diese Position dagegen bei denjenigen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für gerecht halten, sowie bei den höheren sozialen Schichten.

Schaubild 26



Die Mehrheit zieht die Bilanz, dass Leistung sich in Deutschland durchaus lohnt. 54 Prozent gehen davon aus, dass man in der Regel für gute Leistungen auch durch höheres Einkommen oder auch Aufstiegschancen belohnt wird, nur 19 Prozent sind hier grundsätzlich skeptisch. Diese Skepsis hat sich über die letzten knapp zehn Jahre deutlich vermindert. Vor knapp zehn Jahren waren noch 26 Prozent der Bürger überzeugt, dass es keine wirklichen Leistungsanreize in Deutschland gibt und Leistung sich entsprechend nicht lohnt.



Diese Bilanz wird vor allem davon beeinflusst, wie weit man selbst materiell gut situiert ist und an dem Wohlstand des Landes partizipiert. So sind annähernd drei Viertel in den höheren sozialen Schichten überzeugt, dass Leistung sich in Deutschland lohnt, dagegen nur 44 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten. Diejenigen, die die eigene finanzielle Lage als schlecht einstufen, sehen dies noch kritischer wie auch diejenigen, die die eigene wirtschaftliche Lage im Vergleich zu anderen als nicht gerecht bewerten. Von diesen Gruppen hat nur rund ein Drittel den Eindruck, dass Leistung sich in Deutschland lohnt, während jeweils ein gutes Drittel widerspricht.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 24.

KOMPLEXES GERECHTIGKEITSVERSTÄNDNIS

Schon die Vorstellungen, was soziale Unterschiede zumindest begrenzt legitimiert, zeigen, dass soziale Gerechtigkeit von der Bevölkerung nicht eindimensional definiert wird. Die Interpretation von sozialer Gerechtigkeit ist komplex; sie enthält durchaus spezifische Gleichheitsforderungen, aber auch leistungsbezogene Elemente und Erwartungen an die sozialen Sicherheitsgarantien des Staates. Eine zentrale Rolle spielt Chancengleichheit. Gefragt, was für sie im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit besonders wichtig ist, nennen die Bürger vor allem, dass alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung haben wie auch Chancengleichheit beim Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung und gleiche Rechte für Männer und Frauen. 76 Prozent der Bürger halten es im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für zentral, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben, zwei Drittel den gleichen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung, 60 Prozent gleiche Rechte für Männer und Frauen; dem letzten Punkt messen Frauen signifikant mehr Bedeutung bei als Männer.

Neben gleichen Chancen und Rechten spielt jedoch auch die Definition der Beziehung zwischen Bürger und Staat für die große Mehrheit im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit eine entscheidende Rolle. So ist es für drei Viertel der Bevölkerung essenziell, dass man von seinem Lohn oder Gehalt auch leben kann, das heißt bei einer Erwerbstätigkeit nicht vom Staat abhängig ist; gleichzeitig hält es die große Mehrheit im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit jedoch für essenziell, dass der Staat für eine Grundsicherung sorgt, die vor Not und Armut schützt. 63 Prozent halten eine solche Grundsicherung im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für besonders wichtig, 47 Prozent auch, dass der Staat alle umfassend bei Arbeitslosigkeit und Krankheit absichert.

Darüber hinaus spielt die Gestaltung der Löhne und Gehälter eine entscheidende Rolle. Zwei Drittel der Bevölkerung halten es im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für essenziell, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird; gleichzeitig zeigt sich jedoch auch die leistungsbezogene Komponente des Verständnisses der Bevölkerung von sozialer Gerechtigkeit: 52 Prozent halten es im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für besonders wichtig, dass höhere Leistung auch mit einem

höheren Verdienst honoriert wird. Interessant ist, welchen Zielen die Bürger im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit eher untergeordnete Bedeutung beimessen. Das gilt insbesondere für das Ziel, keine großen Unterschiede zwischen den sozialen Schichten zuzulassen und in diesem Zusammenhang auch für Forderungen, dass der Staat durch Steuern dafür sorgen soll, dass die Einkommensunterschiede nicht größer werden und auch durch hohe Erbschaftssteuern eine zunehmende Differenzierung bei den Vermögen verhindern sollte. 36 Prozent halten es im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für besonders wichtig, dass der Staat durch seine Fiskalpolitik die Einkommensunterschiede begrenzt, 21 Prozent, dass große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten vermieden werden. Gerade das letzte Ergebnis zeigt, wie differenziert die Bevölkerung hier denkt: Einerseits spielt die Begrenzung sozialer Unterschiede in der politischen Agenda der Bürger immer eine große Rolle, auch zurzeit. Andererseits entspricht eine enge Begrenzung sozialer Unterschiede jedoch nicht ihren Gerechtigkeitsvorstellungen. Den Bürgern geht es vor allem darum, "ungesunde" Unterschiede zu begrenzen und insbesondere dafür zu sorgen, dass keine soziale Schicht abgehängt wird.

Differenzierte Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit

Frage: "Man hört ja häufiger den Begriff 'soziale Gerechtigkeit'. Was von der Liste hier finden Sie im Zusammenhang mit 'sozialer Gerechtigkeit' besonders wichtig?" (Bitte möglichst nicht mehr als 5 Nennungen!)



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032

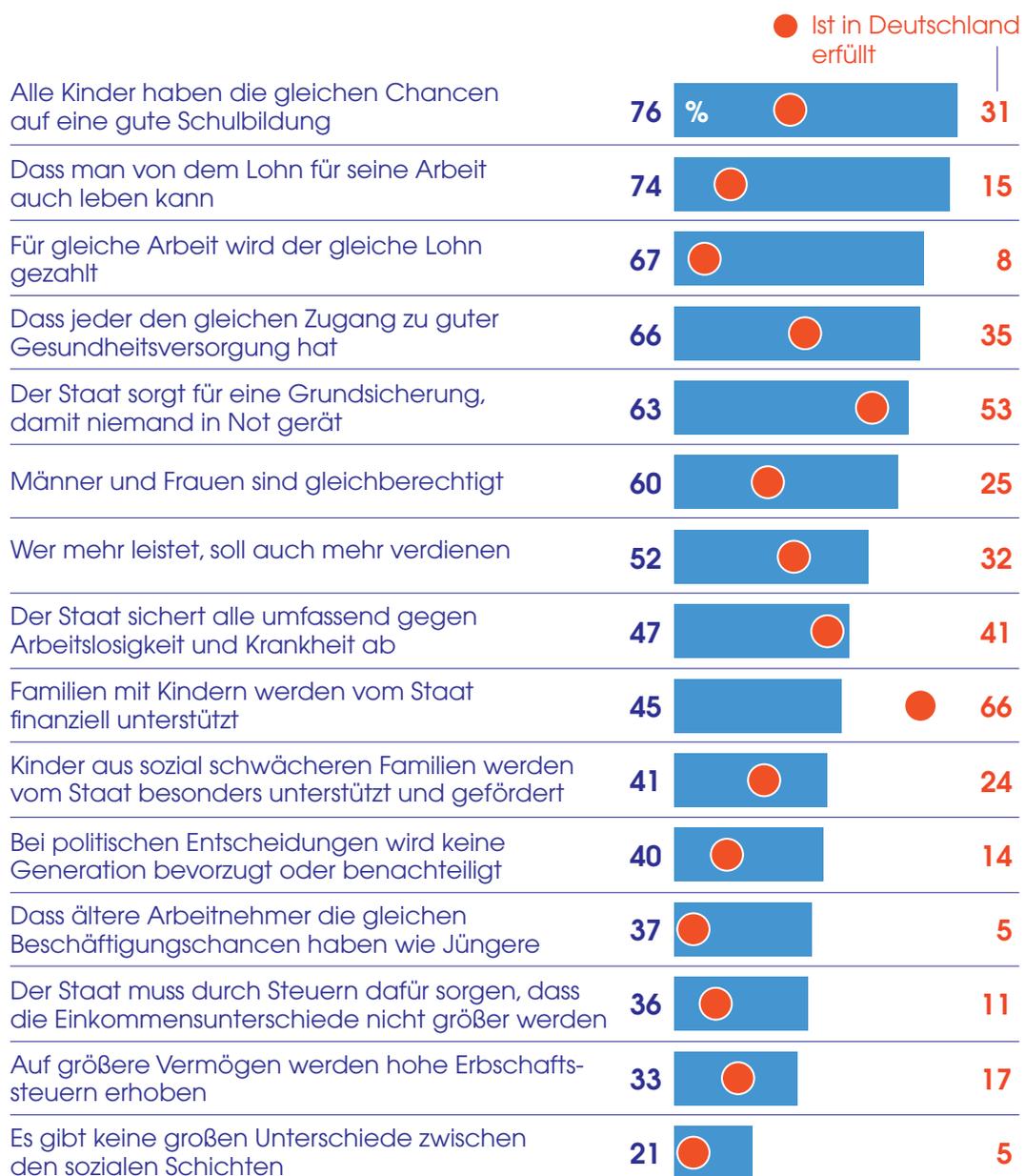
© IfD-Allensbach

Das, was die Bevölkerung im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für essenziell hält, ist in Deutschland nach ihrem Eindruck nur sehr beschränkt erfüllt. Noch am ehesten entsprechen die staatlichen Sicherheitsgarantien den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger. Für 63 Prozent ist im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit essenziell, dass der Staat für eine Grundsicherung sorgt und damit verhindert, dass jemand in Not gerät; 53 Prozent halten diese Forderung in Deutschland für erfüllt. Eine umfassende Absicherung des Staates gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit halten 47 Prozent für essenziell, 41 Prozent attestieren dies dem deutschen Staat. In Bezug auf die Unterstützung von Familien mit Kindern fällt das Urteil noch positiver aus: 45 Prozent halten es gerade im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit für besonders wichtig, dass der Staat Familien mit Kindern finanziell unterstützt, 66 Prozent attestieren dies dem Staat.

In allen anderen Punkten bleibt die Realität jedoch nach dem Eindruck der Bürger weit hinter ihren Vorstellungen zurück, was eine sozial gerechte Gesellschaft garantieren müsste. Das gilt insbesondere für die Chancengleichheit von Kindern, eine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, den gleichberechtigten Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung und besonders auch die Chance, durch Arbeit unabhängig zu werden und nicht auf Unterstützung angewiesen zu sein. Dieser letztgenannte Aspekt ist für drei Viertel der Bevölkerung im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit besonders wichtig, aber nur 15 Prozent sehen dies in Deutschland als erfüllt an. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für zwei Drittel der Bürger im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit essenziell, nur 8 Prozent sehen diese Bedingung in Deutschland als erfüllt an. Dass alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben, halten drei Viertel für essenziell, nur 31 Prozent halten dies in Deutschland für weitgehend erfüllt. Auch die Chancen älterer Arbeitnehmer werden kritisch bewertet: Immerhin 37 Prozent definieren soziale Gerechtigkeit auch über gleiche Beschäftigungschancen von älteren und jüngeren Arbeitnehmern, nur 5 Prozent sehen dies als erfüllt an.

Gerechtigkeitsdefizite

Frage: "Man hört ja häufiger den Begriff 'soziale Gerechtigkeit'. Was von der Liste hier finden Sie im Zusammenhang mit 'sozialer Gerechtigkeit' besonders wichtig?"

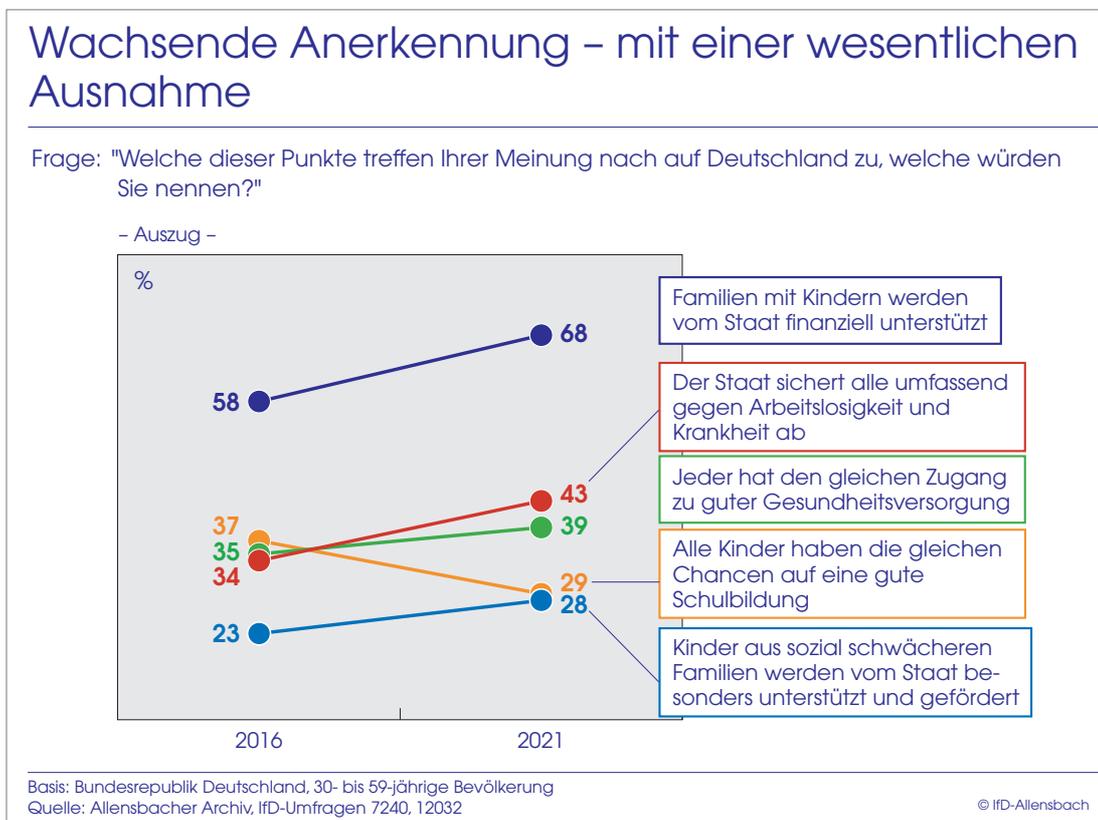


Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032

© IfD-Allensbach

Die Defizite zwischen den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger und ihrer Einschätzung der bundesdeutschen Realität sind auffallend groß, haben sich jedoch in den letzten Jahren in einigen Punkten zurückgebildet. Dies zeigt die Trendanalyse, die für die mittlere Generation einen Vergleich zu 2016 ermöglicht. So halten es heute mehr 30- bis 59-Jährige als noch vor fünf Jahren für erfüllt, dass der Staat alle umfassend gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit absichert, Kinder aus sozial schwächeren Familien besonders unterstützt und gefördert werden und ein gleicher Zugang zu guter Gesundheitsversorgung gesichert ist. Auch wird heute signifikant mehr als noch vor fünf Jahren anerkannt, dass Familien mit Kindern vom Staat finanziell unterstützt werden. Einen Punkt sieht die mittlere Generation allerdings heute noch kritischer als vor fünf Jahren, und es ist gerade die Dimension ihres Gerechtigkeitsverständnisses, der sie mehr Bedeutung beimisst als allen anderen Zielen: allen Kindern gleiche Chancen auf eine gute Bildung zu eröffnen. In der mittleren Generation, für die hier die Trendreihe vorliegt, ist die Überzeugung, dass diese Voraussetzung in Deutschland gegeben ist, in den letzten fünf Jahren von 37 auf 29 Prozent abgesunken.

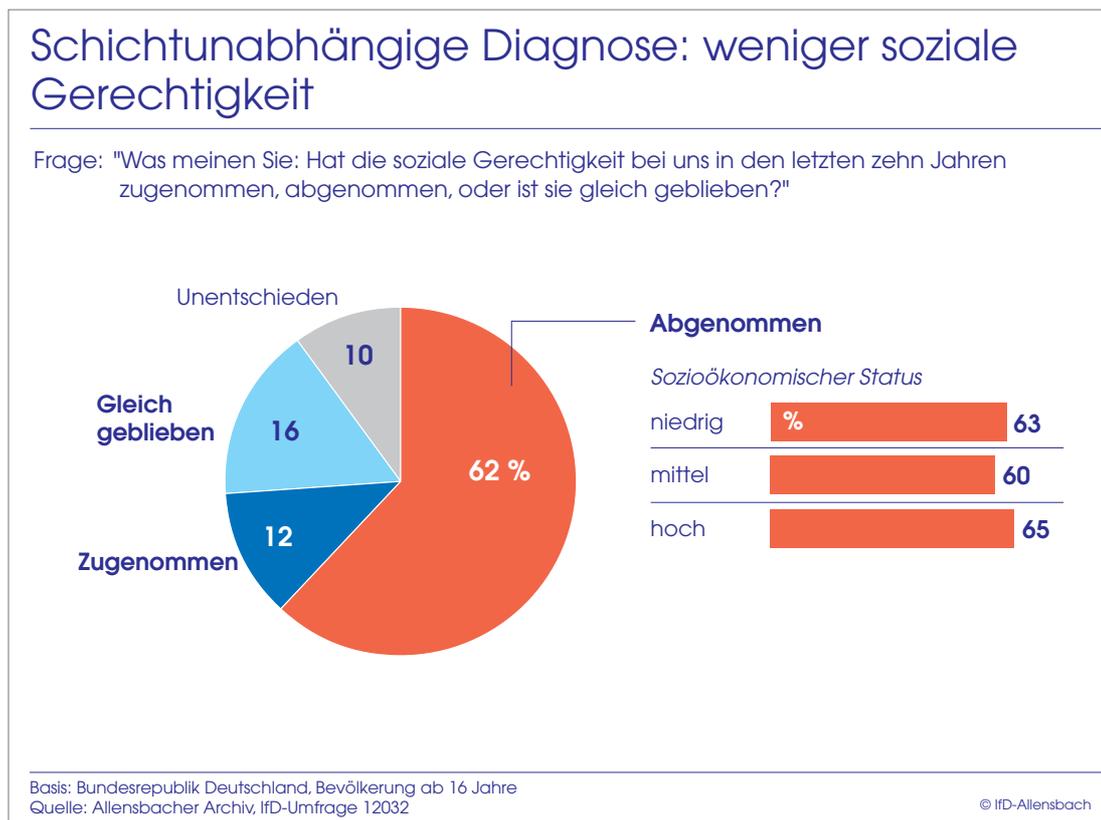
Schaubild 30



ABNEHMENDE SOZIALE GERECHTIGKEIT, ABER WACHSENDE ZUFRIEDENHEIT MIT DER EIGENEN POSITIONIERUNG

Die Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten zehn Jahren in Deutschland abgenommen hat. 62 Prozent sind davon überzeugt, während nur 12 Prozent einen positiven Trend sehen und 16 Prozent davon ausgehen, dass sich an dem Status der sozialen Gerechtigkeit in den letzten Jahren wenig verändert hat. Interessanterweise fällt die Bilanz quer durch alle sozialen Schichten ähnlich aus. In den höheren sozialen Schichten sind 65 Prozent überzeugt, dass es Rückschritte bei der sozialen Gerechtigkeit gab, in den schwächeren sozialen Schichten 63 Prozent.

Schaubild 31



Die große Mehrheit vertritt auch die Position, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland nicht das Prädikat gerecht verdient. 59 Prozent halten die wirtschaftlichen Verhältnisse für nicht gerecht, nur 16 Prozent für gerecht.

In Ostdeutschland fällt das Urteil noch wesentlich kritischer aus. Dort bewerten 74 Prozent die Einkommens- und Vermögensverteilung als nicht gerecht, nur 6 Prozent vertreten die Gegenposition. Das Urteil der verschiedenen sozialen Schichten fällt zwar in Grenzen unterschiedlich aus; quer durch alle Schichten vertritt jedoch die Mehrheit die Position, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland nicht gerecht verteilt sind: In den schwächeren sozialen Schichten monieren dies 65 Prozent, in den höheren Schichten jedoch ebenfalls 54 Prozent.¹

Obwohl die große Mehrheit der Bürger überzeugt ist, dass die aktuelle Krise die sozialen Unterschiede vergrößert, ist jedoch die Unzufriedenheit über die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland nicht gewachsen. 2017 äußerten sich 65 Prozent kritisch, in den Jahren zuvor zwischen 57 und 59 Prozent; der aktuelle Wert von 59 Prozent bewegt sich damit am unteren Ende der Bandbreite, die über die letzten zehn Jahre zu beobachten war.

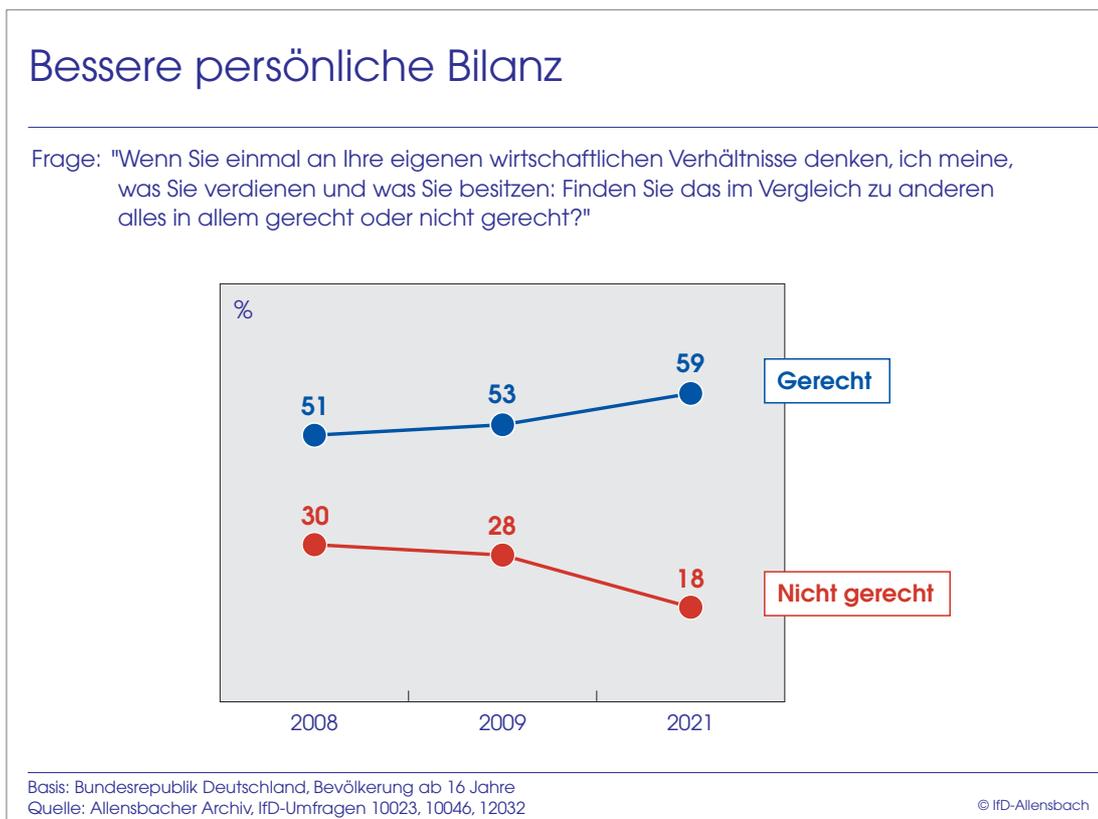
Schaubild 32



¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 27.

Die persönliche Bilanz fällt sogar besser aus als noch vor einem guten Jahrzehnt. 59 Prozent der Bürger empfinden das, was sie persönlich verdienen und besitzen, im Vergleich zu anderen durchaus als gerecht, nur 18 Prozent als nicht gerecht. Vor gut zehn Jahren zogen nur 53 Prozent eine positive Bilanz, während sich 28 Prozent benachteiligt sahen. Dieser positive Trend hat mit der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zehn, zwölf Jahre zu tun, die zu einer Absenkung der Arbeitslosigkeit und zu einem Anstieg der frei verfügbaren Einkommensteile führte.¹ Bei dieser persönlichen Bilanz fallen auch die Urteile in Ost und West deutlich weniger auseinander als bei der generellen Einschätzung der Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Zwar bewerteten weniger Ostdeutsche als Westdeutsche die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zu anderen als gerecht, die Abweichung hält sich jedoch in Grenzen: 60 Prozent der Westdeutschen und 54 Prozent der Ostdeutschen ziehen eine positive Bilanz, während sich 18 Prozent der Westdeutschen und auch nur 19 Prozent der Ostdeutschen benachteiligt fühlen.²

Schaubild 33

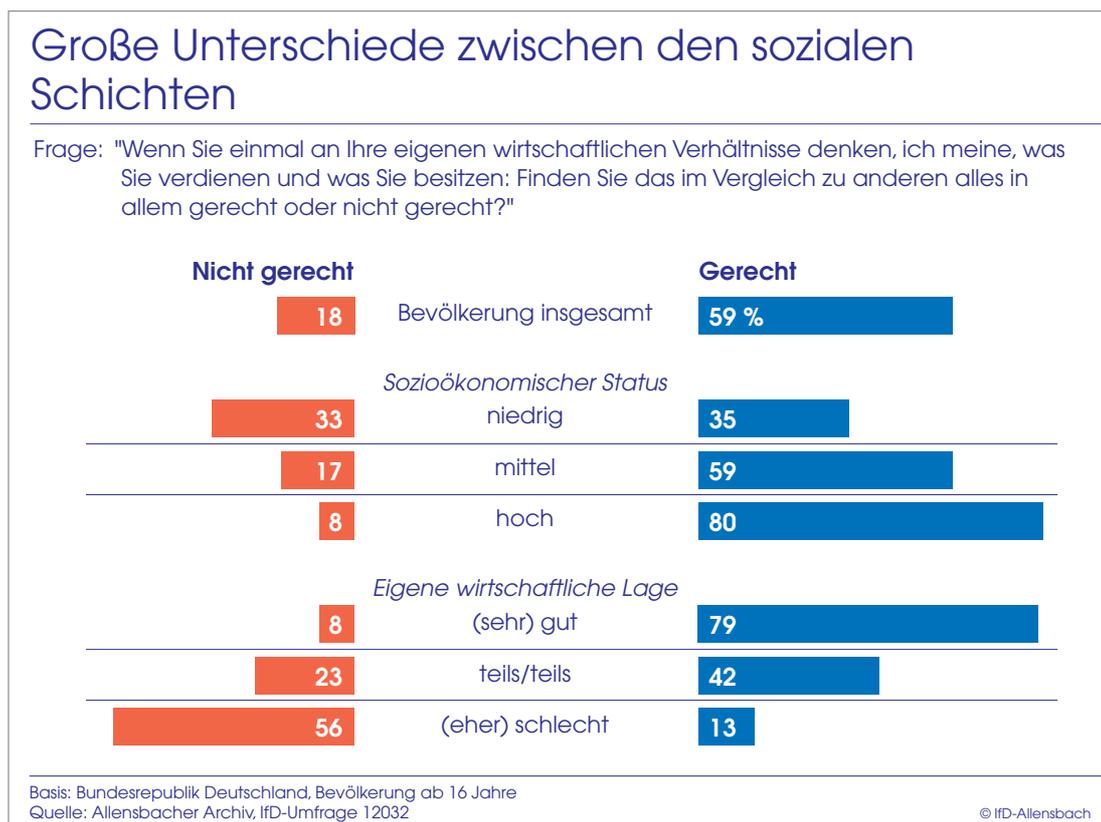


¹ Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalysen, AWA 2010 bis AWA 2020.

² Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 28.

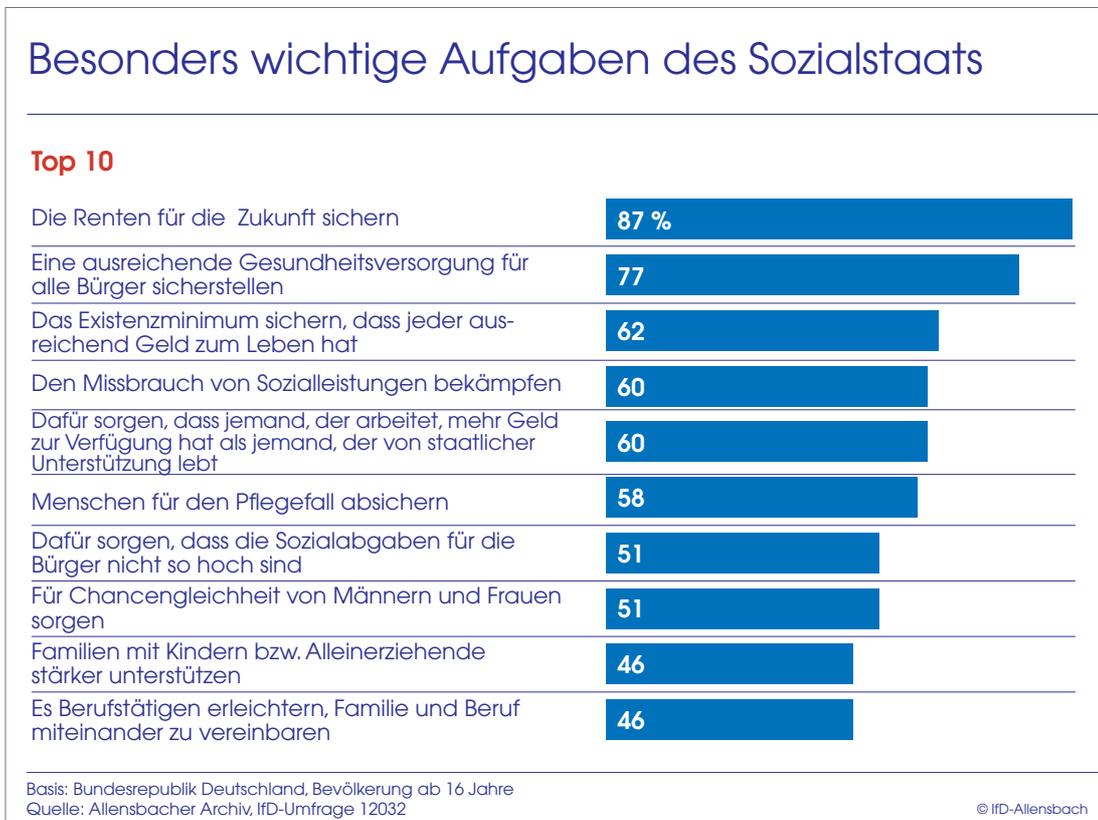
Anders ist das Muster in den verschiedenen sozialen Schichten: Während die generelle Einkommens- und Vermögensverteilung quer durch alle sozialen Schichten ähnlich bewertet wird, fällt die persönliche Bilanz völlig unterschiedlich aus. In den höheren Schichten empfinden 80 Prozent die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zu anderen als gerecht, in der Mittelschicht 59 Prozent, in den schwächeren sozialen Schichten dagegen nur 35 Prozent. Noch schärfer differiert das Urteil, wenn die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach der Einschätzung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage analysiert werden. Diejenigen, die mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden sind, bewerten sie auch im Vergleich zu anderen alles in allem als gerecht, während die Mehrheit derjenigen, die sich in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage befinden, sich benachteiligt sieht.

Schaubild 34



HOHE ERWARTUNGEN AN DEN SOZIALSTAAT

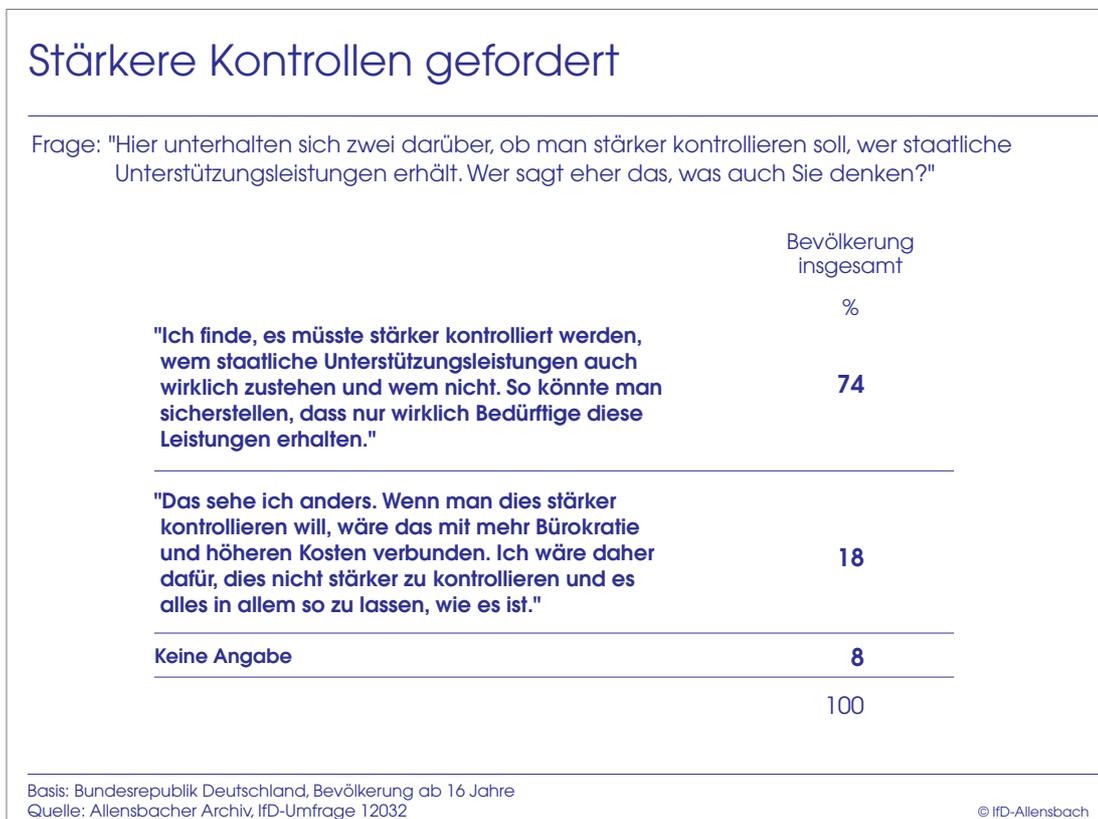
Die Bürger erwarten vom Sozialstaat in erster Linie die Absicherung gegen existenzielle Risiken, vor allem die finanzielle Absicherung im Alter, die Garantie einer zufriedenstellenden Gesundheitsversorgung einschließlich der Absicherung für den Pflegefall und die Sicherung des Existenzminimums. 87 Prozent zählen die Sicherung der Renten zu den wichtigsten Aufgaben des Sozialstaats, 77 Prozent die Absicherung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung, 62 Prozent die Garantie eines Existenzminimums. Die Anforderungen erschöpfen sich jedoch keineswegs mit der finanziellen Absicherung, sondern sind breiter gespannt; so zählt die große Mehrheit auch die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen zu den besonders wichtigen Aufgaben des Sozialstaates sowie die Beachtung des Abstandsgebotes zwischen Erwerbseinkommen und Transfereinkommen: Jeweils 60 Prozent halten es für besonders wichtig, dass der Sozialstaat so angelegt ist, dass auch der Missbrauch von Sozialleistungen erfolgreich bekämpft wird, ebenso viele zählen es zu den wichtigsten Aufgaben des Sozialstaates, dass Transfereinkommen nicht die Höhe von Erwerbseinkommen erreichen. Die Mehrheit formuliert auch die Erwartung, dass die Sozialabgaben für die Bürger eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Daneben wird der Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen besondere Bedeutung beigemessen wie auch der stärkeren Unterstützung von Familien mit Kindern und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Die Erwartungen der schwächeren sozialen Schichten an den Sozialstaat sind in einigen Bereichen höher als die der Mittel- und insbesondere der Oberschicht. Insbesondere die Sicherung der Renten, die Absicherung des Existenzminimums, aber auch die Begrenzung der Sozialabgaben halten die einfachen sozialen Schichten noch mehr als die Mittel- oder Oberschicht für besonders wichtige Aufgaben des Sozialstaates. Auch eine stärkere Unterstützung von Familien mit Kindern ist den schwächeren sozialen Schichten überdurchschnittlich wichtig. Dagegen sind sich die sozialen Schichten bei den meisten anderen Erwartungen an den Sozialstaat weitgehend einig; das gilt beispielsweise für die Sicherung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung, das Engagement für Chancengleichheit von Männern und Frauen und auch die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen.

Das Misstrauen, dass Sozialleistungen auch verbreitet missbräuchlich in Anspruch genommen werden, ist in der Bevölkerung weit verbreitet. Drei Viertel der Bürger fordern mehr Kontrollen, um sicherzustellen, dass die staatlichen Unterstützungsleistungen nur denen zugutekommen, denen sie zustehen. Nur 18 Prozent sprechen sich gegen stärkere Kontrollen aus. Dieser breite Konsens bei der Forderung nach schärferen Kontrollen ist nicht neu. Seit Langem hält die Bevölkerung die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen für ein wichtiges Thema – auch weil sie davon ausgeht, dass die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates auch davon abhängt, dass er nicht missbräuchlich ausgebeutet wird.¹

Schaubild 36



¹ Vgl. dazu Bericht "Zukunftsperspektiven und Zukunftsaagenda Deutschlands aus der Sicht der Bürger", Untersuchung im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Juni 2019, S. 30 sowie Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2016.

Zielen, die anders als Rente, Krankenversicherung oder die Absicherung des Existenzminimums spezifische Gruppen betreffen, misst die Bevölkerung in ihrer Agenda für den Sozialstaat geringere Bedeutung bei. Das gilt beispielsweise für die Verbesserung der Chancen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und generell die Verbesserung der Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund, aber auch die Unterstützung von Arbeitslosen und Verbesserung ihrer Qualifikation, die stärkere Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien und die Verringerung sozialer Unterschiede. Es ist nicht so, dass die Bürger diesen Zielen keine Bedeutung beimessen; sie halten sie jedoch für deutlich weniger wichtig als alle Aufgaben des Sozialstaates, die unmittelbar die Absicherung und Interessen der breiten Bevölkerung betreffen. Bemerkenswert ist auch, dass nur 45 Prozent der gerechten Lastenverteilung des Sozialsystems auf Jüngere und Ältere besonders große Bedeutung beimessen. Nur die junge Generation misst diesem Ziel überdurchschnittlich Bedeutung bei, die 45-Jährigen und Älteren dagegen unterdurchschnittliche Bedeutung.

Schaubild 37



Viele Bürger haben den Eindruck, dass der Sozialstaat an sich umfassend reformiert werden müsste. Diese Auffassung vertreten 43 Prozent der Bürger, während 42 Prozent nur kleinere Korrekturen für notwendig halten und eine verschwindende Minderheit von 2 Prozent überhaupt keine Veränderungen. Die Trendanalyse zeigt, dass sich das Meinungsbild im Verlauf der letzten zehn Jahre nur marginal verändert hat. Auch vor einem knappen Jahrzehnt sprachen sich bereits 39 Prozent für eine umfassende Reform des Sozialstaates aus und 44 Prozent für begrenzte Modifikationen.

Schaubild 38

Reformbedarf – gespaltenes Meinungsbild				
Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Muss unser Sozialstaat, also das System der sozialen Absicherung in Deutschland, umfassend reformiert werden, oder reichen kleinere Änderungen aus, oder sind in Ihren Augen gar keine Änderungen notwendig?"				
	2012	2014	2019	2021
	%	%	%	%
Umfassend reformiert	39	37	42	43
Kleinere Änderungen	44	48	48	42
Gar keine Änderungen	5	4	3	2
Unentschieden	12	11	7	13
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12032 © IfD-Allensbach

Die Frage ist, wie die Sozialstaatsagenda derjenigen aussieht, die tiefgreifende Reformen für notwendig halten. Ihre Vorstellungen, was die besonders wichtigen Aufgaben des Sozialstaates sind, weichen nur begrenzt vom Durchschnitt der Bevölkerung ab. Eine wirklich auffällige Abweichung ist jedoch die große Bedeutung, die die Reformwilligen der Verringerung sozialer Unterschiede beimessen. 38 Prozent

der Bevölkerung, aber 51 Prozent derjenigen, die tiefgreifende Reformen des Sozialstaates für notwendig halten, zählen die Verringerung sozialer Unterschiede zu den wichtigsten Aufgaben des Sozialstaates. Auch der Absicherung des Existenzminimums, der besonderen Unterstützung von Kindern aus sozialen schwächeren Familien und dem Ziel, Jugendlichen ohne Schulabschluss beim Erwerb eines solchen Abschlusses zu unterstützen, messen die "Reformer" überdurchschnittlich Bedeutung bei; dasselbe gilt für die Begrenzung der Höhe der Sozialabgaben und die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen. So halten es 51 Prozent der Bürger für besonders wichtig, dass die Höhe der Sozialabgaben begrenzt wird, aber 62 Prozent derjenigen, die gravierende Reformen des Sozialstaates für notwendig halten.¹

Eine große Rolle spielt die Einschätzung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland. Diejenigen, die die Verteilung von Einkommen und Vermögen kritisch sehen, plädieren mehrheitlich für eine umfassende Reform des Sozialstaates, diejenigen, die die Verteilung für gerecht halten, sehen dagegen nur begrenzten Änderungsbedarf. Auch die Einschätzung des Absicherungsniveaus korreliert eng mit Forderungen nach Reformen; diejenigen, die die soziale Absicherung in Deutschland für unzureichend halten und einen Ausbau des sozialen Netzes befürworten, sprechen sich mit absoluter Mehrheit für umfassende Reformen aus, dagegen nur eine kleine Minderheit derjenigen, die die soziale Absicherung für ausreichend halten. Auch zwischen Ost und West gibt es hier deutliche Unterschiede: 53 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 40 Prozent der Westdeutschen halten eine umfassende Reform des Systems der sozialen Absicherung in Deutschland für geboten. Größten Einfluss üben jedoch Abstiegsängste aus: Von denjenigen, die für sich persönlich akut die Gefahr eines sozialen Abstiegs sehen, halten 72 Prozent eine umfassende Reform des Sozialstaates für notwendig.²

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabellen 1 a) bis e).

² Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 9.

Enger Zusammenhang zwischen persönlichen Abstiegsängsten und Reformforderungen

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Muss unser Sozialstaat, also das System der sozialen Absicherung in Deutschland, umfassend reformiert werden, oder reichen kleinere Änderungen aus, oder sind in Ihren Augen gar keine Änderungen notwendig?"

	Bevölkerung insgesamt	Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind –		Es fürchten für sich persönlich einen sozialen Abstieg
		gerecht	nicht gerecht	
	%	%	%	%
Umfassend reformiert	43	25	53	72
Kleinere Änderungen	42	63	38	21
Gar keine Änderungen	2	6	1	–
Unentschieden	13	6	8	7
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12032

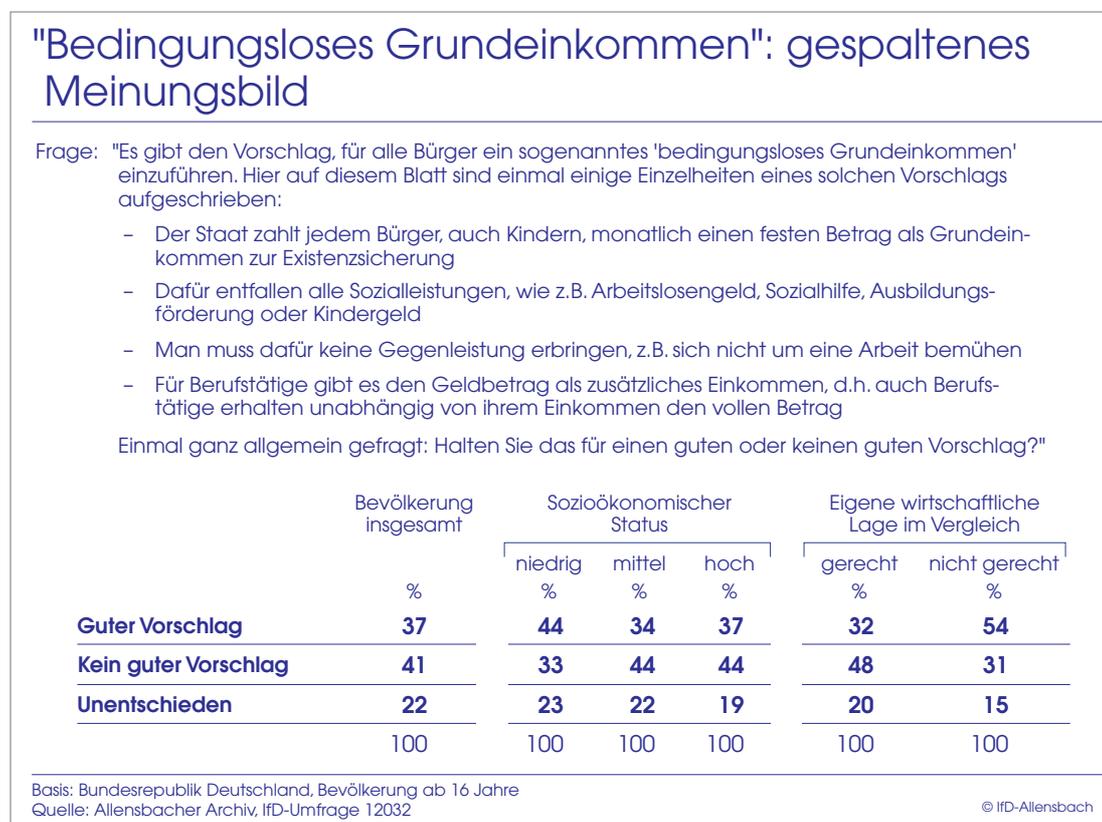
© IFD-Allensbach

Bei einem immer wieder in die Diskussion eingebrachten Vorschlag, der das System der sozialen Sicherung in Deutschland wirklich tiefgreifend verändern würde, dem bedingungslosen Grundeinkommen, reagieren diejenigen, die eine umfassende Reform des Sozialstaates wollen, allerdings nur marginal anders als der Durchschnitt der Bevölkerung. Den Befragten wurden die Einzelheiten des Konzeptes des bedingungslosen Grundeinkommens vorgelegt und die spontane Reaktion geprüft. Das Meinungsbild in der Bevölkerung ist interessanterweise völlig gespalten. 37 Prozent halten das bedingungslose Grundeinkommen für einen guten Vorschlag, 41 Prozent sprechen sich dagegen aus. Von denjenigen, die eine umfassende Reform des Sozialstaates fordern, gibt es eine knappe relative Mehrheit für das bedingungslose Grundeinkommen, aber ebenfalls ein völlig gespaltenes Meinungsbild.¹ Deutlicher differiert die Reaktion in den sozialen Schichten und vor allem zwischen denjenigen,

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 40.

die ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zu anderen als Benachteiligung empfinden. Erwartungsgemäß sprechen sich die schwächeren sozialen Schichten überdurchschnittlich für das bedingungslose Grundeinkommen aus, aber interessanterweise auch 37 Prozent der höheren Schichten. Unter denjenigen, die sich persönlich im Vergleich zu anderen bei Einkommen und Vermögen benachteiligt fühlen, unterstützen 54 Prozent das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, dagegen nur 32 Prozent derjenigen, die die eigene wirtschaftliche Lage im Vergleich zu anderen als weitgehend gerecht empfinden.

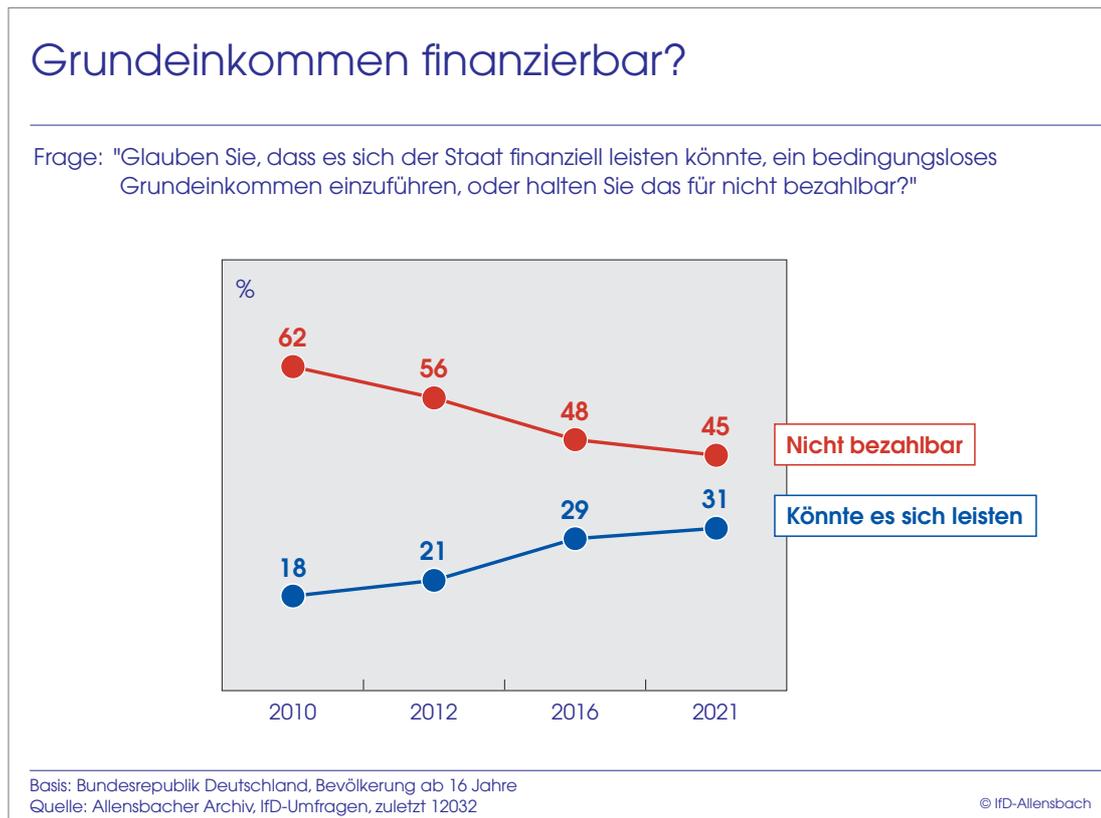
Schaubild 40



Viele zweifeln jedoch, ob das bedingungslose Grundeinkommen überhaupt finanzierbar wäre. Lediglich 31 Prozent glauben, dass sich der Staat die Umstellung auf ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten könnte, während 45 Prozent dies für nicht bezahlbar halten. Interessant ist hier jedoch der Trend, der zeigt, dass Zweifel an der Finanzierbarkeit kontinuierlich schwächer werden. 2010 waren noch 62 Prozent

der Bürger überzeugt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht finanzierbar und damit unrealistisch ist, vor fünf Jahren noch 48 Prozent, aktuell 45 Prozent. Gegenläufig ist die Überzeugung, dass der Staat sich ein solches Grundeinkommen leisten könnte, im selben Zeitraum von 18 auf 31 Prozent angestiegen.

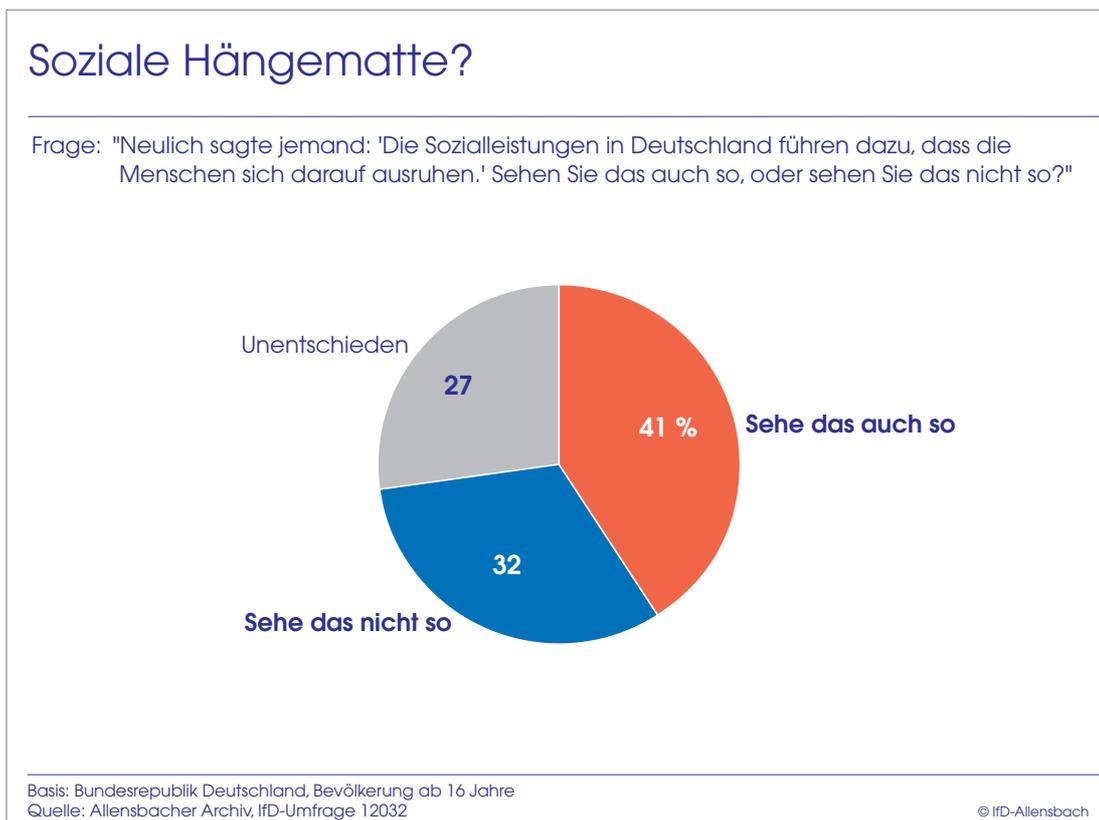
Schaubild 41



Da in den letzten Jahren zwar immer wieder, aber nicht sehr intensiv über dieses Thema diskutiert wurde, kann davon ausgegangen werden, dass das Meinungsbild keineswegs verfestigt ist. In dem Moment, in dem eine intensive Diskussion über Vorteile und Nachteile einer solchen Regelung entstände, könnte das Meinungsbild noch einmal erheblich in Bewegung geraten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass dann verstärkt eine Diskussion aufflammt, wieweit ein bedingungsloses Grundeinkommen zu einer Demotivation, zu weniger Leistungsbereitschaft führt. Schon jetzt ist die Vorstellung bemerkenswert weit verbreitet, dass die

Sozialleistungen in Deutschland dazu führen, dass die Menschen sich darauf ausruhen. 41 Prozent der Bevölkerung halten diese Einschätzung für zutreffend, nur 32 Prozent widersprechen. Teilweise zeigt sich hier auch die Inkonsistenz der öffentlichen Meinung: Die große Mehrheit der Bevölkerung plädiert ja für eine Ausweitung von Sozialleistungen und interessanterweise zeigt sich, dass diejenigen, die einen solchen Ausbau fordern, gleichzeitig fast im selben Umfang wie der Durchschnitt der Bevölkerung überzeugt sind, dass die Sozialleistungen bereits jetzt dazu führen, dass Menschen sich gleichsam wie in einer sozialen Hängematte ausruhen. 39 Prozent derjenigen, die einen Ausbau der Sozialleistungen fordern, stimmen dieser provokanten These zu.

Schaubild 42



Allensbach am Bodensee,
am 1. April 2021

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

ANHANG

Anhangschaubilder

Untersuchungsdaten

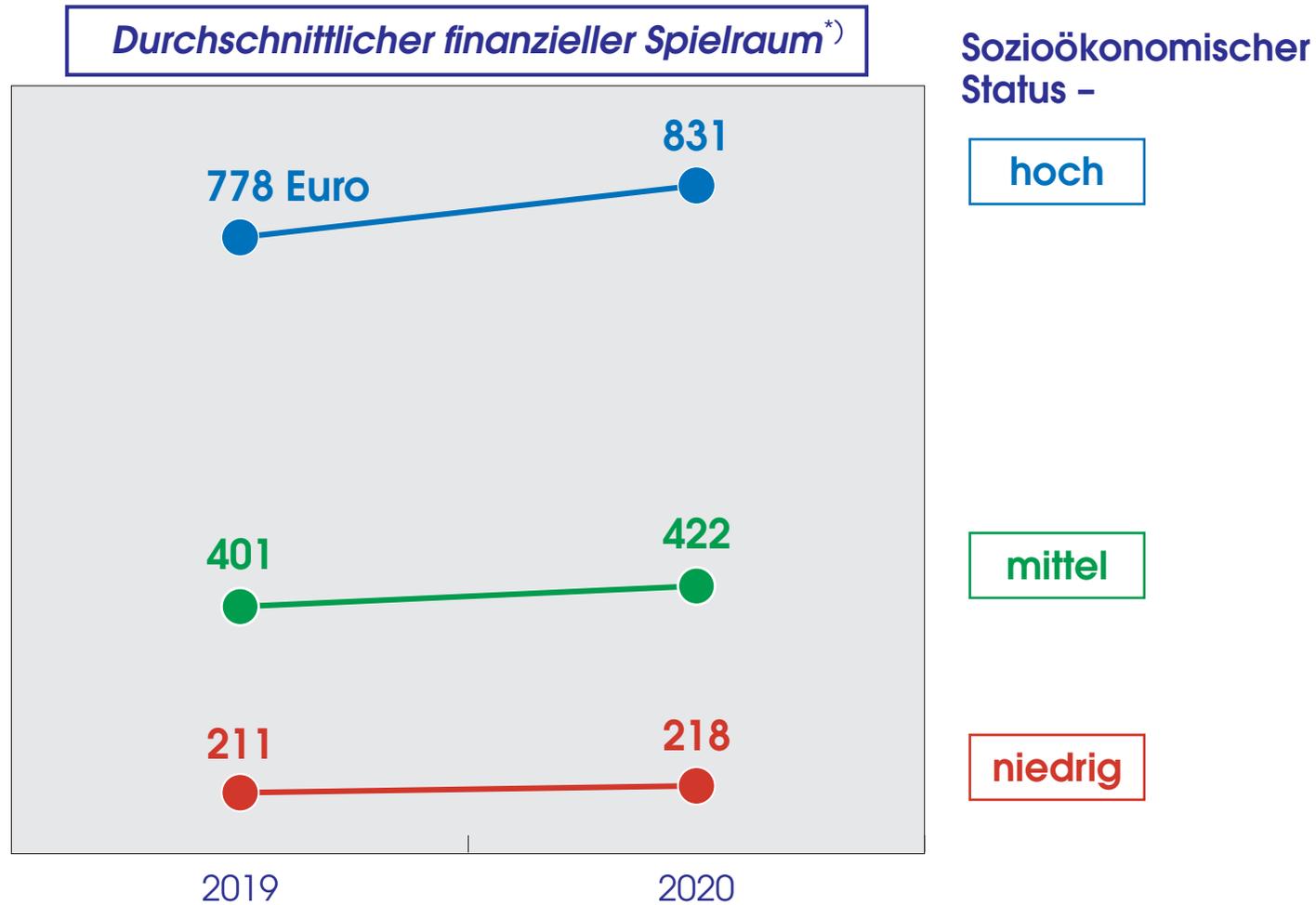
Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

Unterschiedliche Betroffenheit der sozialen Schichten

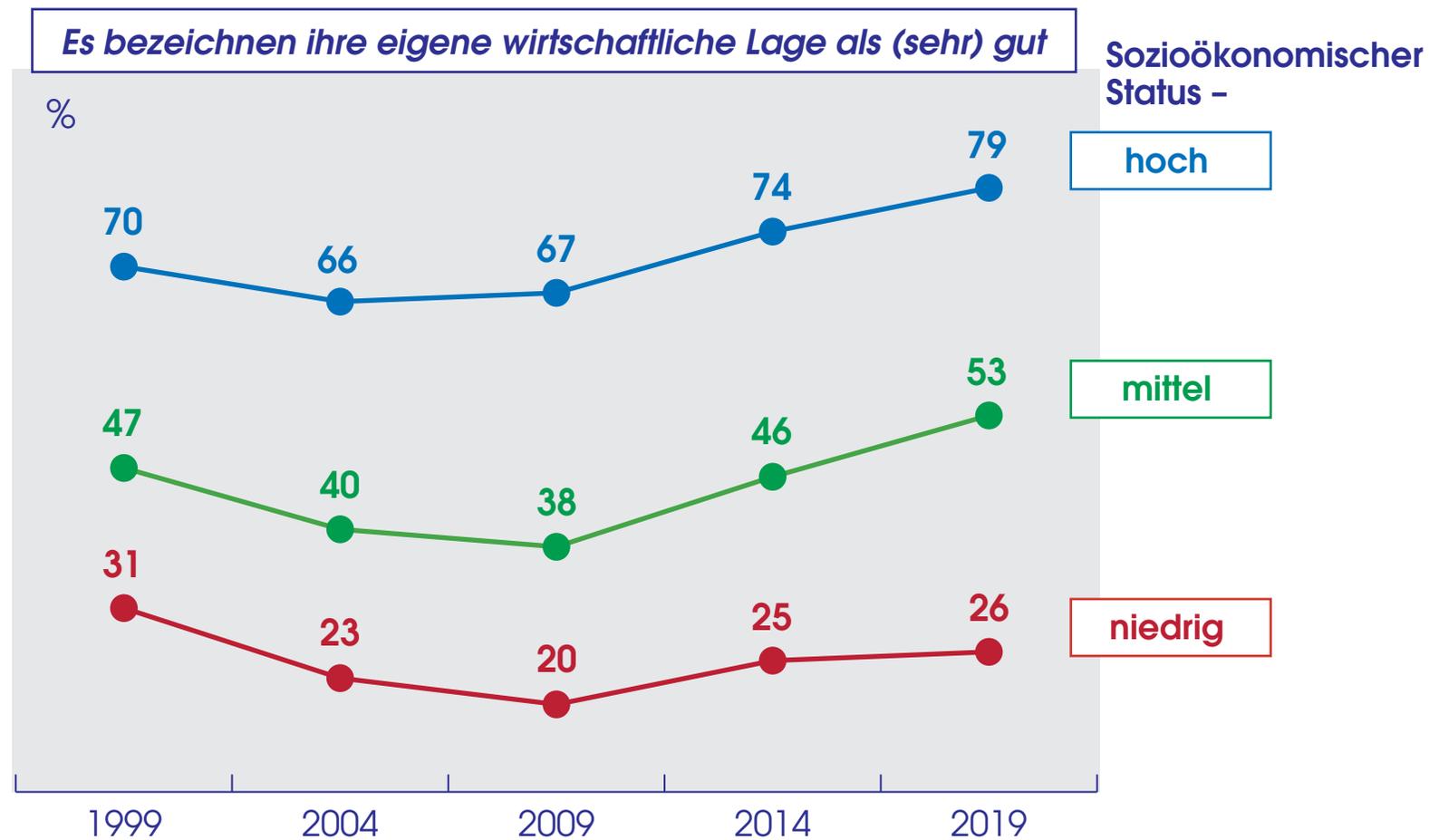
	Sozioökonomischer Status		
	niedrig	mittel	hoch
	%	%	%
Es sind zurzeit in Kurzarbeit	10	6	5
Es sind zurzeit bzw. waren in den letzten zwei Jahren arbeitslos	12	6	2
Es fürchten, sie könnten in den nächsten sechs Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren	18	10	4

Entwicklung der frei verfügbaren Einkommen in den sozialen Schichten



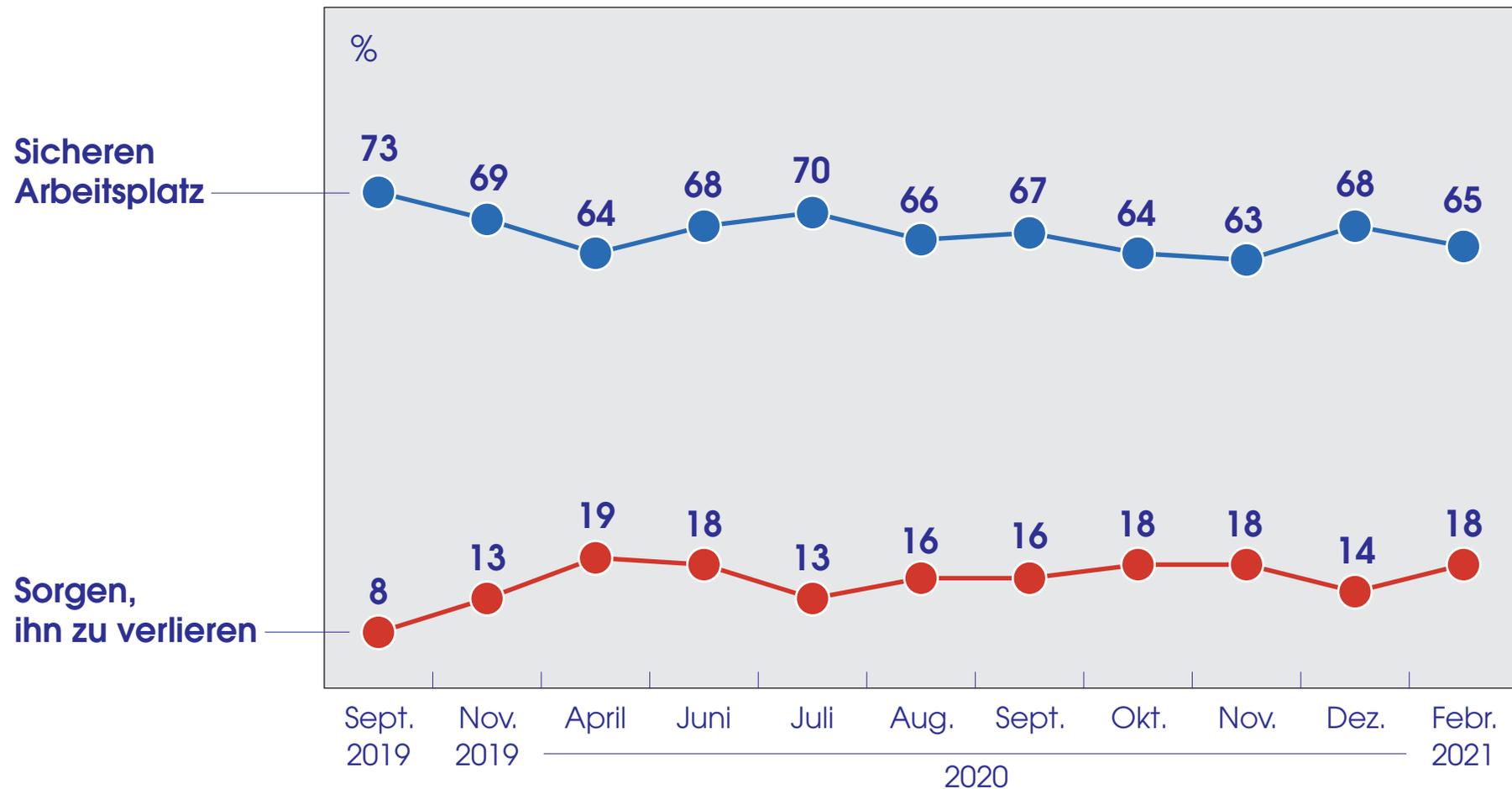
^{*)} Finanzieller Spielraum = der Betrag, der monatlich dem Haushalt zur freien Verfügung bleibt

Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage: Die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten werden größer



Nur begrenzter Anstieg der Sorgen über die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes

Frage: "Glauben Sie, dass Sie alles in allem einen sicheren Arbeitsplatz haben, oder machen Sie sich Sorgen, dass Sie ihn verlieren könnten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Selbständige, Freiberufler bzw. Arbeiter, Angestellte
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12030

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die west- und ostdeutschen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	384	141	525	Personen
B	386	130	516	Personen
Insgesamt	770	271	1041	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen und verschiedene Altersgruppen.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich west- und ostdeutscher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 395 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 8. bis 21. März 2021 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12032

STATISTIK

**der in der Umfrage 12032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2021			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		
	%	A %	B %	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	100	100	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	100	100	100	100
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	100	100	100	100
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	17	17	17	17
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	35	35	35	35
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

STATISTIK

**der in der Umfrage 12032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2021			Amtliche <u>Statistik (*)</u>
	Insgesamt	Halbgruppe		
	%	A %	B %	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	63	63	63	62
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	13	12	13	12
Angestellte	41	41	41	41
Beamte	3	4	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet zusammenlebend	50	50	50	50
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	25	25	25	25
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	16	16
- 4 Personen	13	13	13	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>6</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12032
März 2021

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1.	"Etwas anderes: Wie sehen Sie das:	
T	Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?"	GERECHT 1 NICHT GERECHT 2 UNENTSCHIEDEN 3 KEINE ANGABE 4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

2.	"Was meinen Sie:	ZUGENOMMEN..... 1
t	Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten zehn Jahren zugenommen, abgenommen, oder ist sie gleich geblieben?"	ABGENOMMEN..... 2 GLEICH GEBLIEBEN 3 UNENTSCHIEDEN 4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

2.	"Was meinen Sie:	ZUGENOMMEN..... 1
	Haben die sozialen Unterschiede in Deutschland durch die Corona-Krise Ihrer Meinung nach zugenommen, oder haben sie abgenommen, oder hat sich da nicht viel verändert?"	ABGENOMMEN..... 2 NICHT VIEL VERÄNDERT 3 UNENTSCHIEDEN 4

3. a) INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 1 !

t "Man hört ja häufiger den Begriff 'soziale Gerechtigkeit'. Was von der Liste hier finden Sie im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit besonders wichtig?"
(Bitte möglichst nicht mehr als 5 Nennungen! - Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

NICHTS DAVON 0
KEINE ANGABE 9

b) INTERVIEWER überreicht **rosa** Liste 2 !

"Und welche dieser Punkte treffen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zu, welche würden Sie nennen?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

NICHTS DAVON 0
KEINE ANGABE 9

4.	"Würden Sie sagen, dass sich in unserem Wirtschaftssystem Leistung im Allgemeinen lohnt, dass man in der Regel für gute Leistungen auch belohnt wird, oder lohnt sich Leistung bei uns nicht?"	LEISTUNG LOHNT SICH 1 LEISTUNG LOHNT SICH NICHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
T		

5. a)	"Was empfinden Sie als gerechter: T Wenn alle eine ähnlich hohe Altersversorgung haben, unabhängig davon, ob sie berufstätig waren und wie viel sie eingezahlt haben, oder wenn sich die Altersversorgung stark unterscheidet, je nachdem, wie viel der Einzelne für sein Alter vorgesorgt hat?"	ÄHNLICH HOHE ALTERSVERSOR- GUNG..... 1 STARKE UNTERSCHIEDE 2 UNENTSCHEIDEN 3
b)	"Finden Sie es gerechter, wenn Eltern steuerliche T Vorteile gegenüber Kinderlosen haben, oder wenn es solche steuerlichen Vorteile für Eltern nicht gibt?"	VORTEILE FÜR ELTERN 4 KEINE VORTEILE 5 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 6
c)	"Was ist gerechter: Wenn Arbeitslose, die zuvor lange berufstätig waren und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, ein höheres Arbeitslosengeld bekommen, oder wenn die Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen gleich hoch ist?"	HÖHERES ARBEITSLOSENGELD 7 FÜR ALLE GLEICH HOCH..... 8 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

6.	"Neulich sagte jemand: 'Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im gesellschaftlichen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für mehr Leistung.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO..... 1 SEHE DAS NICHT SO 2 UNENTSCHEIDEN 3
----	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

6.	"Neulich sagte jemand: 'Die Sozialleistungen in Deutschland führen dazu, dass die Menschen sich darauf ausruhen.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO..... 1 SEHE DAS NICHT SO 2 UNENTSCHEIDEN 3
----	--	---

7. INTERVIEWER überreicht **weißes** Bildblatt 3 so, dass bei Männern das große **M** und bei Frauen
t das große **F** oben liegt !

"Eine Frage zu sozialen Unterschieden: Hier unterhalten sich zwei über soziale Unterschiede. Welchem/r der beiden würden Sie eher zustimmen: dem/der Oberen oder dem/der Unteren?"	DEM/DER OBEREN 7 DEM/DER UNTEREN 8 KEINE ANGABE 9
---	---

An späterer Stelle im Interview:

8. INTERVIEWER überreicht kleines graues Kartenspiel und **grünes** Bildblatt 4 !

t "Zum Thema Sozialstaat:
Welche Aufgaben des Sozialstaats sind in Ihren Augen besonders wichtig, welche Aufgaben sind auch noch wichtig und welche weniger wichtig? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

BESONDERS WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

AUCH NOCH WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

WENIGER WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

In der repräsentativen Halbgruppe A:

9. INTERVIEWER überreicht **graues** Bildblatt 5 !

T "Wie groß ist Ihr Vertrauen zu unserem Staat, dass Sie sich im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit usw. auf ihn verlassen können? Vielleicht lässt es sich am einfachsten wieder anhand dieser Leiter hier sagen. Zehn würde bedeuten, Sie haben sehr großes Vertrauen zum Staat, und null würde bedeuten, Sie haben gar kein Vertrauen. Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"
(Genanntes einkreisen!)

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

In der repräsentativen Halbgruppe B:

9. INTERVIEWER überreicht **graues** Bildblatt 5 und überlässt es dem/der Befragten
T bis einschließlich Frage 9 c) !

"Ich lese Ihnen nun verschiedene Bereiche der sozialen Absicherung vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, wie groß Ihr Vertrauen in diesem Bereich in die Absicherung durch unseren Staat ist. Vielleicht lässt es sich wieder anhand dieser Leiter hier sagen. Zehn würde bedeuten, Sie haben sehr großes Vertrauen zum Staat, und null würde bedeuten, Sie haben gar kein Vertrauen."
(Jeweils Genanntes einkreisen!)

Wenn Sie jetzt einmal speziell an die Absicherung im Krankheitsfall denken. Wie groß ist da Ihr Vertrauen zum Staat? Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

b) "Und wie groß ist Ihr Vertrauen in die staatliche Absicherung bei Arbeitslosigkeit?
Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

c) "Und wie groß ist Ihr Vertrauen in die gesetzliche Rente? Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie da?"

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

10.	"Wie ist Ihr Eindruck: T Muss unser Sozialstaat, also das System der sozialen Absicherung in Deutschland, umfassend reformiert werden, oder reichen kleinere Änderungen aus, oder sind in Ihren Augen gar keine Änderungen notwendig?"	UMFASSEND REFORMIERT 1 KLEINERE ÄNDERUNGEN 2 GAR KEINE ÄNDERUNGEN 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
11.	"Wenn Sie einmal an die soziale Absicherung in T Deutschland denken, also bei der Rente, im Gesundheitswesen, bei Arbeitslosigkeit usw.: Finden Sie, dass die soziale Absicherung bei uns ausreichend ist, ausgebaut werden müsste oder eingeschränkt werden müsste?"	AUSREICHEND 1 AUSGEBAUT 2 EINGESCHRÄNKT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4
12.	"Sorgt die Politik für mehr Gleichheit zwischen T Ärmern und Reichen oder trägt die Politik dazu bei, dass die Unterschiede zwischen Ärmern und Reichen größer werden?"	POLITIK SORGT FÜR MEHR GLEICH- HEIT 1 UNTERSCHIEDE WERDEN GRÖßER . 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

13. "Was wäre Ihnen am liebsten:
Wenn Sie höhere Steuern und Abgaben zahlen müssten als zurzeit, der Staat dafür aber eine umfassendere Absicherung bietet, oder wenn Sie weniger Steuern und Abgaben zahlen müssten, es dafür aber auch weniger soziale Absicherung durch den Staat geben würde, oder wenn alles weitgehend so bleibt, wie es ist?"
- | | |
|--|---|
| | HÖHERE STEUERN, UMFASSENDE
ABSICHERUNG 1 |
| | WENIGER STEUERN, WENIGER
ABSICHERUNG 2 |
| | ALLES BLEIBT, WIE ES IST 3 |
| | UNENTSCHIEDEN 4 |
-

14. "Wenn Sie einmal an die Höhe der Sozialabgaben in Deutschland denken, also z.B. die Beiträge für die Kranken-, Arbeitslosen- und Sozialversicherung: Halten Sie die Abgaben ganz allgemein für zu hoch, zu niedrig, oder für angemessen?"
- | | |
|--|-----------------------|
| | ZU HOCH 1 |
| | ZU NIEDRIG 2 |
| | ANGEMESSEN 3 |
| | UNENTSCHIEDEN 4 |
-

15. INTERVIEWER überreicht rosa Kartenspiel und **gelbes** Bildblatt 6 !
T "Der Staat unterstützt die Bürger ja mit verschiedenen Leistungen. Was meinen Sie: Welche der staatlichen Leistungen von diesen Karten sollten Bürger aus allen sozialen Schichten in Anspruch nehmen können, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen, und welche staatlichen Leistungen sollten grundsätzlich nur für Bürger mit niedrigem Einkommen angeboten werden? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt." (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)
- ALLE SOZIALEN SCHICHTEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 /
-
- NUR MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 /
-

16. INTERVIEWER überreicht **weißes** Bildblatt 7 so, dass bei Männern das große **M** und bei Frauen das große **F** oben liegt !
- "Hier unterhalten sich zwei darüber, ob man stärker kontrollieren soll, wer staatliche Unterstützungsleistungen erhält. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der/die Obere oder der/die Untere?"
- | | |
|--|------------------------|
| | DER/DIE OBERE 1 |
| | DER/DIE UNTERE 2 |
| | KEINE ANGABE 3 |
-

17. a) INTERVIEWER überreicht **blaues** Bildblatt 8 und überlässt es dem/der Befragten
T bis einschließlich Frage 17 b) !
- "Es gibt den Vorschlag, für alle Bürger ein sogenanntes 'bedingungsloses Grundeinkommen' einzuführen. Hier auf diesem Blatt sind einmal einige Einzelheiten eines solchen Vorschlags aufgeschrieben." (INTERVIEWER: Dem/der Befragten Zeit zum Lesen lassen!)
- | | |
|--|------------------------------------|
| | GUTER VORSCHLAG 1 |
| | KEIN GUTER VORSCHLAG 2 |
| | UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3 |
- "Einmal ganz allgemein gefragt:
Halten Sie das für einen guten oder keinen guten Vorschlag?"
- b) "Und glauben Sie, dass es sich der Staat finanziell leisten könnte, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, oder halten Sie das für nicht bezahlbar?"
- | | |
|--|---------------------------------------|
| | KÖNNTE ES SICH LEISTEN 4 |
| | NICHT BEZAHLBAR 5 |
| | SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 6 |
-

18. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 9 !
- "Was würden Sie sagen: Welche Gruppen von dieser Liste werden vom Staat in der Corona-Krise zu wenig unterstützt? Welche Gruppen benötigen mehr staatliche Unterstützung?" (Alles Genannte einkreisen!)
- / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
- / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 /
- KEINE DAVON 0
-

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

19.	"Man spricht ja manchmal von Gewinnern oder Verlierern einer Krisensituation. Wie geht Ihnen das: Würden Sie sich persönlich eher als Gewinner oder eher als Verlierer der Corona-Krise sehen, oder weder noch?"	GEWINNER 1 VERLIERER..... 2 WEDER NOCH 3 KEINE ANGABE 4
20.	"Was glauben Sie: Geht es aufgrund der Corona-Krise vielen Deutschen finanziell schlechter als vor der Krise, oder ist das nur ein kleiner Teil?"	VIELEN SCHLECHTER 1 NUR KLEINER TEIL 2 UNMÖGLICH ZUSAGEN/ UNENTSCHIEDEN 3
21. a) T	"Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen ..."	"sehr gut" 1 "gut" 2 "es geht" 3 "eher schlecht" 4 "schlecht" 5 WEISS NICHT, KEINE ANGABE 6
b)	"Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"	BESSER 1 SCHLECHTER..... 2 KEIN UNTERSCHIED 3

An späterer Stelle im Interview:

22. T	"Wenn Sie einmal an Ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse denken, ich meine, was Sie verdienen und was Sie besitzen: Finden Sie das im Vergleich zu anderen alles in allem gerecht oder nicht gerecht?"	GERECHT 1 NICHT GERECHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3				
23. T	"Manche Leute haben ja Angst davor, sozial abzustiegen, also dass sie ihren Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten können. Wie schätzen Sie die Gefahr für sich persönlich ein: Sehen Sie da für sich persönlich eine große, weniger große oder gar keine Gefahr sozial abzustiegen?"	GROSSE GEFAHR..... 1 WENIGER GROSSE GEFAHR 2 GAR KEINE GEFAHR 3 KEINE ANGABE 4				
24.	INTERVIEWER überreicht weiße Liste 10 ! "Einmal angenommen, Sie kommen in eine finanzielle Notlage: Worauf könnten Sie sich in dieser Situation verlassen? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte einkreisen!) / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / NICHTS DAVON..... 0					
25. T	"Was würden Sie sagen: Wie stark profitieren Sie persönlich vom Sozialstaat, also den Leistungen, mit denen der Staat die Bürger absichert und unterstützt? Profitieren Sie davon..."	"sehr stark"..... 1 "stark" 2 "weniger stark" 3 "kaum, gar nicht" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5				
26. T	INTERVIEWER überreicht blaue Liste 11 ! "Zu welcher Schicht zählen Sie sich? Bitte nennen Sie mir einfach den entsprechenden Buchstaben von der Liste hier." (Nur <u>eine</u> Angabe möglich! - Genanntes einkreisen!) / A / B / C / D / <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"><tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr></table> KEINE ANGABE..... 9	1	2	3	4	
1	2	3	4			

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>27.</u>	"Wenn Sie einmal an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Gibt es da <u>viele</u> , von denen Sie sagen würden, dass sie zu einer anderen Schicht gehören als Sie selbst, oder gibt es <u>ein paar</u> , oder gibt es da niemanden?"	GIBT VIELE	1*
		EIN PAAR.....	2*
		NIEMANDEN.....	3
		UNENTSCHIEDEN	4
	<input type="checkbox"/> "Und gehören Ihre Freunde und Bekannte, die aus einer anderen Schicht kommen, eher zu einer höheren oder einer niedrigeren Schicht?"	ZU EINER HÖHEREN.....	5
		ZU EINER NIEDRIGEREN.....	6
		BEIDES, SOWOHL ALS AUCH	7
		KEINE ANGABE	9

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>27.</u>	"Jemand sagte neulich: 'Durch Corona hat man viel weniger soziale Kontakte und kommt dadurch auch weniger mit Leuten aus anderen sozialen Schichten zusammen.' Ist das bei Ihnen auch so, oder ist das bei Ihnen nicht so?"	IST <u>AUCH</u> SO	1
		IST <u>NICHT</u> SO	2
		UNENTSCHIEDEN	3

L I S T E 1

- (1) Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät
- (2) Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen als derjenige, der weniger leistet
- (3) Auf größere Vermögen werden hohe Erbschaftssteuern erhoben
- (4) Der Staat muss durch Steuern dafür sorgen, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht größer werden
- (5) Für gleiche Arbeit wird der gleiche Lohn gezahlt
- (6) Alle Kinder haben die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung
- (7) Bei politischen Entscheidungen wird keine Generation bevorzugt oder benachteiligt
- (8) Familien mit Kindern werden vom Staat finanziell unterstützt
- (9) Dass man von dem Lohn für seine Arbeit auch leben kann
- (10) Dass ältere Arbeitnehmer die gleichen Beschäftigungschancen haben wie jüngere Arbeitnehmer
- (11) Kinder aus sozial schwächeren Familien werden vom Staat besonders unterstützt und gefördert
- (12) Der Staat sichert alle umfassend gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit ab
- (13) Dass jeder den gleichen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung hat
- (14) Es gibt keine großen Unterschiede zwischen den sozialen Schichten
- (15) Männer und Frauen sind gleichberechtigt

L I S T E 2

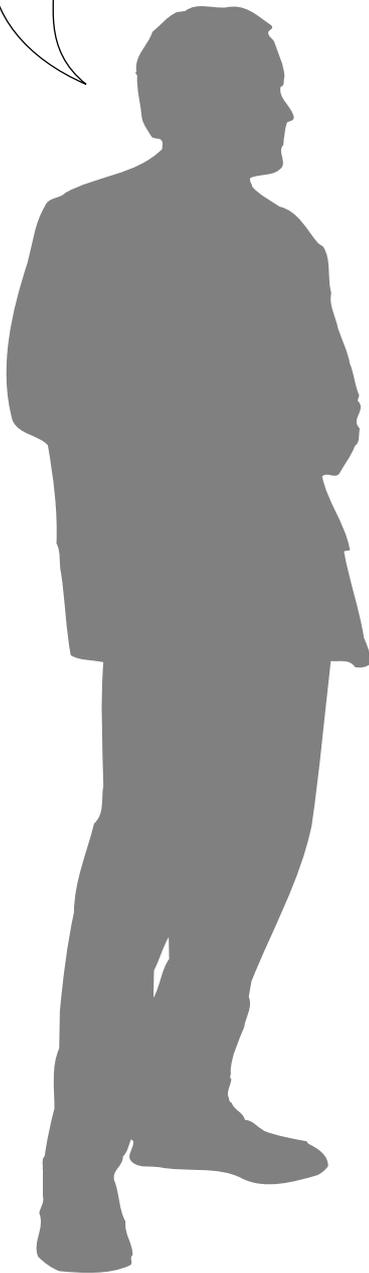
- (1) Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät
- (2) Wer mehr leistet, verdient auch mehr als derjenige, der weniger leistet
- (3) Auf größere Vermögen werden hohe Erbschaftssteuern erhoben
- (4) Der Staat sorgt durch Steuern dafür, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht größer werden
- (5) Für gleiche Arbeit wird der gleiche Lohn gezahlt
- (6) Alle Kinder haben die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung
- (7) Bei politischen Entscheidungen wird keine Generation bevorzugt oder benachteiligt
- (8) Familien mit Kindern werden vom Staat finanziell unterstützt
- (9) Man kann von dem Lohn für seine Arbeit auch leben
- (10) Ältere Arbeitnehmer haben die gleichen Beschäftigungschancen wie jüngere Arbeitnehmer
- (11) Kinder aus sozial schwächeren Familien werden vom Staat besonders unterstützt und gefördert
- (12) Der Staat sichert alle umfassend gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit ab
- (13) Jeder hat den gleichen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung
- (14) Der Abstand zwischen Ober- und Mittelschicht einerseits und der Unterschicht andererseits ist nicht zu groß
- (15) Männer und Frauen sind gleichberechtigt



BILDBLATT 3

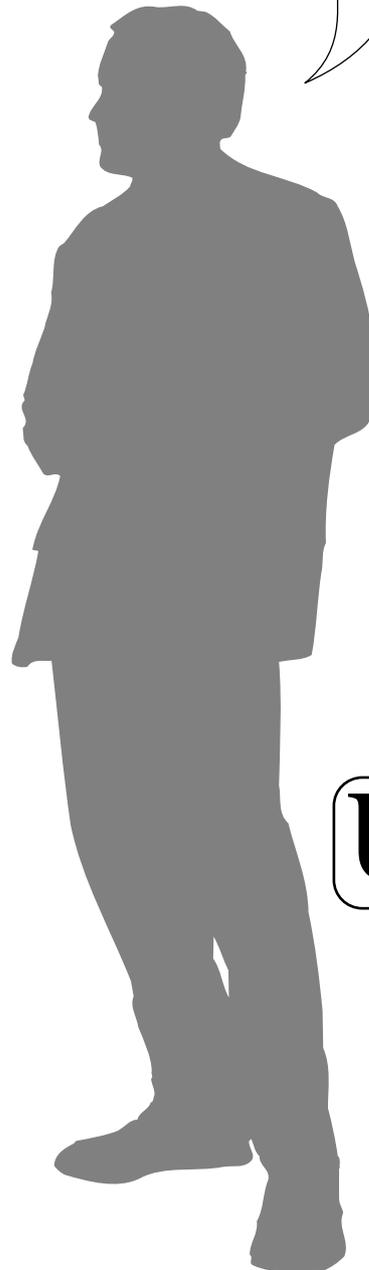
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird."

O



"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn die schwächeren sozialen Schichten gut leben können, ist es in meinen Augen kein Problem, wenn es auch sehr viel reichere Menschen gibt."

U

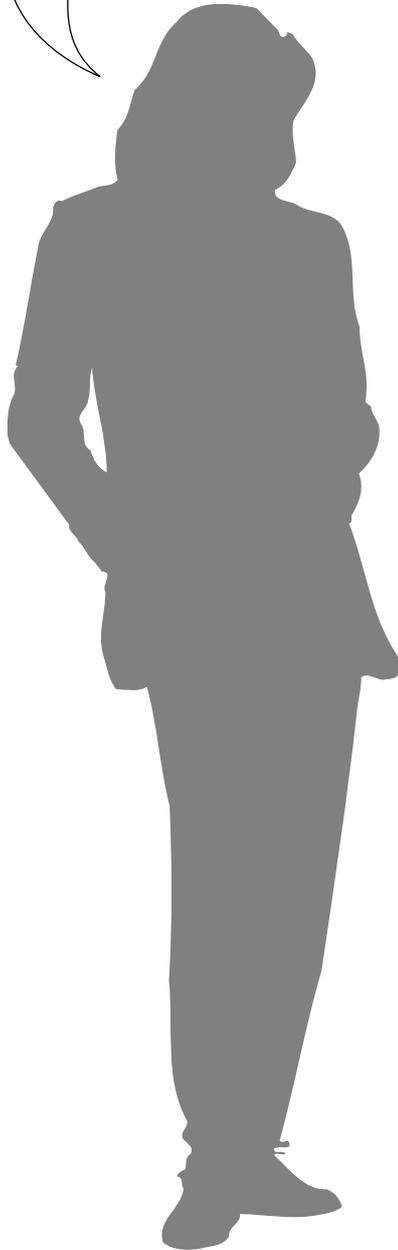


BILDBLATT 3

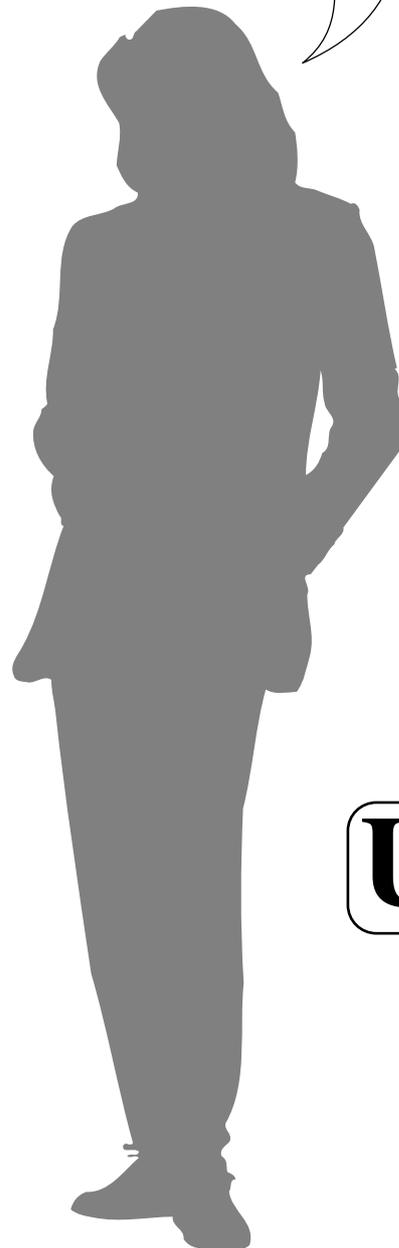
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird."

"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn die schwächeren sozialen Schichten gut leben können, ist es in meinen Augen kein Problem, wenn es auch sehr viel reichere Menschen gibt."

O



U



BILDBLATT 4

Diese Aufgaben des Sozialstaats sind –

BESONDERS WICHTIG:

AUCH NOCH WICHTIG:

WENIGER WICHTIG:

BILDBLATT 5

10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
0

BILDBLATT 6

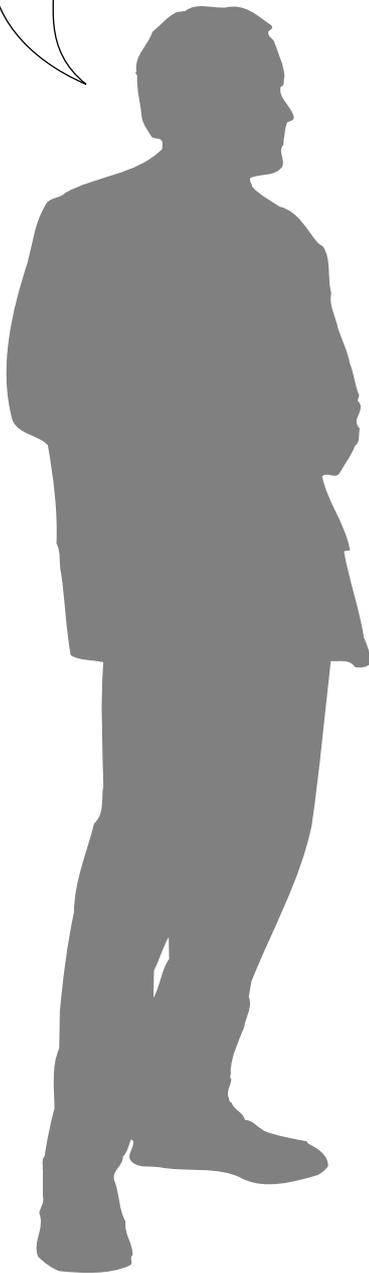
**BÜRGER AUS ALLEN
SOZIALEN SCHICHTEN:**

**NUR BÜRGER MIT
NIEDRIGEM EINKOMMEN:**

BILDBLATT 7

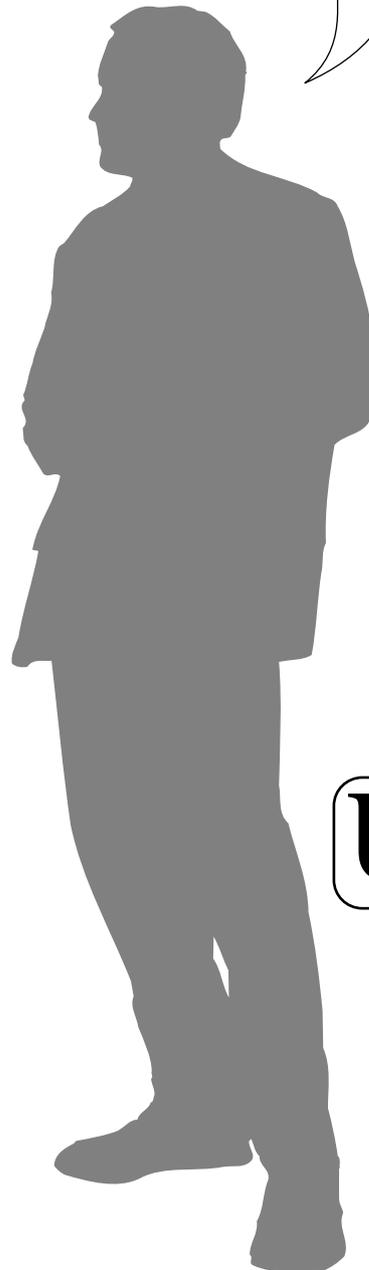
"Ich finde, es müsste stärker kontrolliert werden, wem staatliche Unterstützungsleistungen auch wirklich zustehen und wem nicht. So könnte man sicherstellen, dass nur wirklich Bedürftige diese Leistungen erhalten."

O



"Das sehe ich anders. Wenn man dies stärker kontrollieren will, wäre das mit mehr Bürokratie und höheren Kosten verbunden. Ich wäre daher dafür, dies nicht stärker zu kontrollieren und es alles in allem so zu lassen, wie es ist."

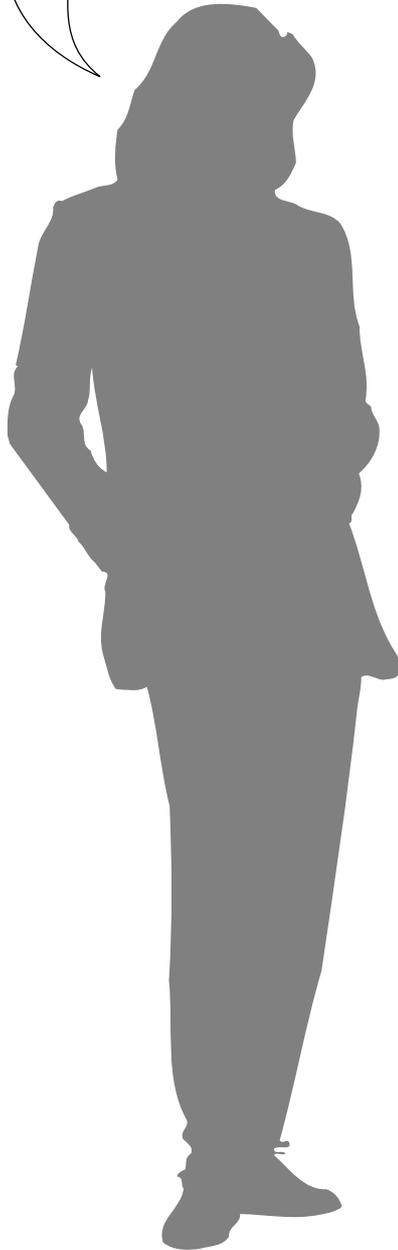
U



BILDBLATT 7

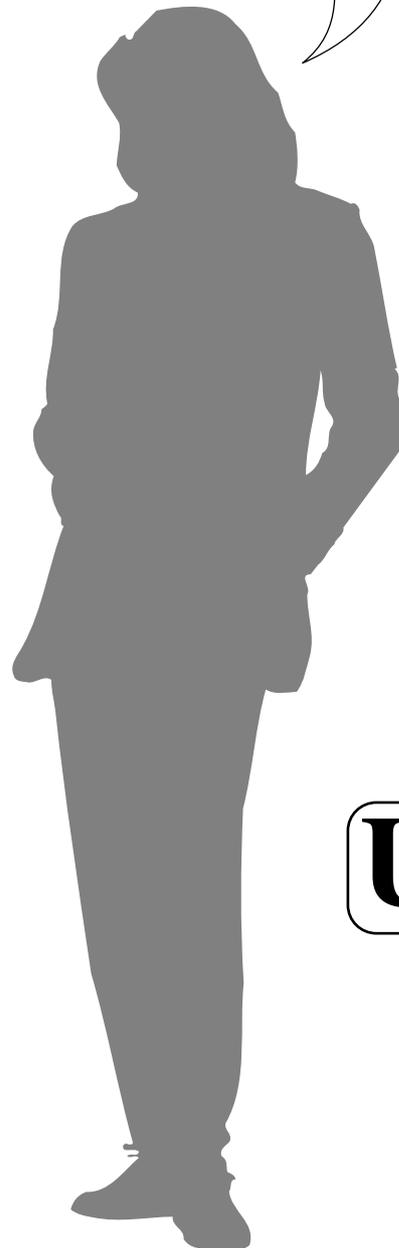
"Ich finde, es müsste stärker kontrolliert werden, wem staatliche Unterstützungsleistungen auch wirklich zustehen und wem nicht. So könnte man sicherstellen, dass nur wirklich Bedürftige diese Leistungen erhalten."

O



"Das sehe ich anders. Wenn man dies stärker kontrollieren will, wäre das mit mehr Bürokratie und höheren Kosten verbunden. Ich wäre daher dafür, dies nicht stärker zu kontrollieren und es alles in allem so zu lassen, wie es ist."

U



BILDBLATT 8

Einzelheiten des Vorschlags

- Der Staat zahlt jedem Bürger, auch Kindern, monatlich einen festen Betrag als Grundeinkommen zur Existenzsicherung

- Dafür entfallen alle bisherigen Sozialleistungen, wie z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Ausbildungsförderung oder Kindergeld

- Man muss dafür keine Gegenleistung erbringen, z.B. sich nicht um eine Arbeit bemühen

- Für Berufstätige gibt es den Geldbetrag als zusätzliches Einkommen, d.h. auch Berufstätige erhalten unabhängig von ihrem Einkommen den vollen Betrag

L I S T E 9

- (1) Familien mit Kindern
- (2) Personen in einfachen Jobs,
mit niedrigem Einkommen
- (3) Personen mit befristeten Arbeits-
verträgen, Mini-Jobber
- (4) Pflegepersonal
- (5) Schüler aus ärmeren Familien
- (6) Kleine Unternehmen, Selbständige,
Einzelhändler
- (7) Arbeitslose
- (8) Bewohner von Senioren- oder
Pflegeheimen
- (9) Kulturschaffende, Künstler
- (10) Lehrer
- (11) Alleinerziehende
- (12) Behinderte Menschen
- (13) Bewohner von Flüchtlingsheimen
oder Asylunterkünften
- (14) Personal in Kinderbetreuungs-
einrichtungen
- (15) Risikogruppen, Personen mit
Vorerkrankungen
- (16) Jugendliche, junge Erwachsene

L I S T E 10

- (1) Auf eigene Ersparnisse bzw. den eigenen Besitz
- (2) Auf eigene Versicherungen
- (3) Auf finanzielle Unterstützung durch Familie bzw. durch Partner(in)
- (4) Auf finanzielle Unterstützung durch Freunde
- (5) Auf finanzielle Unterstützung durch den Staat

L I S T E 11

Zu welcher Schicht zählen Sie sich?

- (A) Oberschicht
- (B) Obere Mittelschicht
- (C) Untere Mittelschicht
- (D) Untere Schicht

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

<p>1</p> <p>Die Renten für die Zukunft sichern</p>	<p>1</p>	<p>2</p> <p>Die Lasten unseres Sozialsystems gerecht auf Jüngere und Ältere verteilen</p> <p>2</p>
<p>3</p> <p>Das Existenzminimum sichern, dass jeder ausreichend Geld zum Leben hat</p>	<p>3</p>	<p>4</p> <p>Dafür sorgen, dass die Sozialabgaben für die Bürger nicht so hoch sind</p> <p>4</p>
<p>5</p> <p>Familien mit Kindern bzw. Alleinerziehende stärker unterstützen</p>	<p>5</p>	<p>6</p> <p>Dafür sorgen, dass jemand, der arbeitet, mehr Geld zur Verfügung hat als jemand, der von staatlicher Unterstützung lebt, z.B. von Hartz IV</p> <p>6</p>
<p>7</p> <p>Die sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich verringern</p>	<p>7</p>	<p>8</p> <p>Eine ausreichende Gesundheitsversorgung für alle Bürger sicherstellen</p> <p>8</p>
<p>9</p> <p>Kinder aus sozial schwachen Familien stärker unterstützen</p>	<p>9</p>	<p>10</p> <p>Für Chancengleichheit von Männern und Frauen sorgen</p> <p>10</p>
<p>11</p> <p>Arbeitslose bei der Suche nach einer neuen Stelle unterstützen</p>	<p>11</p>	<p>12</p> <p>Menschen für den Pflegefall absichern</p> <p>12</p>

<p>31</p> <p>Die Qualifikation von Arbeitslosen verbessern, damit sie größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben</p> <p>13</p>	<p>14</p> <p>Dafür sorgen, dass Jugendliche ohne Schulabschluss einen Schulabschluss erwerben</p> <p>14</p>
<p>51</p> <p>Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer organisieren</p> <p>15</p>	<p>91</p> <p>Die Chancen von ausländischen Jugendlichen bzw. Jugendlichen aus Zuwandererfamilien verbessern</p> <p>16</p>
<p>71</p> <p>Die Integration von Ausländern verbessern</p> <p>17</p>	<p>81</p> <p>Es Berufstätigen erleichtern, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren</p> <p>18</p>
<p>61</p> <p>Den Missbrauch von Sozialleistungen bekämpfen</p> <p>19</p>	<p>02</p> <p>Druck auf Arbeitslose ausüben, damit sich diese möglichst rasch um eine neue Stelle bemühen</p> <p>20</p>

1

Unterstützung bei der
Ausbildung, z.B. BAföG

2

Kindergeld

1

2

3

Kostenloser Besuch von
Schulen

4

Absicherung gegen Arbeits-
losigkeit (Arbeitslosengeld I,
Hartz IV)

3

4

5

Kostenloser Besuch von
Universitäten

6

Elterngeld

5

6.

7

Kostenloser Besuch von
Kinderbetreuungseinrichtun-
gen wie Kindergärten, Kitas
usw.

7

**Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger
und Erwartungen an den Sozialstaat**

Eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung ab 16 Jahre
IfD-Umfrage 12032

Vertraulich!

Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung dieser Daten, ganz oder teilweise, nur mit Genehmigung des
INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

INHALT

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I-II
TABELLEN	
	Tabelle
<u>Der Sozialstaat</u>	
Aufgaben des Sozialstaates	
• besonders wichtig	1 a-f
• auch noch wichtig	2 a-f
• weniger wichtig	3 a-f
Vertrauen in die staatliche Absicherung –	
• allgemein im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit usw.	4 a-b
• im Krankheitsfall	5 a-b
• bei Arbeitslosigkeit	6 a-b
• bei der Alterssicherung	7 a-b
Worauf kann man sich im Fall einer finanziellen Notlage verlassen?	8 a-b
Muss der Sozialstaat in Deutschland umfassend reformiert werden?	9
Ist die soziale Absicherung ausreichend oder müsste sie ausgebaut werden?	10
Sorgt die Politik für mehr Gleichheit zwischen Arm und Reich?	11
Wie stark profitiert man selbst vom Sozialstaat?	12

Soziale Schicht

Zu welcher sozialen Schicht zählt man sich?	13
Wie groß ist die Gefahr des eigenen sozialen Abstiegs?	14
Gibt es im Bekannten-/Freundeskreis viele, die zu einer anderen sozialen Schicht gehören?	15
Falls "gibt viele"/"ein paar": Gehören sie zu einer höheren oder niedrigeren Schicht als man selbst?	16
Kommt es coronabedingt zu weniger Kontakten zwischen den Schichten?	17

Materielle Auswirkungen der Corona-Pandemie

Gruppen, die der Staat in der Pandemie zu wenig unterstützt	18 a-d
Sieht man sich selbst eher als Gewinner oder als Verlierer der Corona-Krise?	19
Geht es aufgrund der Corona-Krise vielen Deutschen finanziell schlechter als vor der Krise?	20
Haben die sozialen Unterschiede durch die Corona-Krise zugenommen?	21

Eigene wirtschaftliche Lage

Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage	22
Vergleich der eigenen wirtschaftlichen Lage mit der Situation vor fünf Jahren	23
Lohnt sich Leistung in unserem Wirtschaftssystem?	24

Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit –

- Was ist in diesem Zusammenhang wichtig?..... 25 a-d
- Was trifft in Deutschland zu? 26 a-d

Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gerecht?	27
Sieht man die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zu anderen als gerecht?	28
Hat die soziale Gerechtigkeit in den letzten 10 Jahren zugenommen?	29
Ist es gerechter, wenn –	
• alle eine ähnlich hohe Altersversorgung haben, unabhängig vom einbezahlten Betrag?	30
• Eltern steuerliche Vorteile vor Kinderlosen haben?	31
• alle Arbeitslosen, ungeachtet ihrer Beitragsjahre, die gleiche Arbeitslosenunterstützung bekommen?	32
Sind große soziale Unterschiede dann unproblematisch, wenn es den schwächeren sozialen Schichten gut geht?	33 a-b
Sind Unterschiede beim Einkommen und gesellschaftlichen Ansehen ein wichtiger Anreiz für mehr Leistung?	34
 <u>Staatliche Leistungen</u>	
Würde man lieber mehr Steuern und Abgaben leisten, um dafür eine umfassendere staatliche Absicherung zu erhalten?	35
Sind die Sozialabgaben ganz allgemein zu hoch?	36
Staatliche Leistungen, die –	
• allen sozialen Schichten	37 a-b
• nur Personen mit niedrigen Einkommen zugänglich sein sollten	38 a-b
Muss stärker kontrolliert werden, wer staatliche Unterstützungsleistungen erhält?	39 a-b
Das bedingungslose Grundeinkommen –	
• Einstellung zu den Regelungen	40
• Kann sich der Staat ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten?	41
Führen die Sozialleistungen in Deutschland dazu, dass die Menschen sich darauf ausruhen?	42

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppen
Fragebogenauszug mit Anlagen

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Gesellschaftlich-wirtschaftlicher Status

Gebildet aus den Angaben zu -

- Schul- und Berufsbildung
- Berufskreis
- Nettoeinkommen des Hauptverdieners
- Sozialer Schicht nach dem Interviewer-Eindruck

Hoch = Personen mit den Skalenstufen 1 oder 2 auf einer 7-stufigen Skala

Mittel = Personen, mit den Skalenstufen 3 bis 5

Niedrig = Personen mit den Skalenstufen 6 oder 7

TABELLEN

Der Sozialstaat

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

BESONDERS WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
DIE RENTEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	87.2	86.7	89.5	84.3	90.0	74.6	84.0	88.3	94.5	90.5	87.7	82.8	81.9
EINE AUSREICHENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE BÜRGER SICHERSTELLEN	76.9	76.2	79.9	76.7	77.0	72.6	77.1	76.7	79.0	72.4	79.7	74.3	74.3
DAS EXISTENZMINIMUM SICHERN, DASS JEDER AUSREICHEND GELD ZUM LEBEN HAT	61.9	62.4	60.1	58.2	65.5	64.5	56.6	56.8	67.8	68.8	61.8	55.5	61.9
DEN MISSBRAUCH VON SOZIALLEISTUNGEN BEKÄMPFEN	60.3	59.6	63.2	61.9	58.8	51.9	66.0	57.1	63.5	55.6	62.6	59.1	61.3
DAFÜR SORGEN, DASS JEMAND, DER ARBEITET, MEHR GELD ZUR VERFÜGUNG HAT ALS JEMAND, DER VON STAATLICHER UNTER- STÜTZUNG LEBT, Z.B. VON HARTZ IV	59.9	59.9	60.1	63.1	56.9	61.0	62.0	61.6	56.9	58.4	61.9	56.6	64.5
MENSCHEN FÜR DEN PFLEGEFALL ABSICHERN	57.6	56.0	64.7	56.1	59.0	45.8	51.3	54.9	69.1	60.9	59.2	50.1	56.5
DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN FÜR DIE BÜRGER NICHT SO HOCH SIND	51.4	50.4	55.9	53.1	49.8	50.6	53.1	50.1	51.9	59.3	50.6	45.6	59.9
FÜR CHANCENGLEICH- HEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN SORGEN ..	51.4	50.4	55.8	40.3	61.9	49.7	55.2	47.9	52.7	51.8	51.3	51.2	50.2
FAMILIEN MIT KINDERN BZW. ALLEIN- ERZIEHENDE STÄRKER UNTERSTÜTZEN	46.2	46.0	47.0	43.0	49.2	45.7	55.9	42.4	43.6	51.1	45.8	42.0	50.4

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

BESONDERS WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
ES BERUFSTÄTIGEN ERLEICHTERN, FAMILIE UND BERUF MITEINANDER ZU VEREINBAREN	45.8	46.2	44.2	41.8	49.7	49.4	49.6	43.4	43.8	39.7	49.1	44.0	43.5
DIE LASTEN UNSERES SOZIALSYSTEMS GERECHT AUF JÜNGERE UND ÄLTERE VERTEILEN	45.0	45.1	44.2	45.1	44.8	55.4	46.1	40.2	42.9	43.2	45.1	46.4	47.3
KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN	38.7	39.9	33.2	37.1	40.2	43.4	41.9	36.1	36.5	43.9	35.6	41.0	45.3
DIE SOZIALEN UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN	38.2	36.6	45.4	38.7	37.8	36.3	38.5	35.4	41.2	39.0	41.3	29.8	40.7
DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE OHNE SCHULABSCHLUSS EINEN SCHULABSCHLUSS ERWERBEN	34.5	33.5	39.0	32.5	36.4	32.0	34.9	33.1	36.6	33.9	35.3	33.2	30.6
DRUCK AUF ARBEITS- LOSE AUSÜBEN, DAMIT SICH DIESE MÖGLICHST RASCH UM EINE NEUE STELLE BEMÜHEN	33.4	33.4	33.2	35.3	31.6	24.1	43.1	31.7	33.5	29.1	35.5	32.4	26.2
ARBEITSLOSE BEI DER SUCHE NACH EINER NEUEN STELLE UNTERSTÜTZEN	27.3	26.4	31.1	27.1	27.4	22.5	27.7	29.0	28.0	34.6	26.0	23.1	31.4
DIE QUALIFIKATION VON ARBEITSLOSEN VERBESSERN, DAMIT SIE GRÖßERE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT HABEN	25.8	26.2	24.2	26.1	25.6	19.1	24.5	28.9	27.5	22.9	26.5	27.1	30.5

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

BESONDERS WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL- STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
DIE RENTEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	80.3	91.3	87.7	85.9	85.6	88.8	87.5	89.8	77.5	88.4	87.4
EINE AUSREICHENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE BÜRGER SICHERSTELLEN	68.5	80.7	77.3	81.0	74.3	78.0	77.9	74.3	81.3	75.8	78.8
DAS EXISTENZMINIMUM SICHERN, DASS JEDER AUSREICHEND GELD ZUM LEBEN HAT	49.0	70.6	68.0	67.1	53.3	65.4	59.2	62.6	74.7	60.5	68.8
DEN MISSBRAUCH VON SOZIALLEISTUNGEN BEKÄMPFEN	65.3	58.4	65.5	54.3	70.4	59.5	61.4	61.2	52.1	65.9	49.3
DAFÜR SORGEN, DASS JEMAND, DER ARBEITET, MEHR GELD ZUR VERFÜGUNG HAT ALS JEMAND, DER VON STAATLICHER UNTER- STÜTZUNG LEBT, Z.B. VON HARTZ IV	64.4	58.6	61.0	58.7	69.4	57.0	60.6	60.7	55.5	63.3	55.6
MENSCHEN FÜR DEN PFLEGEFALL ABSICHERN	51.6	60.3	60.9	55.4	59.0	56.0	57.4	58.8	55.9	59.6	53.3
DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN FÜR DIE BÜRGER NICHT SO HOCH SIND	44.2	56.6	61.8	61.0	45.6	53.9	47.0	55.2	64.0	51.4	56.4
FÜR CHANCENGLEICH- HEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN SORGEN ..	44.6	54.4	56.4	56.3	52.1	52.2	50.8	52.7	51.2	52.9	52.6
FAMILIEN MIT KINDERN BZW. ALLEIN- ERZIEHENDE STÄRKER UNTERSTÜTZEN	36.6	50.9	48.2	46.4	41.0	47.6	46.0	45.4	50.7	48.2	45.9

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

BESONDERS WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL- STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
ES BERUFSTÄTIGEN ERLEICHTERN, FAMILIE UND BERUF MITEINANDER ZU VEREINBAREN	42.2	50.0	49.2	50.2	45.0	47.7	45.5	46.4	46.2	46.6	45.6
DIE LASTEN UNSERES SOZIALSYSTEMS GERECHT AUF JÜNGERE UND ÄLTERE VERTEILEN	44.0	45.3	48.6	57.6	42.6	47.3	47.0	42.6	42.5	45.5	48.0
KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN	26.2	45.3	45.0	56.5	29.7	40.6	37.5	39.4	41.6	38.8	40.3
DIE SOZIALEN UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN	14.8	48.5	51.2	49.7	11.2	46.8	35.1	41.8	43.3	35.9	45.7
DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE ÖHNE SCHULABSCHLUSS EINEN SCHULABSCHLUSS ERWERBEN	30.7	37.1	39.7	51.3	31.9	37.5	35.8	33.4	30.3	36.5	37.8
DRUCK AUF ARBEITS- LOSE AUSÜBEN, DAMIT SICH DIESE MÖGLICHST RASCH UM EINE NEUE STELLE BEMÜHEN	37.9	30.8	35.2	24.0	38.6	30.2	36.4	31.1	25.4	38.2	23.3
ARBEITSLOSE BEI DER SUCHE NACH EINER NEUEN STELLE UNTERSTÜTZEN	21.2	30.4	27.3	36.0	25.6	29.3	26.1	28.2	28.4	26.9	26.7
DIE QUALIFIKATION VON ARBEITSLOSEN VERBESSERN, DAMIT SIE GRÖßERE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT HABEN	17.3	28.8	30.5	41.8	23.6	28.2	25.2	24.1	35.7	24.9	28.9

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

AUCH NOCH WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
DIE RENTEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	11.9	12.4	9.8	14.4	9.5	24.1	14.5	10.6	5.3	8.0	11.9	15.9	16.6
EINE AUSREICHENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE BÜRGER SICHERSTELLEN	21.9	22.6	18.9	22.1	21.8	25.6	21.2	22.1	20.4	25.4	19.8	23.7	25.1
DAS EXISTENZMINIMUM SICHERN, DASS JEDER AUSREICHEND GELD ZUM LEBEN HAT	34.1	33.3	37.7	37.5	30.9	33.4	38.7	37.0	29.5	27.1	34.8	39.5	33.8
DEN MISSBRAUCH VON SOZIALLEISTUNGEN BEKÄMPFEN	31.3	31.8	28.9	29.9	32.5	40.1	27.2	31.4	29.2	33.9	31.5	28.1	29.7
DAFÜR SORGEN, DASS JEMAND, DER ARBEITET, MEHR GELD ZUR VERFÜGUNG HAT ALS JEMAND, DER VON STAATLICHER UNTER- STÜTZUNG LEBT, Z.B. VON HARTZ IV	29.4	28.3	34.3	25.5	33.0	24.8	27.4	28.1	33.8	31.4	28.6	29.3	24.2
MENSCHEN FÜR DEN PFLEGEFALL ABSICHERN	37.8	38.9	32.8	39.3	36.4	47.3	43.8	37.7	29.7	32.7	36.2	47.1	39.7
DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN FÜR DIE BÜRGER NICHT SO HOCH SIND	43.2	43.6	41.5	40.2	46.0	40.1	41.9	45.3	43.8	36.7	44.5	46.4	37.0
FÜR CHANCENGLEICH- HEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN SORGEN ..	38.6	38.5	39.2	48.0	29.8	39.9	30.6	41.9	40.2	39.0	39.5	36.1	37.4
FAMILIEN MIT KINDERN BZW. ALLEIN- ERZIEHENDE STÄRKER UNTERSTÜTZEN	47.6	47.4	48.5	50.9	44.5	48.7	37.0	51.3	50.5	42.8	47.9	52.0	44.4

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

AUCH NOCH WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
ES BERUFSTÄTIGEN ERLEICHTERN, FAMILIE UND BERUF MITEINANDER ZU VEREINBAREN	47.0	46.2	50.8	52.5	41.9	44.5	41.8	49.8	49.2	52.2	44.9	47.1	51.9
DIE LASTEN UNSERES SOZIALSYSTEMS GERECHT AUF JÜNGERE UND ÄLTERE VERTEILEN	46.6	45.8	50.0	47.2	46.0	35.9	45.1	52.5	48.1	48.2	46.2	45.9	43.7
KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN	55.1	53.6	62.0	54.2	56.0	51.1	50.4	57.1	58.4	49.5	58.4	52.7	45.8
DIE SOZIALEN UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN	46.6	47.3	43.6	45.5	47.8	48.6	43.9	48.0	46.3	50.5	46.4	43.3	43.1
DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE OHNE SCHULABSCHLUSS EINEN SCHULABSCHLUSS ERWERBEN	53.0	53.8	49.5	55.2	51.0	54.3	47.7	54.8	54.2	55.7	52.3	52.2	53.4
DRUCK AUF ARBEITS- LOSE AUSÜBEN, DAMIT SICH DIESE MÖGLICHST RASCH UM EINE NEUE STELLE BEMÜHEN	35.2	34.4	38.4	34.5	35.7	39.2	28.8	34.0	37.9	37.0	35.3	32.9	37.2
ARBEITSLOSE BEI DER SUCHE NACH EINER NEUEN STELLE UNTERSTÜTZEN	61.0	61.2	60.0	60.7	61.2	67.1	55.1	59.9	62.3	53.9	63.6	61.6	56.6
DIE QUALIFIKATION VON ARBEITSLOSEN VERBESSERN, DAMIT SIE GRÖßERE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT HABEN	60.5	59.6	64.7	61.2	59.8	69.6	54.8	56.5	62.6	61.9	61.6	56.4	50.8

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

AUCH NOCH WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL- STAAT- GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
DIE RENTEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	19.3	8.6	12.1	14.1	14.0	11.0	11.5	10.2	19.1	11.4	11.7
EINE AUSREICHENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE BÜRGER SICHERSTELLEN	29.9	18.4	21.8	17.6	24.5	21.0	21.3	24.3	16.3	23.2	20.1
DAS EXISTENZMINIMUM SICHERN, DASS JEDER AUSREICHEND GELD ZUM LEBEN HAT	45.6	26.0	29.1	28.2	41.1	31.6	36.7	35.2	16.1	35.0	28.8
DEN MISSBRAUCH VON SOZIALLEISTUNGEN BEKÄMPFEN	27.7	32.0	25.7	34.9	23.9	31.9	30.7	31.4	33.8	26.7	36.4
DAFÜR SORGEN, DASS JEMAND, DER ARBEITET, MEHR GELD ZUR VERFÜGUNG HAT ALS JEMAND, DER VON STAATLICHER UNTER- STÜTZUNG LEBT, Z.B. VON HARTZ IV	29.2	28.2	26.6	33.7	21.0	32.3	30.0	29.1	25.9	26.5	31.6
MENSCHEN FÜR DEN PFLEGEFALL ABSICHERN	45.2	35.0	35.0	41.6	36.1	38.9	39.6	35.3	36.1	36.9	40.1
DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN FÜR DIE BÜRGER NICHT SO HOCH SIND	48.3	39.2	35.0	36.0	46.2	42.6	46.6	41.0	30.9	43.5	39.5
FÜR CHANCENGLEICH- HEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN SORGEN ..	43.9	38.4	35.1	37.6	30.8	40.2	38.8	41.0	29.8	38.6	35.9
FAMILIEN MIT KINDERN BZW. ALLEIN- ERZIEHENDE STÄRKER UNTERSTÜTZEN	54.6	45.0	46.5	47.4	51.4	46.7	48.3	49.5	38.6	46.5	49.3

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

AUCH NOCH WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL- STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
ES BERUFSTÄTIGEN ERLEICHTERN, FAMILIE UND BERUF MITEINANDER ZU VEREINBAREN	47.2	45.6	44.2	37.2	47.8	45.0	48.1	46.0	47.8	46.9	46.4
DIE LASTEN UNSERES SOZIALSYSTEMS GERECHT AUF JÜNGERE UND ÄLTERE VERTEILEN	48.2	46.3	45.2	36.6	45.2	45.8	45.7	48.9	43.9	45.7	44.9
KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN	64.9	49.8	48.8	37.5	59.8	54.3	58.1	54.0	45.6	56.1	53.7
DIE SOZIALEN UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN	63.0	40.7	36.5	42.4	60.8	42.6	47.8	44.5	49.0	47.5	44.4
DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE ÖHNE SCHULABSCHLUSS EINEN SCHULABSCHLUSS ERWERBEN	56.6	49.7	49.6	41.7	52.1	51.7	52.2	54.9	53.3	52.7	48.7
DRUCK AUF ARBEITS- LOSE AUSÜBEN, DAMIT SICH DIESE MÖGLICHST RASCH UM EINE NEUE STELLE BEMÜHEN	36.2	34.0	33.0	40.4	34.6	37.6	34.6	37.5	29.8	33.8	33.4
ARBEITSLOSE BEI DER SUCHE NACH EINER NEUEN STELLE UNTERSTÜTZEN	65.1	58.3	60.7	53.0	57.2	61.2	63.0	59.8	58.7	61.5	60.7
DIE QUALIFIKATION VON ARBEITSLOSEN VERBESSERN, DAMIT SIE GRÖßERE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT HABEN	68.2	57.6	58.3	44.0	56.8	59.5	63.2	62.1	41.3	62.6	55.7

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

WENIGER WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
DIE RENTEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	0.7	0.9	-	1.3	0.2	1.3	1.5	0.6	0.1	1.5	0.2	1.4	1.3
EINE AUSREICHENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE BÜRGER SICHERSTELLEN	0.9	1.0	0.2	0.9	0.9	1.4	1.7	0.6	0.3	1.3	0.3	1.8	-
DAS EXISTENZMINIMUM SICHERN, DASS JEDER AUSREICHEND GELD ZUM LEBEN HAT	3.8	4.1	2.3	4.3	3.2	2.1	4.5	5.6	2.7	3.4	3.5	4.9	3.3
DEN MISSBRAUCH VON SOZIALLEISTUNGEN BEKÄMPFEN	8.0	8.0	7.7	8.2	7.8	7.3	6.8	11.1	6.6	10.1	5.3	12.4	9.1
DAFÜR SORGEN, DASS JEMAND, DER ARBEITET, MEHR GELD ZUR VERFÜGUNG HAT ALS JEMAND, DER VON STAATLICHER UNTER- STÜTZUNG LEBT, Z.B. VON HARTZ IV	10.2	11.4	4.7	10.7	9.7	14.2	9.1	9.9	9.1	9.7	9.1	13.4	10.7
MENSCHEN FÜR DEN PFLEGEFALL ABSICHERN	4.1	4.7	1.4	4.4	3.8	6.9	4.9	5.9	0.9	5.3	4.2	2.7	3.7
DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN FÜR DIE BÜRGER NICHT SO HOCH SIND	5.0	5.7	2.1	6.0	4.1	9.3	4.2	3.9	4.3	4.0	4.3	7.8	3.1
FÜR CHANCENGLEICH- HEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN SORGEN ..	9.7	10.8	4.6	11.2	8.3	10.4	13.2	10.1	7.0	9.0	8.8	12.6	12.5
FAMILIEN MIT KINDERN BZW. ALLEIN- ERZIEHENDE STÄRKER UNTERSTÜTZEN	5.1	5.7	2.5	5.1	5.1	5.6	6.0	5.1	4.3	4.5	5.2	5.4	4.6

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

WENIGER WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
ES BERUFSTÄTIGEN ERLEICHTERN, FAMILIE UND BERUF MITEINANDER ZU VEREINBAREN	5.9	6.4	3.8	5.3	6.5	4.5	7.4	5.6	6.0	5.6	5.4	7.4	4.6
DIE LASTEN UNSERES SOZIALSYSTEMS GERECHT AUF JÜNGERE UND ÄLTERE VERTEILEN	7.9	8.4	5.4	7.5	8.2	8.8	8.6	7.3	7.4	7.7	8.1	7.4	9.0
KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN	5.4	5.7	4.1	7.4	3.5	5.4	6.9	6.1	3.9	6.3	4.6	6.3	8.9
DIE SOZIALEN UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN	13.8	14.5	10.4	14.6	13.0	15.1	15.3	15.7	10.7	9.5	11.1	24.5	15.6
DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE OHNE SCHULABSCHLUSS EINEN SCHULABSCHLUSS ERWERBEN	11.5	11.7	10.6	12.0	11.0	13.4	16.5	10.3	8.7	8.7	11.5	14.4	15.6
DRUCK AUF ARBEITS- LOSE AUSÜBEN, DAMIT SICH DIESE MÖGLICHST RASCH UM EINE NEUE STELLE BEMÜHEN	29.8	30.9	24.7	29.1	30.4	35.5	26.0	31.8	27.6	31.4	27.5	33.8	35.2
ARBEITSLOSE BEI DER SUCHE NACH EINER NEUEN STELLE UNTERSTÜTZEN	11.2	11.9	8.2	11.8	10.7	10.4	16.8	11.0	8.5	11.1	9.8	14.8	12.0
DIE QUALIFIKATION VON ARBEITSLOSEN VERBESSERN, DAMIT SIE GRÖßERE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT HABEN	12.5	13.0	10.3	11.5	13.4	11.3	19.7	11.9	9.3	13.6	10.6	16.1	17.8

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

WENIGER WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL-STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
DIE RENTEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	0.3	0.1	0.2	-	0.4	0.1	0.6	-	3.4	0.2	0.9
EINE AUSREICHENDE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE BÜRGER SICHERSTELLEN	1.6	0.5	0.8	0.8	0.9	0.5	0.5	0.9	2.0	0.6	1.0
DAS EXISTENZMINIMUM SICHERN, DASS JEDER AUSREICHEND GELD ZUM LEBEN HAT	5.4	3.1	2.8	4.7	5.6	2.7	4.0	2.2	7.4	4.4	2.4
DEN MISSBRAUCH VON SOZIALLEISTUNGEN BEKÄMPFEN	6.5	9.0	8.4	10.3	4.3	8.5	7.3	7.0	14.1	6.7	13.7
DAFÜR SORGEN, DASS JEMAND, DER ARBEITET, MEHR GELD ZUR VERFÜGUNG HAT ALS JEMAND, DER VON STAATLICHER UNTER- STÜTZUNG LEBT, Z.B. VON HARTZ IV	5.9	12.6	12.0	7.6	9.6	10.2	8.8	9.6	18.6	9.4	12.8
MENSCHEN FÜR DEN PFLEGEFALL ABSICHERN	2.2	4.6	4.0	3.1	4.9	4.6	2.6	5.2	8.1	3.0	6.6
DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN FÜR DIE BÜRGER NICHT SO HOCH SIND	6.6	4.1	3.2	3.0	8.2	3.2	5.7	3.8	5.1	4.8	3.0
FÜR CHANCENGLEICH- HEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN SORGEN ..	11.4	6.9	8.3	6.1	17.1	7.2	10.2	5.8	19.1	8.1	11.4
FAMILIEN MIT KINDERN BZW. ALLEIN- ERZIEHENDE STÄRKER UNTERSTÜTZEN	6.6	3.7	4.4	6.2	7.6	4.2	4.3	5.0	7.1	4.4	2.6

WELCHE AUFGABEN DES SOZIALSTAATS SIND IN IHREN AUGEN BESONDERS WICHTIG, WELCHE AUFGABEN SIND AUCH NOCH WICHTIG UND WELCHE WENIGER WICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

WENIGER WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES:

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL-STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS SCHLECHT	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
ES BERUFSTÄTIGEN ERLEICHTERN, FAMILIE UND BERUF MITEINANDER ZU VEREINBAREN	8.2	3.3	4.7	8.6	7.3	5.5	5.2	6.3	6.0	4.9	6.3
DIE LASTEN UNSERES SOZIALSYSTEMS GERECHT AUF JÜNGERE UND ÄLTERE VERTEILEN	7.3	7.9	5.3	5.8	12.2	6.2	6.6	8.1	12.3	8.2	6.4
KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN	8.0	4.2	5.3	6.0	9.7	4.2	3.6	5.6	12.1	4.5	4.5
DIE SOZIALEN UNTER- SCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN	19.9	9.9	10.8	8.0	27.3	9.4	15.2	12.7	7.6	15.1	9.3
DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE ÖHNE SCHULABSCHLUSS EINEN SCHULABSCHLUSS ERWERBEN	11.6	12.1	9.9	7.0	16.1	9.8	11.0	10.7	16.4	9.5	13.5
DRUCK AUF ARBEITS- LOSE AUSÜBEN, DAMIT SICH DIESE MÖGLICHST RASCH UM EINE NEUE STELLE BEMÜHEN	24.3	33.7	30.0	33.5	25.0	31.1	27.4	29.6	43.1	25.8	42.5
ARBEITSLOSE BEI DER SUCHE NACH EINER NEUEN STELLE UNTERSTÜTZEN	13.4	10.8	11.3	10.2	17.2	9.3	10.0	12.0	12.9	10.8	12.3
DIE QUALIFIKATION VON ARBEITSLOSEN VERBESSERN, DAMIT SIE GRÖßERE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT HABEN	13.4	12.1	10.4	13.7	18.0	11.0	11.0	12.6	18.5	10.7	15.1

Soziale Schicht

Materielle Auswirkungen der Corona-Pandemie

WAS WÜRDEN SIE SAGEN: WELCHE GRUPPEN VON DIESER LISTE WERDEN VOM STAAT IN DER CORONA-KRISE ZU WENIG UNTERSTÜTZT?
 WELCHE GRUPPEN BENÖTIGEN MEHR STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
KLEINE UNTERNEHMEN, SELBSTÄNDIGE, EINZELHÄNDLER	75.5	75.1	77.2	76.9	74.2	75.4	79.5	78.1	71.1	74.0	76.6	74.4	80.9
PFLEGEPERSONAL	65.9	66.4	63.8	63.7	68.0	61.0	60.6	69.7	68.4	61.7	66.8	67.8	62.5
KULTURSCHAFFENDE, KÜNSTLER	65.0	63.7	71.0	64.7	65.3	67.6	63.0	66.4	63.9	59.4	64.5	72.0	65.7
PERSONEN MIT BEFRISTETEN ARBEITSVERTRÄGEN, MINI-JOBBER	50.1	49.8	51.4	50.2	50.1	50.8	51.5	51.8	47.7	53.6	49.5	48.4	52.7
ALLEINERZIEHENDE ...	48.6	47.9	51.5	45.6	51.4	48.5	53.7	45.1	48.3	50.9	48.9	45.6	49.5
PERSONEN IN EIN- FACHEN JOBS, MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN	46.3	45.3	50.9	43.7	48.7	45.0	45.7	45.8	47.6	49.1	47.3	40.9	47.6
FAMILIEN MIT KINDERN	42.3	42.5	41.5	40.3	44.2	49.0	46.0	38.9	39.5	45.8	43.3	36.4	47.9
SCHÜLER AUS ÄRMEREN FAMILIEN ...	40.6	39.9	43.8	40.1	41.2	43.3	38.9	40.0	40.8	40.6	41.1	39.6	38.5
RISIKOGRUPPEN, PERSONEN MIT VORERKRANKUNGEN	38.9	37.6	44.6	39.4	38.3	36.3	36.1	39.2	41.5	39.7	40.9	33.0	47.2
PERSONAL IN KINDERBETREUUNGS- EINRICHTUNGEN	37.7	38.6	33.9	38.1	37.4	34.4	36.3	39.8	38.6	35.7	39.6	35.1	38.5
BEHINDERTE MENSCHEN	30.8	29.7	35.6	29.4	32.1	25.2	28.1	31.9	34.2	39.3	29.0	26.5	28.1
BEWOHNER VON SENIOREN- ODER PFLEGEHEIMEN	28.4	27.5	32.5	30.6	26.4	24.3	30.0	27.9	29.9	31.0	29.9	22.2	34.2
JUGENDLICHE, JUNGE ERWACHSENE ...	23.3	24.7	16.9	20.9	25.5	38.8	26.7	19.2	16.9	24.8	22.6	23.4	31.0

WAS WÜRDEN SIE SAGEN: WELCHE GRUPPEN VON DIESER LISTE WERDEN VOM STAAT IN DER CORONA-KRISE ZU WENIG UNTERSTÜTZT?
 WELCHE GRUPPEN BENÖTIGEN MEHR STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL- STAAT- GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS SCHLECHT	(EHER)	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
KLEINE UNTERNEHMEN, SELBSTÄNDIGE, EINZELHÄNDLER	72.9	78.5	78.2	78.5	74.8	79.1	72.9	78.1	80.7	73.8	80.4
PFLEGEPERSONAL	61.6	69.6	68.9	61.5	62.9	66.8	68.1	64.1	60.3	66.4	66.2
KULTURSCHAFFENDE, KÜNSTLER	58.4	71.1	67.4	57.6	63.9	67.6	68.0	59.5	69.5	67.1	62.6
PERSONEN MIT BEFRISTETEN ARBEITSVERTRÄGEN, MINI-JOBBER	37.8	56.3	54.2	50.5	45.3	53.9	50.9	48.9	49.7	48.5	55.8
ALLEINERZIEHENDE ...	45.2	52.9	54.3	43.0	42.7	52.7	47.3	50.0	50.2	47.2	57.2
PERSONEN IN EIN- FACHEN JOBS, MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN	32.7	51.5	52.0	55.6	38.3	51.1	43.6	48.8	52.0	45.1	57.4
FAMILIEN MIT KINDERN	33.9	46.4	45.7	49.6	34.2	43.9	42.0	40.1	52.0	40.1	47.5
SCHÜLER AUS ÄRMEREN FAMILIEN ...	32.4	46.0	42.4	33.5	34.5	44.3	42.3	39.5	36.5	42.8	42.6
RISIKOGRUPPEN, PERSONEN MIT VORERKRANKUNGEN	29.3	43.0	41.6	37.3	31.0	40.2	36.0	41.6	45.8	37.2	37.8
PERSONAL IN KINDERBETREUUNGS- EINRICHTUNGEN	36.9	38.9	40.6	32.4	33.4	41.0	36.8	38.6	40.7	36.0	41.0
BEHINDERTE MENSCHEN	24.5	34.0	33.4	26.8	24.9	34.0	29.7	34.1	25.2	31.0	31.7
BEWOHNER VON SENIOREN- ODER PFLEGEHEIMEN	24.6	29.6	32.3	27.0	26.6	29.1	26.3	29.1	38.4	29.0	24.5
JUGENDLICHE, JUNGE ERWACHSENE ...	17.8	24.9	26.7	27.3	21.6	25.0	21.2	23.1	36.0	20.5	30.1

Eigene wirtschaftliche Lage

Soziale Gerechtigkeit

NUN ZUM THEMA SOZIALE GERECHTIGKEIT: MAN HÖRT JA HÄUFIGER DEN BEGRIFF "SOZIALE GERECHTIGKEIT". WAS VON DER LISTE HIER FINDEN SIE IM ZUSAMMENHANG MIT SOZIALER GERECHTIGKEIT BESONDERS WICHTIG? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 14a)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
ALLE KINDER HABEN DIE GLEICHEN CHANCEN AUF EINE GUTE SCHULBILDUNG	76.1	76.1	76.2	74.8	77.4	76.4	78.1	76.5	74.6	68.9	77.8	79.1	69.0
DASS MAN VON DEM LOHN FÜR SEINE ARBEIT AUCH LEBEN KANN	74.1	73.9	75.1	74.6	73.6	68.9	73.9	78.3	73.4	75.4	74.8	71.0	69.4
FÜR GLEICHE ARBEIT WIRD DER GLEICHE LOHN GEZAHLT	67.4	65.7	75.2	64.3	70.4	66.1	64.1	65.5	71.5	70.5	67.1	65.0	61.9
DASS JEDER DEN GLEICHEN ZUGANG ZU GUTER GESUNDHEITS- VERSORGUNG HAT	66.1	65.4	68.9	64.5	67.5	57.8	61.6	70.6	69.2	60.0	67.5	68.6	65.5
DER STAAT SORGT FÜR EINE GRUNDSICHERUNG, DAMIT NIEMAND IN NOT GERÄT	62.9	62.2	66.1	62.0	63.8	62.0	63.6	63.0	62.9	62.7	64.5	59.3	61.8
MÄNNER UND FRAUEN SIND GLEICH- BERECHTIGT	60.3	59.4	64.4	55.1	65.2	67.8	61.9	58.6	56.9	59.1	62.0	57.1	57.6
WER MEHR LEISTET, SOLL AUCH MEHR VERDIENEN ALS DERJENIGE, DER WENIGER LEISTET	52.4	52.1	53.8	59.2	46.0	50.7	53.2	57.1	49.2	40.7	53.1	62.5	46.0
DER STAAT SICHERT ALLE UMFASSEND GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND KRANKHEIT AB	46.7	45.6	51.4	52.6	41.1	48.5	50.4	45.1	44.9	46.0	46.8	47.2	49.7
FAMILIEN MIT KINDERN WERDEN VOM STAAT FINANZIELL UNTERSTÜTZT	44.8	43.3	51.3	46.6	43.1	45.2	46.3	48.4	40.8	45.8	44.1	45.4	41.0

NUN ZUM THEMA SOZIALE GERECHTIGKEIT: MAN HÖRT JA HÄUFIGER DEN BEGRIFF "SOZIALE GERECHTIGKEIT". WAS VON DER LISTE HIER FINDEN SIE IM ZUSAMMENHANG MIT SOZIALER GERECHTIGKEIT BESONDERS WICHTIG? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 14a)

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL-STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS SCHLECHT	(EHER) SCHLECHT	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
ALLE KINDER HABEN DIE GLEICHEN CHANCEN AUF EINE GUTE SCHULBILDUNG	75.1	78.4	75.0	65.2	81.6	75.5	83.0	69.7	64.3	80.9	67.3
DASS MAN VON DEM LOHN FÜR SEINE ARBEIT AUCH LEBEN KANN	76.9	74.3	72.4	65.3	70.3	74.8	75.0	74.9	68.3	74.8	66.6
FÜR GLEICHE ARBEIT WIRD DER GLEICHE LOHN GEZAHLT	67.9	68.5	69.1	75.3	64.5	68.8	69.4	68.0	58.1	69.0	67.6
DASS JEDER DEN GLEICHEN ZUGANG ZU GUTER GESUNDHEITS- VERSÖRGUNG HAT	59.5	68.8	63.8	56.9	65.3	67.9	68.8	63.4	62.5	68.8	59.2
DER STAAT SORGT FÜR EINE GRUNDSICHERUNG, DAMIT NIEMAND IN NOT GERÄT	53.9	68.3	63.4	67.7	61.8	66.0	61.8	64.4	65.4	62.7	69.7
MÄNNER UND FRAUEN SIND GLEICH- BERECHTIGT	60.2	60.2	56.3	46.3	57.7	61.8	63.9	58.8	48.8	61.7	57.1
WER MEHR LEISTET, SOLL AUCH MEHR VERDIENEN ALS DERJENIGE, DER WENIGER LEISTET	60.3	47.0	52.5	44.6	64.2	48.6	58.7	47.3	38.0	57.7	41.9
DER STAAT SICHERT ALLE UMFASSEND GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND KRANKHEIT AB	44.6	48.9	46.3	51.6	51.6	48.5	47.0	45.6	48.8	48.1	46.8
FAMILIEN MIT KINDERN WERDEN VOM STAAT FINANZIELL UNTERSTÜTZT	47.7	43.7	42.4	46.5	45.1	45.2	47.9	42.3	36.1	45.7	42.9

UND WELCHE DIESER PUNKTE TREFFEN IHRER MEINUNG NACH AUF DEUTSCHLAND ZU, WELCHE WÜRDEN SIE NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 14b)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SOZIO-ÖKONOM. STATUS			CORONA VER- LIERER
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	NIEDRIG	MITTEL	HOCH	
Basis	1041	770	271	501	540	167	211	282	381	212	590	239	194
FAMILIEN MIT KINDERN WERDEN VOM STAAT FINANZIELL UNTERSTÜTZT	65.8	66.5	63.0	68.6	63.2	66.5	70.3	66.5	62.4	61.0	68.3	64.5	61.6
DER STAAT SORGT FÜR EINE GRUNDSICHERUNG, DAMIT NIEMAND IN NOT GERÄT	52.5	54.1	45.3	51.7	53.3	56.9	51.5	53.0	50.6	46.0	54.6	53.8	51.6
DER STAAT SICHERT ALLE UMFASSEND GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND KRANKHEIT AB	41.2	42.6	34.9	39.4	42.9	39.0	41.6	44.0	39.9	33.8	41.6	47.6	36.0
JEDER HAT DEN GLEICHEN ZUGANG ZU GUTER GESUNDHEITS- VERSORGUNG	35.0	36.3	29.4	34.5	35.4	28.8	42.7	35.3	33.2	38.3	30.6	42.7	25.2
WER MEHR LEISTET, VERDIENT AUCH MEHR ALS DERJENIGE, DER WENIGER LEISTET	31.9	33.3	25.7	33.1	30.7	25.7	29.3	32.9	35.6	29.4	30.9	36.8	22.8
ALLE KINDER HABEN DIE GLEICHEN CHANCEN AUF EINE GUTE SCHULBILDUNG	30.8	30.6	31.8	29.3	32.2	34.2	30.0	27.7	32.0	32.0	30.8	29.5	25.9
MÄNNER UND FRAUEN SIND GLEICHBERECHTIGT ...	25.4	25.4	25.7	29.6	21.5	25.2	25.1	23.2	27.5	20.6	26.3	28.3	17.4
KINDER AUS SOZIAL SCHWÄCHEREN FAMILIEN WERDEN VOM STAAT BESONDERS UNTER- STÜTZT UND GEFÖRDERT	23.7	24.1	21.7	21.2	26.0	18.6	29.7	26.4	20.4	22.8	21.8	29.2	20.0
AUF GRÖßERE VER- MÖGEN WERDEN HOHE ERBSCHAFTSSTEUERN ERHOBEN	17.0	17.9	13.1	14.8	19.2	17.6	19.7	15.6	16.3	13.7	15.8	23.5	14.2

UND WELCHE DIESER PUNKTE TREFFEN IHRER MEINUNG NACH AUF DEUTSCHLAND ZU, WELCHE WÜRDEN SIE NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 14b)

	SOZIALE ABSICHERUNG		SOZIAL- STAAT GEHÖRT UMFASSEND REFORMIERT	PERSÖNL. GROSSE GEFAHR DES SOZ. ABSTIEGS	WIRT. VERHÄLTNISSE		EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE IM VERGLEICH	
	REICHT AUS	MÜSSTE MAN AUSBAUEN			GERECHT	NICHT GERECHT	(SEHR) GUT	TEILS/ TEILS SCHLECHT	(EHER)	GERECHT	NICHT GERECHT
Basis	229	641	449	76	155	631	567	374	93	612	183
FAMILIEN MIT KINDERN WERDEN VOM STAAT FINANZIELL UNTERSTÜTZT	75.1	63.9	60.9	60.5	75.1	63.7	68.8	65.0	54.9	69.5	62.1
DER STAAT SORGT FÜR EINE GRUNDSICHERUNG, DAMIT NIEMAND IN NOT GERÄT	57.7	51.2	46.8	45.6	64.8	49.4	55.9	48.9	48.8	56.4	44.6
DER STAAT SICHERT ALLE UMFASSEND GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT UND KRANKHEIT AB	56.2	36.3	33.2	27.4	61.0	34.6	46.1	37.7	28.4	44.6	32.2
JEDER HAT DEN GLEICHEN ZUGANG ZU GUTER GESUNDHEITS- VERSÖRGUNG	46.1	30.5	26.7	20.3	49.1	29.3	40.6	30.9	21.0	37.8	30.8
WER MEHR LEISTET, VERDIENT AUCH MEHR ALS DERJENIGE, DER WENIGER LEISTET	44.4	26.5	27.4	31.0	47.1	26.0	37.1	27.3	19.5	36.6	21.9
ALLE KINDER HABEN DIE GLEICHEN CHANCEN AUF EINE GUTE SCHULBILDUNG	33.5	29.9	26.1	21.3	46.8	25.6	36.3	24.9	23.0	34.2	22.0
MÄNNER UND FRAUEN SIND GLEICHBERECHTIGT ...	32.8	22.0	19.2	18.6	38.5	18.8	30.9	19.5	17.8	29.0	15.9
KINDER AUS SOZIAL SCHWÄCHEREN FAMILIEN WERDEN VOM STAAT BESONDERS UNTER- STÜTZT UND GEFÖRDERT	34.8	19.6	19.9	22.8	32.6	20.6	27.3	19.6	18.0	25.8	22.1
AUF GRÖSSERE VER- MÖGEN WERDEN HOHE ERBSCHAFTSSTEUERN ERHOBEN	26.6	14.0	14.1	17.1	29.0	14.7	20.0	13.3	12.9	20.1	13.4

Staatliche Leistungen

A N H A N G

**Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogenauszug mit Anlagen**

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die west- und ostdeutschen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	384	141	525	Personen
B	386	130	516	Personen
Insgesamt	770	271	1041	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen und verschiedene Altersgruppen.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich west- und ostdeutscher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 395 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 8. bis 21. März 2021 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12032

STATISTIK

**der in der Umfrage 12032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2021			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	17	17	17	17
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	35	35	35	35
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

STATISTIK

**der in der Umfrage 12032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2021			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		
	%	A %	B %	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	63	63	63	62
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	13	12	13	12
Angestellte	41	41	41	41
Beamte	3	4	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet zusammenlebend	50	50	50	50
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	25	25	25	25
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	16	16
- 4 Personen	13	13	13	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>6</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12032
März 2021

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1.	"Etwas anderes: Wie sehen Sie das:		
T	Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?"	GERECHT	1
		NICHT GERECHT	2
		UNENTSCHIEDEN	3
		KEINE ANGABE	4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

2.	"Was meinen Sie:	ZUGENOMMEN.....	1
t	Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten zehn Jahren zugenommen, abgenommen, oder ist sie gleich geblieben?"	ABGENOMMEN.....	2
		GLEICH GEBLIEBEN	3
		UNENTSCHIEDEN	4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

2.	"Was meinen Sie:	ZUGENOMMEN.....	1
	Haben die sozialen Unterschiede in Deutschland durch die Corona-Krise Ihrer Meinung nach zugenommen, oder haben sie abgenommen, oder hat sich da nicht viel verändert?"	ABGENOMMEN.....	2
		NICHT VIEL VERÄNDERT	3
		UNENTSCHIEDEN	4

3. a) INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 1 !

t "Man hört ja häufiger den Begriff 'soziale Gerechtigkeit'. Was von der Liste hier finden Sie im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit besonders wichtig?"
(Bitte möglichst nicht mehr als 5 Nennungen! - Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

NICHTS DAVON..... 0
KEINE ANGABE

b) INTERVIEWER überreicht **rosa** Liste 2 !

"Und welche dieser Punkte treffen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zu, welche würden Sie nennen?"
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

NICHTS DAVON..... 0
KEINE ANGABE

4.	"Würden Sie sagen, dass sich in unserem Wirtschaftssystem Leistung im Allgemeinen lohnt, dass man in der Regel für gute Leistungen auch belohnt wird, oder lohnt sich Leistung bei uns nicht?"	LEISTUNG LOHNT SICH	1
T		LEISTUNG LOHNT SICH NICHT	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

5. a)	"Was empfinden Sie als gerechter: T Wenn alle eine ähnlich hohe Altersversorgung haben, unabhängig davon, ob sie berufstätig waren und wie viel sie eingezahlt haben, oder wenn sich die Altersversorgung stark unterscheidet, je nachdem, wie viel der Einzelne für sein Alter vorgesorgt hat?"	ÄHNLICH HOHE ALTERSVERSOR- GUNG..... 1 STARKE UNTERSCHIEDE 2 UNENTSCHIEDEN 3
b)	"Finden Sie es gerechter, wenn Eltern steuerliche T Vorteile gegenüber Kinderlosen haben, oder wenn es solche steuerlichen Vorteile für Eltern nicht gibt?"	VORTEILE FÜR ELTERN 4 KEINE VORTEILE 5 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 6
c)	"Was ist gerechter: Wenn Arbeitslose, die zuvor lange berufstätig waren und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, ein höheres Arbeitslosengeld bekommen, oder wenn die Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen gleich hoch ist?"	HÖHERES ARBEITSLOSENGELD 7 FÜR ALLE GLEICH HOCH..... 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

6.	"Neulich sagte jemand: 'Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im gesellschaftlichen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für mehr Leistung.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO..... 1 SEHE DAS NICHT SO 2 UNENTSCHIEDEN 3
----	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

6.	"Neulich sagte jemand: 'Die Sozialleistungen in Deutschland führen dazu, dass die Menschen sich darauf ausruhen.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO..... 1 SEHE DAS NICHT SO 2 UNENTSCHIEDEN 3
----	--	---

7. INTERVIEWER überreicht **weißes** Bildblatt 3 so, dass bei Männern das große **M** und bei Frauen
t das große **F** oben liegt !

"Eine Frage zu sozialen Unterschieden: Hier unterhalten sich zwei über soziale Unterschiede. Welchem/r der beiden würden Sie eher zustimmen: dem/der Oberen oder dem/der Unteren?"	DEM/DER OBEREN 7 DEM/DER UNTEREN 8 KEINE ANGABE 9
---	---

An späterer Stelle im Interview:

8. INTERVIEWER überreicht kleines graues Kartenspiel und **grünes** Bildblatt 4 !

t "Zum Thema Sozialstaat:
Welche Aufgaben des Sozialstaats sind in Ihren Augen besonders wichtig, welche Aufgaben sind auch noch wichtig und welche weniger wichtig? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt."
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

BESONDERS WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

AUCH NOCH WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

WENIGER WICHTIG: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

In der repräsentativen Halbgruppe A:

9. INTERVIEWER überreicht **graues** Bildblatt 5 !

T "Wie groß ist Ihr Vertrauen zu unserem Staat, dass Sie sich im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit usw. auf ihn verlassen können? Vielleicht lässt es sich am einfachsten wieder anhand dieser Leiter hier sagen. Zehn würde bedeuten, Sie haben sehr großes Vertrauen zum Staat, und null würde bedeuten, Sie haben gar kein Vertrauen. Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"
(Genanntes einkreisen!)

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

In der repräsentativen Halbgruppe B:

9. INTERVIEWER überreicht **graues** Bildblatt 5 und überlässt es dem/der Befragten
T bis einschließlich Frage 9 c) !

"Ich lese Ihnen nun verschiedene Bereiche der sozialen Absicherung vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, wie groß Ihr Vertrauen in diesem Bereich in die Absicherung durch unseren Staat ist. Vielleicht lässt es sich wieder anhand dieser Leiter hier sagen. Zehn würde bedeuten, Sie haben sehr großes Vertrauen zum Staat, und null würde bedeuten, Sie haben gar kein Vertrauen."
(Jeweils Genanntes einkreisen!)

Wenn Sie jetzt einmal speziell an die Absicherung im Krankheitsfall denken. Wie groß ist da Ihr Vertrauen zum Staat? Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

b) "Und wie groß ist Ihr Vertrauen in die staatliche Absicherung bei Arbeitslosigkeit?
Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie?"

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

c) "Und wie groß ist Ihr Vertrauen in die gesetzliche Rente? Welche Zahl zwischen null und zehn nehmen Sie da?"

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE Y

10.	"Wie ist Ihr Eindruck: T Muss unser Sozialstaat, also das System der sozialen Absicherung in Deutschland, umfassend reformiert werden, oder reichen kleinere Änderungen aus, oder sind in Ihren Augen gar keine Änderungen notwendig?"	UMFASSEND REFORMIERT 1 KLEINERE ÄNDERUNGEN 2 GAR KEINE ÄNDERUNGEN 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
11.	"Wenn Sie einmal an die soziale Absicherung in T Deutschland denken, also bei der Rente, im Gesundheitswesen, bei Arbeitslosigkeit usw.: Finden Sie, dass die soziale Absicherung bei uns ausreichend ist, ausgebaut werden müsste oder eingeschränkt werden müsste?"	AUSREICHEND 1 AUSGEBAUT 2 EINGESCHRÄNKT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4
12.	"Sorgt die Politik für mehr Gleichheit zwischen T Ärmern und Reichen oder trägt die Politik dazu bei, dass die Unterschiede zwischen Ärmern und Reichen größer werden?"	POLITIK SORGT FÜR MEHR GLEICH- HEIT 1 UNTERSCHIEDE WERDEN GRÖßER . 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

19.	"Man spricht ja manchmal von Gewinnern oder Verlierern einer Krisensituation. Wie geht Ihnen das: Würden Sie sich persönlich eher als Gewinner oder eher als Verlierer der Corona-Krise sehen, oder weder noch?"	GEWINNER 1 VERLIERER..... 2 WEDER NOCH 3 KEINE ANGABE 4
20.	"Was glauben Sie: Geht es aufgrund der Corona-Krise vielen Deutschen finanziell schlechter als vor der Krise, oder ist das nur ein kleiner Teil?"	VIELEN SCHLECHTER 1 NUR KLEINER TEIL 2 UNMÖGLICH ZUSAGEN/ UNENTSCHIEDEN 3
21. a) T	"Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen ..."	"sehr gut" 1 "gut" 2 "es geht" 3 "eher schlecht" 4 "schlecht" 5 WEISS NICHT, KEINE ANGABE 6
b)	"Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"	BESSER 1 SCHLECHTER..... 2 KEIN UNTERSCHIED 3

An späterer Stelle im Interview:

22. T	"Wenn Sie einmal an Ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse denken, ich meine, was Sie verdienen und was Sie besitzen: Finden Sie das im Vergleich zu anderen alles in allem gerecht oder nicht gerecht?"	GERECHT 1 NICHT GERECHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3				
23. T	"Manche Leute haben ja Angst davor, sozial abzustiegen, also dass sie ihren Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten können. Wie schätzen Sie die Gefahr für sich persönlich ein: Sehen Sie da für sich persönlich eine große, weniger große oder gar keine Gefahr sozial abzustiegen?"	GROSSE GEFAHR..... 1 WENIGER GROSSE GEFAHR 2 GAR KEINE GEFAHR 3 KEINE ANGABE 4				
24.	INTERVIEWER überreicht weiße Liste 10 ! "Einmal angenommen, Sie kommen in eine finanzielle Notlage: Worauf könnten Sie sich in dieser Situation verlassen? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte einkreisen!) / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / NICHTS DAVON..... 0					
25. T	"Was würden Sie sagen: Wie stark profitieren Sie persönlich vom Sozialstaat, also den Leistungen, mit denen der Staat die Bürger absichert und unterstützt? Profitieren Sie davon..."	"sehr stark"..... 1 "stark" 2 "weniger stark" 3 "kaum, gar nicht" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5				
26. T	INTERVIEWER überreicht blaue Liste 11 ! "Zu welcher Schicht zählen Sie sich? Bitte nennen Sie mir einfach den entsprechenden Buchstaben von der Liste hier." (Nur <u>eine</u> Angabe möglich! - Genanntes einkreisen!) / A / B / C / D / <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"><tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr></table> KEINE ANGABE..... 9	1	2	3	4	
1	2	3	4			

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>27.</u>	"Wenn Sie einmal an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Gibt es da <u>viele</u> , von denen Sie sagen würden, dass sie zu einer anderen Schicht gehören als Sie selbst, oder gibt es <u>ein paar</u> , oder gibt es da niemanden?"	GIBT VIELE	1*
		EIN PAAR.....	2*
		NIEMANDEN.....	3
		UNENTSCIEDEN	4
	<input type="checkbox"/> "Und gehören Ihre Freunde und Bekannte, die aus einer anderen Schicht kommen, eher zu einer höheren oder einer niedrigeren Schicht?"	ZU EINER HÖHEREN.....	5
		ZU EINER NIEDRIGEREN.....	6
		BEIDES, SOWOHL ALS AUCH	7
		KEINE ANGABE	9

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>27.</u>	"Jemand sagte neulich: 'Durch Corona hat man viel weniger soziale Kontakte und kommt dadurch auch weniger mit Leuten aus anderen sozialen Schichten zusammen.' Ist das bei Ihnen auch so, oder ist das bei Ihnen nicht so?"	IST <u>AUCH</u> SO	1
		IST <u>NICHT</u> SO	2
		UNENTSCIEDEN	3

L I S T E 1

- (1) Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät
- (2) Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen als derjenige, der weniger leistet
- (3) Auf größere Vermögen werden hohe Erbschaftssteuern erhoben
- (4) Der Staat muss durch Steuern dafür sorgen, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht größer werden
- (5) Für gleiche Arbeit wird der gleiche Lohn gezahlt
- (6) Alle Kinder haben die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung
- (7) Bei politischen Entscheidungen wird keine Generation bevorzugt oder benachteiligt
- (8) Familien mit Kindern werden vom Staat finanziell unterstützt
- (9) Dass man von dem Lohn für seine Arbeit auch leben kann
- (10) Dass ältere Arbeitnehmer die gleichen Beschäftigungschancen haben wie jüngere Arbeitnehmer
- (11) Kinder aus sozial schwächeren Familien werden vom Staat besonders unterstützt und gefördert
- (12) Der Staat sichert alle umfassend gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit ab
- (13) Dass jeder den gleichen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung hat
- (14) Es gibt keine großen Unterschiede zwischen den sozialen Schichten
- (15) Männer und Frauen sind gleichberechtigt

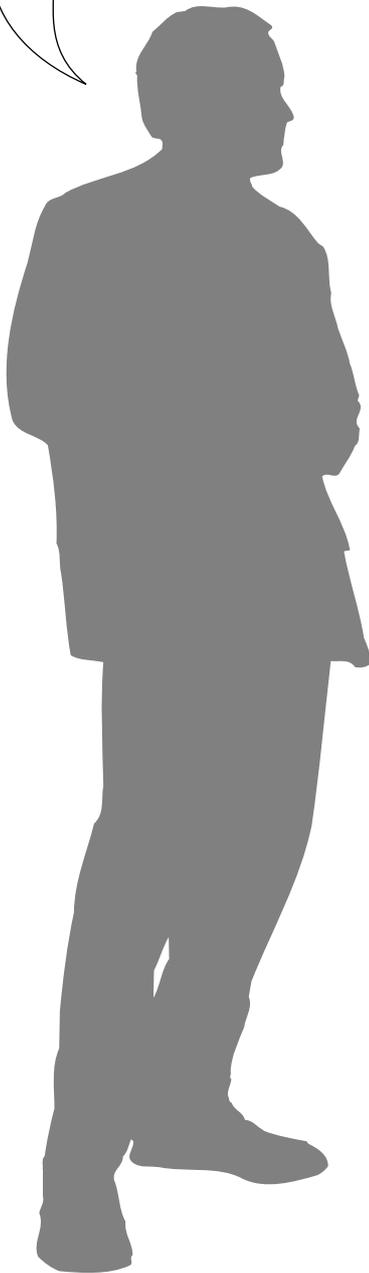
L I S T E 2

- (1) Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät
- (2) Wer mehr leistet, verdient auch mehr als derjenige, der weniger leistet
- (3) Auf größere Vermögen werden hohe Erbschaftssteuern erhoben
- (4) Der Staat sorgt durch Steuern dafür, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht größer werden
- (5) Für gleiche Arbeit wird der gleiche Lohn gezahlt
- (6) Alle Kinder haben die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung
- (7) Bei politischen Entscheidungen wird keine Generation bevorzugt oder benachteiligt
- (8) Familien mit Kindern werden vom Staat finanziell unterstützt
- (9) Man kann von dem Lohn für seine Arbeit auch leben
- (10) Ältere Arbeitnehmer haben die gleichen Beschäftigungschancen wie jüngere Arbeitnehmer
- (11) Kinder aus sozial schwächeren Familien werden vom Staat besonders unterstützt und gefördert
- (12) Der Staat sichert alle umfassend gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit ab
- (13) Jeder hat den gleichen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung
- (14) Der Abstand zwischen Ober- und Mittelschicht einerseits und der Unterschicht andererseits ist nicht zu groß
- (15) Männer und Frauen sind gleichberechtigt

BILDBLATT 3

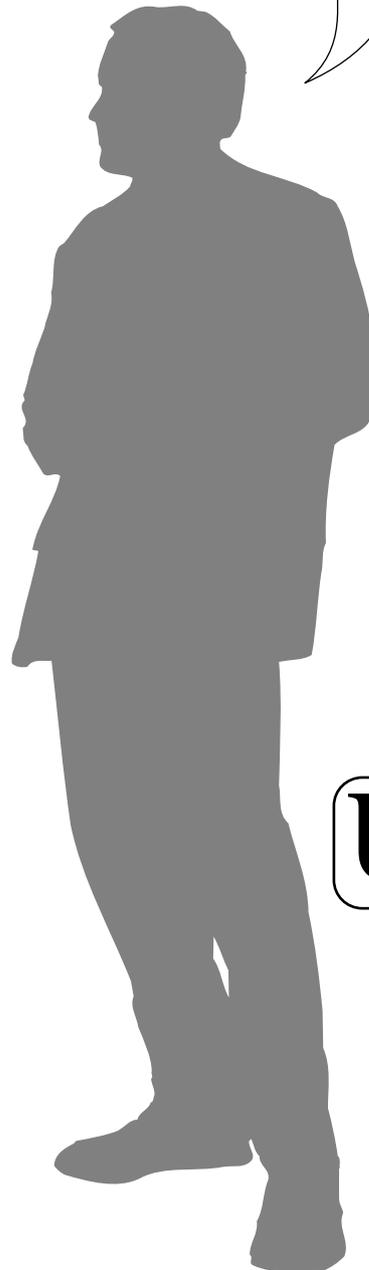
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird."

O



"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn die schwächeren sozialen Schichten gut leben können, ist es in meinen Augen kein Problem, wenn es auch sehr viel reichere Menschen gibt."

U

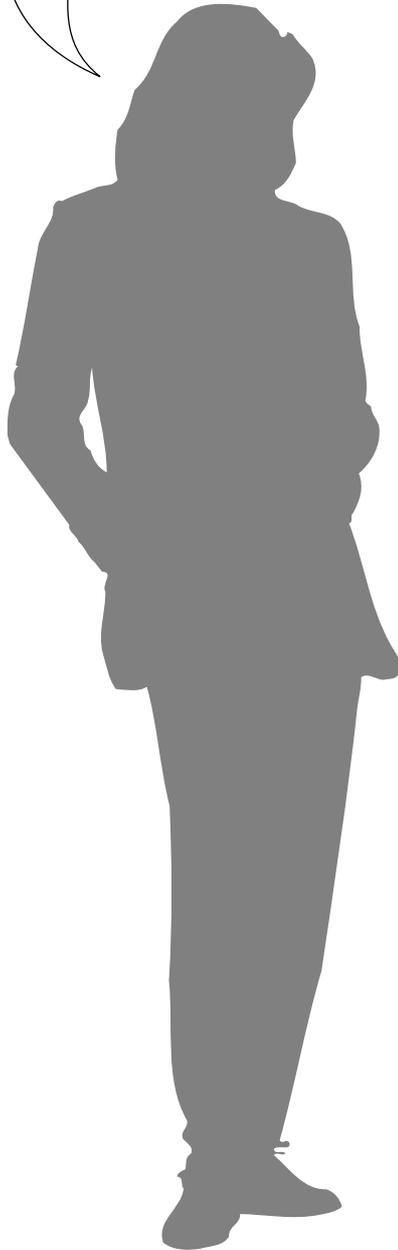


BILDBLATT 3

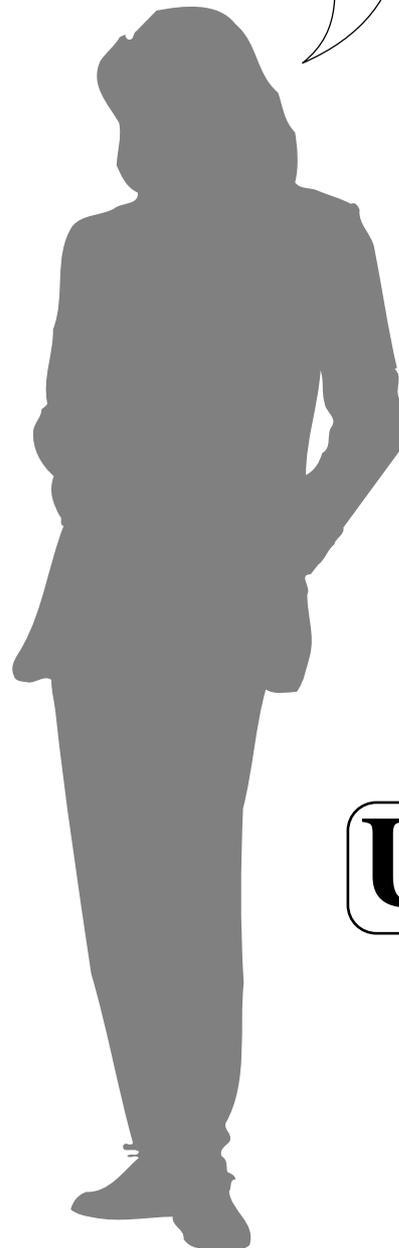
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen den sozialen Schichten größer wird."

"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn die schwächeren sozialen Schichten gut leben können, ist es in meinen Augen kein Problem, wenn es auch sehr viel reichere Menschen gibt."

O



U



BILDBLATT 4

Diese Aufgaben des Sozialstaats sind –

BESONDERS WICHTIG:

AUCH NOCH WICHTIG:

WENIGER WICHTIG:

BILDBLATT 5

10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
0

BILDBLATT 6

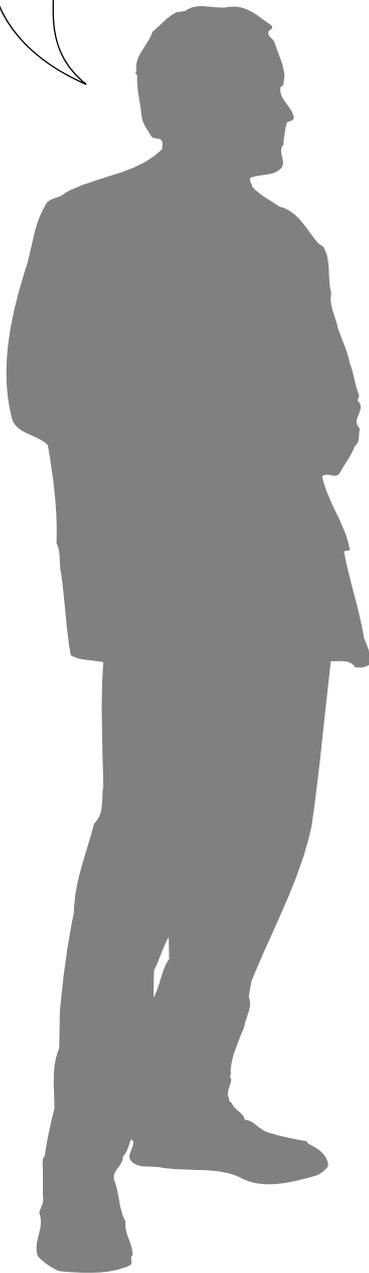
**BÜRGER AUS ALLEN
SOZIALEN SCHICHTEN:**

**NUR BÜRGER MIT
NIEDRIGEM EINKOMMEN:**

BILDBLATT 7

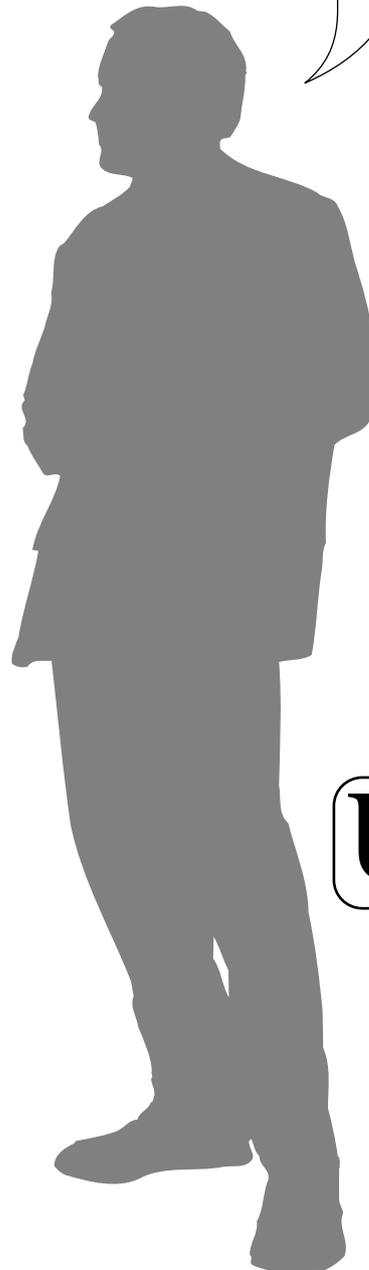
"Ich finde, es müsste stärker kontrolliert werden, wem staatliche Unterstützungsleistungen auch wirklich zustehen und wem nicht. So könnte man sicherstellen, dass nur wirklich Bedürftige diese Leistungen erhalten."

O



"Das sehe ich anders. Wenn man dies stärker kontrollieren will, wäre das mit mehr Bürokratie und höheren Kosten verbunden. Ich wäre daher dafür, dies nicht stärker zu kontrollieren und es alles in allem so zu lassen, wie es ist."

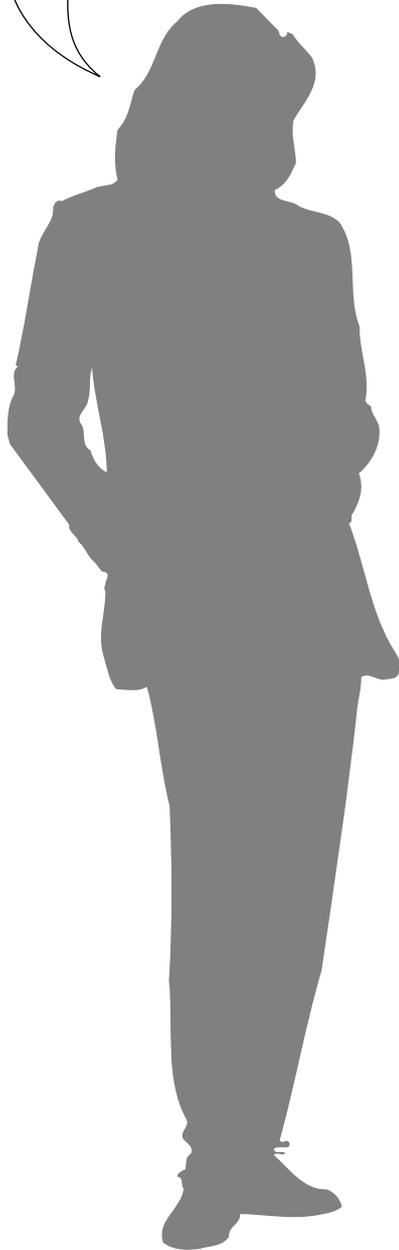
U



BILDBLATT 7

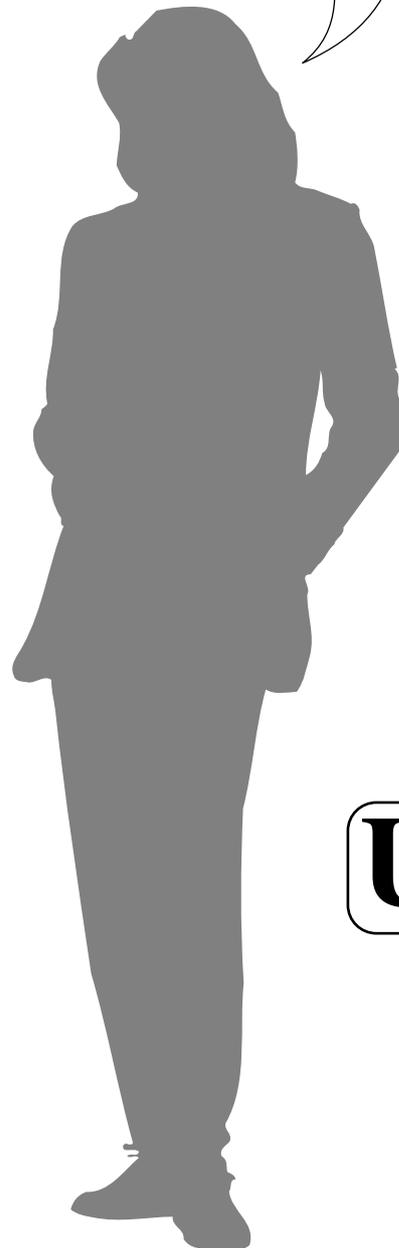
"Ich finde, es müsste stärker kontrolliert werden, wem staatliche Unterstützungsleistungen auch wirklich zustehen und wem nicht. So könnte man sicherstellen, dass nur wirklich Bedürftige diese Leistungen erhalten."

O



"Das sehe ich anders. Wenn man dies stärker kontrollieren will, wäre das mit mehr Bürokratie und höheren Kosten verbunden. Ich wäre daher dafür, dies nicht stärker zu kontrollieren und es alles in allem so zu lassen, wie es ist."

U



BILDBLATT 8

Einzelheiten des Vorschlags

- Der Staat zahlt jedem Bürger, auch Kindern, monatlich einen festen Betrag als Grundeinkommen zur Existenzsicherung

- Dafür entfallen alle bisherigen Sozialleistungen, wie z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Ausbildungsförderung oder Kindergeld

- Man muss dafür keine Gegenleistung erbringen, z.B. sich nicht um eine Arbeit bemühen

- Für Berufstätige gibt es den Geldbetrag als zusätzliches Einkommen, d.h. auch Berufstätige erhalten unabhängig von ihrem Einkommen den vollen Betrag

L I S T E 9

- (1) Familien mit Kindern
- (2) Personen in einfachen Jobs,
mit niedrigem Einkommen
- (3) Personen mit befristeten Arbeits-
verträgen, Mini-Jobber
- (4) Pflegepersonal
- (5) Schüler aus ärmeren Familien
- (6) Kleine Unternehmen, Selbständige,
Einzelhändler
- (7) Arbeitslose
- (8) Bewohner von Senioren- oder
Pflegeheimen
- (9) Kulturschaffende, Künstler
- (10) Lehrer
- (11) Alleinerziehende
- (12) Behinderte Menschen
- (13) Bewohner von Flüchtlingsheimen
oder Asylunterkünften
- (14) Personal in Kinderbetreuungs-
einrichtungen
- (15) Risikogruppen, Personen mit
Vorerkrankungen
- (16) Jugendliche, junge Erwachsene

L I S T E 10

- (1) Auf eigene Ersparnisse bzw. den eigenen Besitz
- (2) Auf eigene Versicherungen
- (3) Auf finanzielle Unterstützung durch Familie bzw. durch Partner(in)
- (4) Auf finanzielle Unterstützung durch Freunde
- (5) Auf finanzielle Unterstützung durch den Staat

L I S T E 11

Zu welcher Schicht zählen Sie sich?

- (A) Oberschicht
- (B) Obere Mittelschicht
- (C) Untere Mittelschicht
- (D) Untere Schicht

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

<p>1</p> <p>Die Renten für die Zukunft sichern</p>	<p>1</p>	<p>2</p> <p>Die Lasten unseres Sozialsystems gerecht auf Jüngere und Ältere verteilen</p> <p>2</p>
<p>3</p> <p>Das Existenzminimum sichern, dass jeder ausreichend Geld zum Leben hat</p>	<p>3</p>	<p>4</p> <p>Dafür sorgen, dass die Sozialabgaben für die Bürger nicht so hoch sind</p> <p>4</p>
<p>5</p> <p>Familien mit Kindern bzw. Alleinerziehende stärker unterstützen</p>	<p>5</p>	<p>6</p> <p>Dafür sorgen, dass jemand, der arbeitet, mehr Geld zur Verfügung hat als jemand, der von staatlicher Unterstützung lebt, z.B. von Hartz IV</p> <p>6.</p>
<p>7</p> <p>Die sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich verringern</p>	<p>7</p>	<p>8</p> <p>Eine ausreichende Gesundheitsversorgung für alle Bürger sicherstellen</p> <p>8</p>
<p>9.</p> <p>Kinder aus sozial schwachen Familien stärker unterstützen</p>	<p>9.</p>	<p>10</p> <p>Für Chancengleichheit von Männern und Frauen sorgen</p> <p>10</p>
<p>11</p> <p>Arbeitslose bei der Suche nach einer neuen Stelle unterstützen</p>	<p>11</p>	<p>12</p> <p>Menschen für den Pflegefall absichern</p> <p>12</p>

<p>31</p> <p>Die Qualifikation von Arbeitslosen verbessern, damit sie größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben</p> <p>13</p>	<p>14</p> <p>Dafür sorgen, dass Jugendliche ohne Schulabschluss einen Schulabschluss erwerben</p> <p>14</p>
<p>51</p> <p>Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer organisieren</p> <p>15</p>	<p>91</p> <p>Die Chancen von ausländischen Jugendlichen bzw. Jugendlichen aus Zuwandererfamilien verbessern</p> <p>16</p>
<p>71</p> <p>Die Integration von Ausländern verbessern</p> <p>17</p>	<p>81</p> <p>Es Berufstätigen erleichtern, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren</p> <p>18</p>
<p>61</p> <p>Den Missbrauch von Sozialleistungen bekämpfen</p> <p>19</p>	<p>02</p> <p>Druck auf Arbeitslose ausüben, damit sich diese möglichst rasch um eine neue Stelle bemühen</p> <p>20</p>

1

Unterstützung bei der
Ausbildung, z.B. BAföG

2

Kindergeld

1

2

3

Kostenloser Besuch von
Schulen

4

Absicherung gegen Arbeits-
losigkeit (Arbeitslosengeld I,
Hartz IV)

3

4

5

Kostenloser Besuch von
Universitäten

6

Elterngeld

5

6.

7

Kostenloser Besuch von
Kinderbetreuungseinrichtun-
gen wie Kindergärten, Kitas
usw.

7